

türkei information

Nr. 37
2.- DM
Januar / Februar 1991

Redebeitrag
der Vertreterin
von Medico International
auf der Demo
am 24.11.90, in Bonn:

**"Der Krieg
gegen Kurden
hat bereits
begonnen"**

Seite 16

42.000 Minenarbeiter seit dem 30. November im Streik.

DIE ARBEITER IN DER TÜRKEI FORDERN DEN RÜCKTRITT ÖZALS UND DER REGIERUNG!

42.000 Arbeiter der Kohleminen in Zonguldak traten am 30. November 1990 in einen Streik ein, nachdem die im letzten September eingeleiteten Tarifverhandlungen in eine Sackgasse gera-

ten waren. Eine Erklärung Özals, wonach an eine Schließung der Kohleminen gedacht werde und die während der noch andauernden Tarifverhandlungen abgab, veränderte sofort die

Zielsetzung des Streiks. Die Arbeiter fordern jetzt nicht nur Lohnerhöhung, sie fordern nun auch den Rücktritt Özals. Aus diesem Grunde belagert der Streik in

Fortsetzung auf Seite 3

Özal in der Sackgasse

Die politischen Entwicklungen in der Türkei haben in den letzten beiden Monaten - November, Dezember - an Tempo zugenommen. Der Rücktritt des Generalstabschefs hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Auseinandersetzung zwischen der Armee und Özal und auf eine neue Putschgefahr gelenkt. Die bürgerlichen im Parlament vertretenen Oppositionsparteien nutzten die durch den Rücktritt des Generalstabschefs aufgeworfenen Fragezeichen

für eine Bündnissuche gegen Özal und der ANAP. Der Streik von 42 Tausend Arbeitern in den Kohleminen von Zonguldak wurde hingegen zum Symbol der Opposition des ganzen Volkes gegen Özal. Wenn der von der Gewerkschaftsföderation TÜRK-İS für den 3. Januar 1991 angekündigte Generalstreik und der anhaltende Widerstand in Kurdistan hinzugefügt werden, sieht man/frau, daß die Regierung an allen Fronten mit Schwierigkeiten fer-

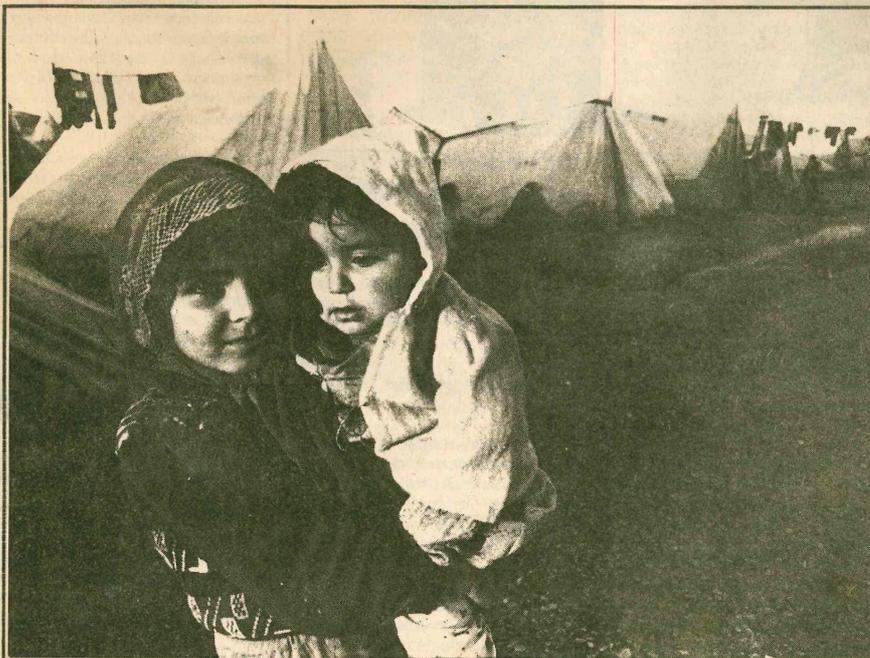
tig werden muß.

Wegen der Schwäche der Opposition ist aber nicht zu erwarten, daß die Regierung in Kürze parlamentarisch abgelöst würde. Die derzeitige politische Situation ist gekennzeichnet durch die auf rücksichtslosen bzw. gewaltsamen Methoden basierende Politik der Regierungspartei, die nicht durch die

Fortsetzung auf Seite 2



Die kurdischen Flüchtlingslager in der Türkei



Anfang September 1988 reihte sich noch eine weitere Tragödie in die Kette der Unglücksfälle, die auf der kurdischen Geschichte lasten. Gegen Ende des fast 10-jährigen irakisch-iranischen Krieges griffen die Truppen Saddam Husseins Südkurdistan unter Verwendung von chemischen Waffen an. Dörfer wurden niedergebrannt, die Umwelt

zerstört. Bei diesen Angriffen wurden zweimal so viele Kinder, Frauen und alte Menschen getötet, wie bei dem Blutbad von Halabja, das Mitte März des gleichen Jahres stattgefunden hatte. Hunderte von Menschen wurden in Massengräbern beigesetzt, zehntausende wurden verletzt oder trugen Behinderungen davon. Abermals hunderttausende

von Menschen sahen sich gezwungen, ihr Vaterland, für das sie seit Generationen kämpften und wofür viele ihr Leben gelassen hatten, zu verlassen, um sich vor den Auswirkungen der chemischen Waffen zu retten. Diese Menschen suchten eine Zufluchtsstätte.

Weiter auf Seite 8

'Conter Guerilla' Der türkische Gladio

Die Entdeckungen, die ein Staatsanwalt in Italien während einer von ihm durchgeführten Untersuchung machte, bewiesen die Existenz einer geheimen Organisation in allen NATO-Mitgliedsländern. Die Regierenden der NATO-Länder waren gezwungen, die Existenz solch einer Organisation zuzugeben. Sogar in den Ländern Europas, die nicht der NATO angehören, waren Organisationen ähnlich dem Gladio gegründet worden.

Fortsetzung auf Seite 7

Der sogenannte PKK-Prozeß

Der Spiegel schrieb in seiner Ausgabe vom 10.7.1989: "Yok etme". Westdeutschlands Justiz bereitet den größten Terroristenprozeß in der Geschichte der Bundesrepublik vor - gegen eine Gruppe von Kurden. Wenn das Oberlandesgericht Düsseldorf demnächst, wie zu erwarten, Rebmanns Anklage gegen eine terroristische Vereinigung innerhalb der Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkeren Kurdistan, PKK) offiziell zuläßt, werden 20 Angeklagte mit rund 50 Verteidigern vor der Richterbank sitzen. Die Größenordnung des monströsen Verfahrens ist nur mit den politischen Schauprozessen im Ostblock oder den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg zu vergleichen.

Fortsetzung auf Seite 10

INHALT

Offener Brief
an unsere Folterer
Seite 13

Kurdistan-Komitee
i.d. BRD:
Kurdistan im Herbst 90
Seite 12

Tevger:
Die Golfkrise und
zunehmende Angriffe
auf das kurdische Volk
Seite 12

KOMKAR:
Golfkrise, der Westen und
die kurdische Frage
Seite 12

Die Kinder
Mesopotamiens:
Asyrer
Seite 15

Hungerstreiks
in der Türkei und
T. Kurdistan beendet
Seite 5

Keine Abschiebung
des Kurden C. Akkus
in die Türkei
Seite 15

Bevölkerungsmehrheit gestützt ist und der Uneinigkeit der linken und revolutionären Kräfte. Die Politik spielt sich auf dünnen Eis ab und kann jederzeit einbrechen. Alles scheint möglich, selbst der Rücktritt der ANAP.

Die Golfkrise wurde zu einem der Hauptfaktoren, die neben der Auseinandersetzungen auf der Ebene der Staatsmacht die politische Krise vertieft haben.

Wie bekannt, benutzten die USA, die Besetzung Kuweits durch den Irak, um sich im Mittleren Osten für lange Zeit festzusetzen. Sie nahmen die Golfkrise zum Anlaß, um sich von neuem zur einzigen Macht aufzuspielen, die die Weltpolitik führt.

Die Türkei steht, das ist auch bekannt, an erster Stelle der Länder, die sich zu einem Anhängsel der US-Politik machten. Der Staatspräsident der Türkei, Özal, verfolgte mit einem möglichen Krieg drei wichtige Ziele: Die kurdische Frage endgültig zu lösen; die Städte Musul und Kirkuk auf irakischem Gebiet zu besetzen; die eigene Macht auszubauen, d.h. den Staat ganz und gar unter seine Kontrolle zu bringen.

Deshalb ließ sich Özal schnellst möglich in die Golfkrise verwickeln und übernahm die US-Politik nach dem Prinzip päpstlicher als der Papst. Özal, der angenommen hatte, daß Bush sofort eine Kriegsentcheidung treffen würde, traf so eilig Vorbereitungen, als ob der Krieg morgen schon ausbrechen würde.

Dabei versuchte Bush Zeit zu gewinnen, um die internationalen Beziehungen und die Weltpolitik neuzugestalten. Er wollte somit seinen Einflußbereich ausbauen und dabei den Vorwand der Golfkrise weiter ausnutzen.

Schließlich gab Bush keinen Kriegsbefehl an seine Armeen, obwohl die USA die Erwartung eines Krieges weiter anheizten. Obwohl ein Krieg zwischen den USA und dem Irak nicht außerhalb der Wahrscheinlichkeit liegt, versuchte Bush doch einen solchen Krieg möglichst aufzuschieben, um im Mittleren Osten und auf der Welt neue Positionen zu erringen, die alten

Özal in der Sackgasse

Bündnispartner unter völlige Kontrolle zu bringen und gleichzeitig neue Bündnispartner wie die UdSSR zu gewinnen. (*)

Inzwischen hatten die inoffiziellen Beziehungen zwischen deutschen, englischen und japanischen Politikern zum Irak und die Angriffe Israels auf Palästinenser neue Schwierigkeiten für die US-Politik geschaffen. Darauf reagierten die USA dadurch, indem sie die UN zu einer neuen Resolution bewegten, die Irak eine Frist bis zum 15. Januar setzt und ggf. den Einsatz militärischer Kräfte vorsieht, um die Kriegsgefahr aktuell zu halten. Sofort nach diesem Beschluß der USA boten aber die USA Irak offizielle Gespräche an. Die USA haben sogar, um die anti-irakische Koalition nicht zu gefährden, einer Resolution der UNO zugestimmt, in der die Angriffe Israels auf Palästina verurteilt werden.

Saddam hingegen beantwortete diese Attacken mit der Freilassung der Geiseln in Irak. Der Führer des Iraks begnügte sich nicht nur damit, sondern forderte EG-Politiker auf, offizielle Gespräche mit Irak aufzunehmen. Diese erklärten,

daß solche Gespräche nach den Gesprächen zwischen den Außenministern der USA und des Iraks möglich sein könnten. Gespräche zwischen den USA und dem Irak sollen voraussichtlich am 9. Januar stattfinden.

Wie die Gespräche zwischen Baker und Saddam sowie Tarik Aziz und Bush enden werden, ist noch unklar. Schwierig ist es auch, eine Prognose hinsichtlich der Entwicklungen nach dem 15. Januar zu treffen.

Die USA intensivieren ihre Vorbereitungen für einen Krieg. Letztens wurden neue Leute zum Militärdienst bestellt. Auch neue Einheiten der NATO-Schnelle-Eingreiftruppen werden an der türkischen Grenze zum Irak stationiert. Erst am 20. Dezember vermeldete die Presse, daß seit einigen Monaten NATO-Spezialeinheiten an die türkische Grenze zum Irak verlegt wurden und werden. Die Machthaber in der Türkei leugneten zuerst eine Verlegung ausländischer Truppen in die Türkei, schließlich sahen sie sich gezwungen, dies zuzugeben.

Auch die BRD soll seit einiger Zeit

Die USA müssen darüber nachdenken, denn eine Veränderung in der Golfpolitik der UdSSR wird mit Sicherheit neue Schwierigkeiten für die USA schaffen, ja sogar die Bewegungsfreiheit der USA einschränken.

Kurz ausgedrückt: zur Zeit bietet die Golfkrise ein Bild, das so kompliziert ist, daß es keine Wahrscheinlichkeitsrechnungen erlaubt.

Wenn wir von der Welt der Unklarheiten zur konkreten Situation der Innenpolitik der Türkei zurückkehren, sehen wir folgendes:

Die Türkei ist das erste Land, das sich so verhielt, als ob der Krieg sofort ausbrechen würde. Noch bevor die UN einen Embargo-Beschluß faßte, hat die Türkei die irakisch-türkische Pipeline geschlossen. Erst jetzt wurde die Öffentlichkeit darüber informiert, daß dies auf Grund des Bestrebens Bushs geschah. Damals wurde die Schließung der irakischen Pipeline der türkischen Öffentlichkeit in einer Regierungserklärung als ein Erfordernis des UN-Beschlusses dargestellt.

verlieren. Özal aber wollte nicht für die Demokratie, sondern für seine eigene Diktatur die Armee unter Kontrolle stellen. Er versuchte nicht nur die Armee, sondern alle Institutionen unter seine Kontrolle zu bringen.

Die Armee demonstrierte ihre Ablehnung auf Özals Bestrebungen durch den Rücktritt des Generalstabschefs. Somit drohte das Bündnis zwischen der Armee und Özal, das im April gebildet wurde, zu brechen.

An dieser Stelle taucht eine Frage auf: Warum hat das Militär nicht geputscht?

Nach dem überraschenden Rücktritt des Generalstabschefs erwartete die Öffentlichkeit einen Putsch. Aber diese Erwartung wurde nicht Realität; sie wird in kurzer Zeit auch nicht Realität werden. Denn weder die internationale noch die innenpolitische Situation ist günstig für einen Putsch. Die gegenwärtige Ordnung in der Türkei weist Eigenschaften eines Militäregimes auf, die einen Putsch nicht unbedingt notwendig machen.

Wenn wir bedenken, daß der Rücktritt des Generalstabschefs ein geplanter Schritt war, können wir mit Sicherheit sagen, daß der Streit zwischen Özal und der Armee weiter anhalten wird.

Ca. 10 Tage nach diesem Rücktritt kam eine Spezialeinheit der NATO in die Türkei und bezog Stellung an der türkisch-irakischen Grenze. Die Regierung leugnete dies zunächst im Gegensatz zu einigen NATO-Generäle.

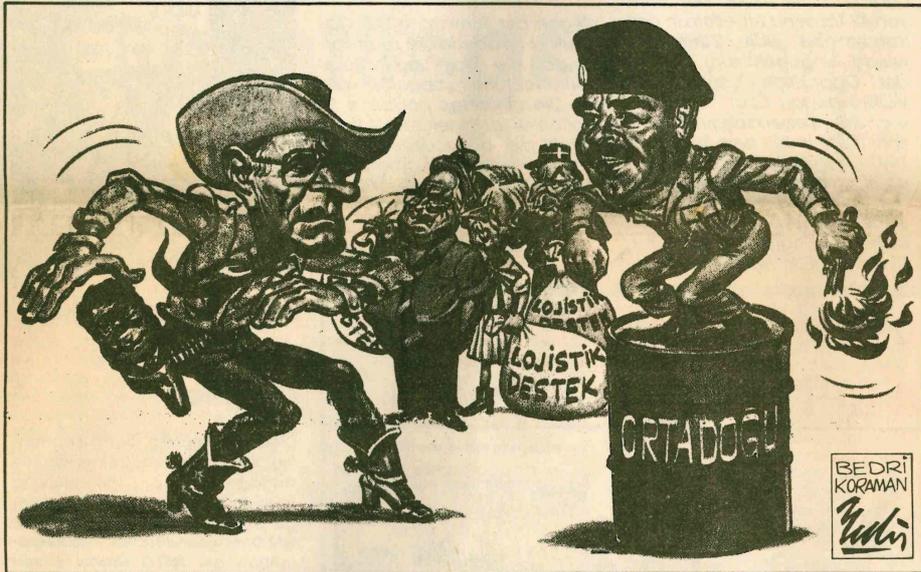
Auch wenn der General Torumtay seinen Rücktritt nicht erklärt hätte, wären ausländische Truppen in die Türkei gekommen. Auch davor schon hatten US- und NATO-Soldaten auf den Basen der USA und der NATO in der Türkei Stellung bezogen.

Obwohl der Rücktritt des Generalstabschefs hiermit in Zusammenhang gebracht wurde, hat sein Rücktritt nur indirekt mit der Rolle der Türkei in der Golfkrise zu tun, insofern Özal mit Hilfe der Golfkrise seine Machtkonzentration beschleunigen will. Es ist bekannt, daß alle Regierungs- und staatlichen Institutionen mit der Rolle der Türkei einverstanden sind.

Im gleichen Maße wie Özal auf der Seite der Amerikaner ist, sind der Generalstabschef und die Armee ebenfalls auf ihrer Seite. Der Streit zwischen Özal und der Armee hat nicht die Eigenschaft eines Streits zwischen Patrioten und Amerika-Liebhabern, zwischen Demokraten und Militaristen. Der Streit rührt hauptsächlich vom Verhalten Özals her, ohne die Zustimmung der Armee einzuholen, in militärischen Fragen Entscheidungen treffen zu wollen. - Wir erinnern daran, daß Torumtay von Özal zum Generalstabschef ernannt wurde, obwohl ein anderer General an der Reihe war. Deswegen war er auch als der Mann Özals bekannt. -

Özal legte den betreffenden Rücktritt als Ausdruck der Herrschaft der "zivilen Verwaltung über die militärische" aus, erzeugte mit sei-

Weiter auf Seite 4



ICH MÖCHTE DIE TÜRKIE INFORMATION ABONNIEREN!

ganzjährig.....

Name:.....

Anschrift:.....

ABSCHNEIDEN UND ABSCHICKEN AN:

Türkei Informationsbüro

Postfach 91 08 43

D- 3000 Hannover 91

ABO-GELD ÜBERWEISEN:

Postgirokonto Hannover

Nr. 5697 25 - 304

Türkei Information, erscheint 6 Mal im Jahr, Jahresabopreis DM 20,-, Förderabo: Ab DM 30,-

Militärmaterial und Kriegsgeräte in die Türkei verfrachtet haben.

Diese Maßnahmen sollen einerseits Irak einschüchtern, andererseits aber zeigen sie, daß der Krieg unmittelbar bevorsteht.

Leider sind bisher keine ernstzunehmenden Reaktionen gegen die Kriegsabsicht der USA zu verzeichnen, weder in den USA noch weltweit.

Die einzige Entwicklung, die die USA nach dem 20. Dezember zum Nachdenken bewegte, ist der Rücktritt des sowjetischen Außenministers Schewardnaze. Er hatte seinen Rücktritt auch damit begründet, daß die "Reaktionäre" die sowjetische Außenpolitik und die Tatsache, daß die SU gemeinsam mit den USA gegen Irak Stellung bezog, hart kritisieren würden.

Özal benutzt die Golfkrise zu seiner Machtkonzentration. Obwohl er keine rechtlichen Befugnisse hatte, er Bush verschiedene Versprechen und unterzeichnete Verträge.

Aber als der militärische Eingriff der USA in den Irak auf sich warten ließ, wurde Özal mit ersten Schwierigkeiten konfrontiert. Zunächst der Außenminister und gleich darauf der Verteidigungsminister traten zurück.

Im Dezember erlebte die Türkei noch einen Rücktritt, der die Wirkung eines Schocks hatte: Der Generalstabschef Torumtay erklärte seinen Rücktritt. Es ist wichtig, sich mit diesem Ereignis ein wenig zu beschäftigen.

Wie in der letzten Nummer der Türkei Information ausführlich dargestellt, wollte die Armee ihre relativ autonome Stellung im Staate nicht

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Türkei Informationsbüro
Postfach 91 08 43
D-3000 Hannover 91

V.i.S.d.P.:

U. Hassenbring
Postfach 91 08 43
3000 Hannover 91

Neu!

Telefon: 0511 - 31 86 54
Telefax: 0511 - 31 86 52

Erscheinungsweise:

2 Monatlich

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!

DIE ARBEITER IN DER TÜRKEI FORDERN DEN RÜCKTRITT ÖZALS UND DER REGIERUNG

Fortsetzung von Seite 1

Zonguldak die ganze politische Atmosphäre in der Türkei.

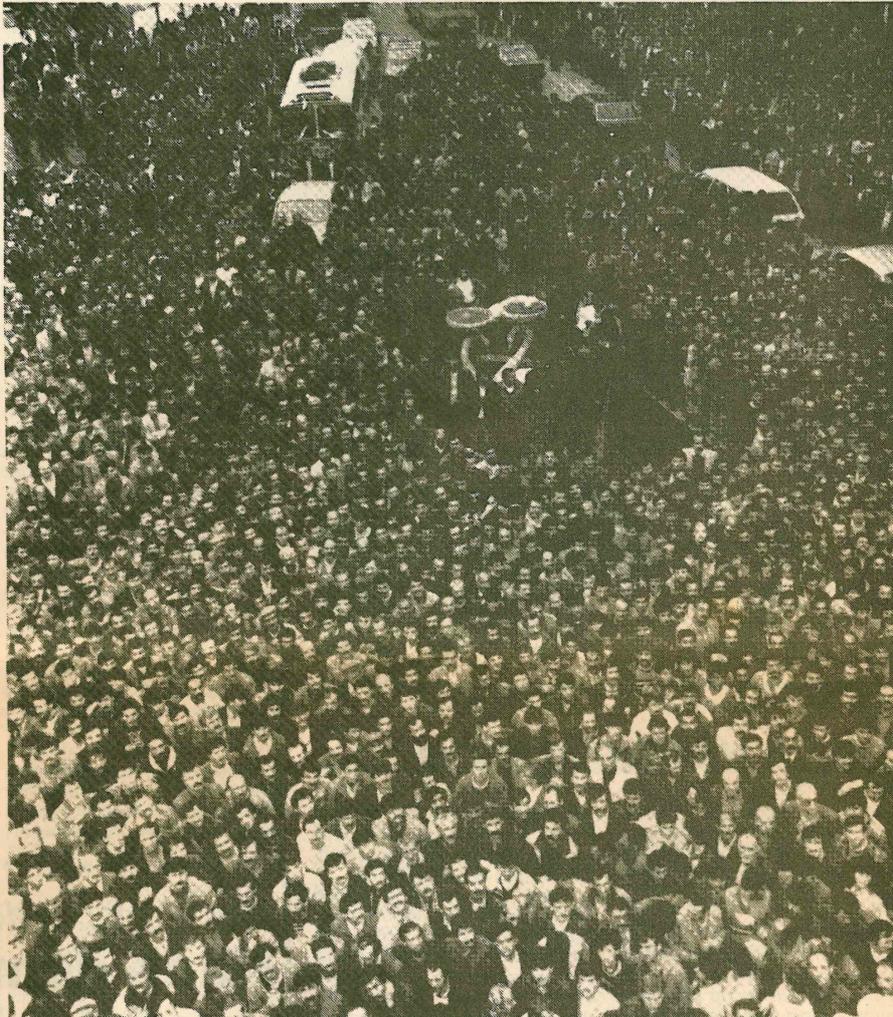
Die Minenarbeiter in Zonguldak wurden seit Jahren gezwungen, für 350 bis 500.000 Türkische Lira (200-300 DM) zu arbeiten. Bei den vorgenannten Tarifverhandlungen forderten sie einen Lohn, der ihnen einigermaßen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen könnte. Aber der Arbeitgeber (d.h. der Staat, dieser ist Arbeitgeber, da die Kohleminen von Zonguldak staatlich sind) lehnte die Forderung der Arbeiter nach Lohnerhöhung unter dem Vorwand ab, die Minen würden keine Profite erzielen. Und als Özal auch noch über die Schließung der Minen sprach, wurde ein Streik unausweichlich. Die Arbeiter von Zonguldak sind seit dem 30. November im Streik. Sie streiken nicht nur, sie demonstrieren auch täglich, täglich besetzen zehntausende von Menschen an erster Stelle Kinder und Frauen die Straßen der Stadt Zonguldak.

Der Widerstand der Arbeiter wird neben den Parteien DYP, SHP und DSP von allen revolutionären und demokratischen Kreisen unterstützt. Die Künstler unterstützen die Arbeiter mit ihren Liedern und Musikinstrumenten. Massenorganisationen unterstützen den Streik auf breiter Basis.

DIE LÜGEN DER REGIERUNG

Nach Beginn des Streiks der Arbeiter in Zonguldak konzentrierte die Regierung Militärs und Polizei in dem Gebiet. Damit begnügte sie sich nicht, sie belog die Öffentlichkeit ständig hinsichtlich der Ursachen des Streiks. Die Regierung behauptete: Die Minen machen Verluste.

Es ist richtig, daß die in den Kohleminen von Zonguldak produzierte Kohle mit Verlusten verkauft wurde. Jedoch sind dafür nicht die Arbeiter verantwortlich.



Die Arbeiter streiken nicht nur, sie demonstrieren auch täglich, täglich besetzen zehntausende von Menschen an erster Stelle Frauen und Kinder die Straßen der Stadt Zonguldak.

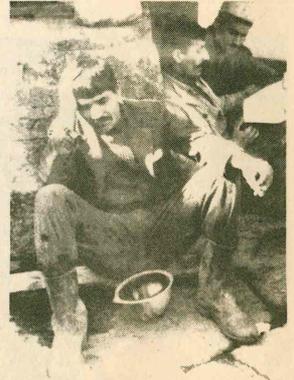
Nach einer Erklärung der Organisation der Mineningeure hat daran die Politik der Regierung Schuld. Seit 25 Jahren hat keine der Regierungen in Zonguldak investiert. In den Minen wird mit primitiver Technik produziert. Daher kann nicht so viel produziert werden, wie erwünscht. Die Gewerkschaft und Organisation der Mineningeure schlagen Turgut Özal während seiner Ministerpräsidentenschaft vor, in Zonguldak zu investieren, aber diese Vorschläge werden abgelehnt. Sogar Özals Bruder, dem Yusuf Bozkurt Özal, werden die selben Vorschläge gemacht, als er für die Staatliche Planungsorganisation zuständig war, aber der kleine Bruder lehnt diese Vorschläge auch ab und schlägt seinerseits den Import von Kohle aus den USA vor.

Auch der von der Regierung ernannte Schlichter für die Tarifverhandlungen möchte sich an den Lügen der Regierung nicht beteiligen. Vehbi Aybakan, Ex-Richter des Arbeitsgerichtes An-

kara und in Zonguldak als Schlichter eingesetzt, sagt aufgrund seiner Untersuchungen, daß die Arbeiter jeweils monatlich 2 Millionen Türkische Lira bekommen müßten. Aber die Regierung hört nicht mal auf die Vorschläge des von ihr selbst eingesetzten Schlichters.

DURCHSCHNITTSALTER IN ZONGULDAK IST 45

Dieser Streik brachte die Realitäten in Zonguldak noch einmal vor die Augen der Öffentlichkeit. Die Informationen bringen einen zum Erstaunen. Zum Beispiel leben in Zonguldak die Menschen durchschnittlich nur 45 Jahre. Die durchschnittliche Lebenszeit in der Türkei beträgt 65 Jahre. Die Minenarbeiter in Zonguldak aber sterben, wenn sie 45 erreichen. Grund dafür sind die schlechten Lebensbedingungen, Fehlen von Arbeitssicher-

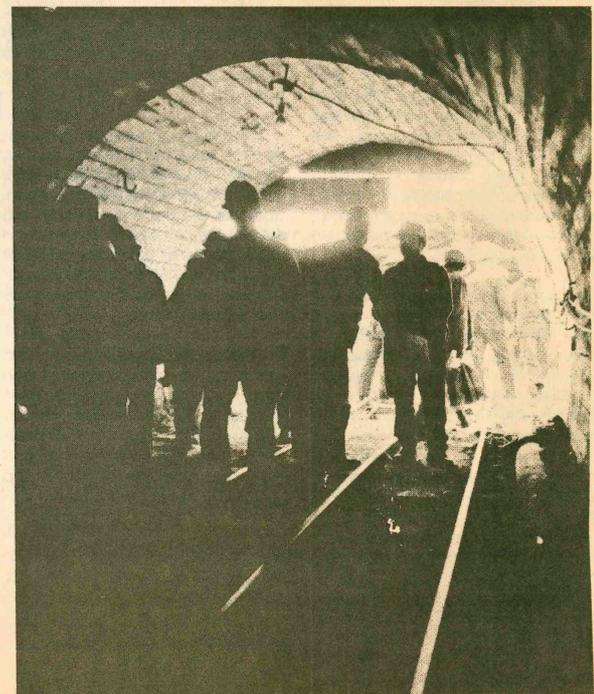


heitsmaßnahmen, Explosionen in den Minen und fehlende Schutzmaßnahmen davor. Die Regierungen haben bisher die Gesundheit der Arbeiter in diesen Minen und in anderen Regionen nie ernst genommen. (Erinnert sei an dieser Stelle an das Massaker in Yeni Celtek, wo noch vor über einem Jahr 68 Minenarbeiter bei einer Minenexplosion ihr Leben ließen.)

Angefangen bei der Organisation der Mineningeure und Gewerkschaften bis hin zu allen Spezialisten für Minen erklären, daß der Wille der Regierung, die Minen zu schließen, nichts mit ökonomischer Ineffizienz der Minen zu tun haben, daß diese Absicht keine ökonomischen Ursachen hat. Nach Informationen der Stiftung für Bergbau haben die Kohleminen von Zonguldak mit einer Kohlenreserve von über 1 Million Tonnen heute einen realen Wert von ca. 100 Milliarden Dollar.

Diese Kohleminen, die die Regierung schließen will, haben also eine Kapazität, die den

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 3

OFFENER KAMPF IN ZONGULDAK

Der Widerstand der Minenarbeiter hat die Dimension eines offenen Kampfes angenommen; die Parteien dieses Kampfes sind ziemlich klar: Auf der einen Seite Özal, die Regierung und die Arbeitgeber, auf der anderen Seite die ganze Gesellschaft. Die Regierung hat bisher den Mut noch nicht gehabt, die Arbeiter, die täglich auf die

Straßen gehen anzugreifen. Aber die Regierung hat am 26. Dezember eine harte Erklärung zum Vorhaben von TÜRK-IS, am 3. Januar einen eintägigen Generalstreik durchzuführen, ab. Akbulut, der Ministerpräsident, erklärte die Aktion der Arbeiter zu einer illegalen Aktion. Diese Erklärung wurde in der Türkei überall und von allen so ausgelegt, daß die Regierung vor hat, gegen die Arbeiter harte Maßnahmen zu treffen. Am selben Tag antworteten die Metallarbeiter auf die Erklärung der

Regierung: Die Metallarbeiter fangen vom 27. Dezember an mit einem Streik an, an dem schrittweise alle Metallarbeiter (es sind über 120.000) teilnehmen werden.

Sowohl die Regierung als auch die Arbeiter sind zur Zeit damit beschäftigt, ihre Positionen auszubauen. Die allgemeine Aktion am 3. Januar wird die Entwicklung dieses Kampfes in bedeutendem Maße bestimmen. Es wird erwartet, daß die Regierung "harte Methoden" zur Unterdrückung der Arbeiter ergreift.

Es sieht so aus, daß die Regierung alles versuchen wird, um die Aktionen zur Wirkungslosigkeit zu verurteilen. Was die Arbeiter machen werden, die unter großem Druck stehen, hängt auch ein wenig von der Haltung der Gewerkschaftskonföderation TÜRK-IS ab. Diese aber verhält sich sowohl in bezug auf den Widerstand in Zonguldak als auch in bezug auf den Generalstreik ziemlich zurückhaltend. Dies hat eine bewußte Entscheidung zur Ursache. Der Vorstand von TÜRK-IS hat Angst davor, daß die Arbeiterbewegung außer ihrer Kontrolle gerät und sich radikalisiert. Der Vorstand von TÜRK-IS möchte, daß die Arbeiteraktionen der Verwirklichung der Strategie bürgerlicher Parteien (DYP, SHP) dienen und nicht darüber hinaus gehen. TÜRK-IS konnte sich mit dem Generalstreik auch nicht ganz anfreunden. Ihr Beschluß über einen allgemeinen Aktionstag für den 3. Januar sieht vor, daß die Arbeiter nicht zur Arbeit gehen und zuhause bleiben. Der Vorstand von TÜRK-IS versucht, die Demonstration der Minenarbeiter von Zonguldak nach Ankara zu verhindern. Ihre Begründung ist sehr simple: "Die Aktion kann die Linke ausnutzen, die Fraktionen können die Arbeiter beeinflussen!"

Diese Begründung scheinen auch die Parteien DYP und SHP akzeptiert zu haben. Demirel und İnönü versuchen, die Arbeiter-

bewegung für ihr Ziel vorgezogenen Wahlen auszunutzen. Die kommenden Tage werden zeigen, ob sie mit ihren Absichten erfolgreich sein werden oder nicht.

SOLIDARITÄT IM AUSLAND

Der Streik in Zonguldak wird neben den revolutionären und demokratischen Kräften in der Türkei auch von fortschrittlichen Kräften im Ausland, in den europäischen Ländern, unterstützt. Diese Unterstützung wird in nächster Zeit konkretere Formen annehmen müssen. Wir rufen dazu auf, die Arbeiter in der Türkei sowohl mit politischen Aktivitäten als auch materiell zu unterstützen.

SPENDENKONTO FÜR DEN STREIK:

Etiibank Zonguldak Subesi
Konto-Nr.: 66997
Zonguldak/Türkei

Wildcat

Für den radikalen Klassenkampf - ohne Parteien, Gewerkschaften und sozialistische Staaten. Für die Selbstbefreiung des Proletariats!

Nummer 52 Sept./Okt. '90: Die Angestellten werden zu Proletariern; Streiks im Dienstleistungssektor; DDR: neue Perspektiven im Klassenkampf; Hausbesetzungen in Ostberlin; Kastrerevolten.

Bücher:

Thekla 12: Arbeit, Entropie, Apokalypse - ökologischer Kapitalismus und Klassenkampf. Die Angst des Kapitals vor dem Verschwinden der Arbeit! 7 Mark

Thekla 13: Klassenkämpfe im Sozialismus ArbeiterInnen gegen die sozialistische und kapitalistische Ausbeutung. Polen, China, Westeuropa, Großbritannien. 7 Mark

Wildcat-Abo 20 Mark für 6 Hefte, Einzelheft 4 Mark. Alle Wildcats (Nr. 43-49) im Schuber für 12 Mark. Alle Bestellungen durch Überweisung auf Sonderkonto Zeitung, H. Dietrich, Postgros Berlin Nr. 315 02 - 109, SISINA, Pf. 360 527, 1 Berlin 36. Neu!!! TIPS für den täglichen Kleinkrieg: Keine Angst vor Personalchefs und Arbeitsgerichten! (Gilt's auch auf Polnisch und Türkisch!!!) Einzelzeitschriften gibt's gegen adressierten Freiumschlag, 10 Stück gegen 4 Mark in Briefmarken, an: SISINA, Pf. 30 12 06, 6 Köln 30.



Fortsetzung von Seite 2

Özal in der Sackgasse

ner bekannten demagogischen Methode ein anti-militaristisches Image und versuchte zu demonstrieren, daß er für die Demokratie kämpfe. Mit intuitiven Erklärungen wie "Ich habe vor niemandem Angst" versuchte er für sich aus der Affäre Kapital zu schlagen.

Die bürgerlichen Oppositionsparteien im Parlament benutzen das Ereignis hingegen als ein Anlaß, die Probleme zwischen Özal und der Armee zu verschärfen und Özal in eine Ausweglosigkeit hineinzu-manövrieren. Die DYP und SHP schlugen als Lösung für die Krise vorgezogene Allgemeinwahlen vor und verständigten sich darauf, bis Oktober 1991 im Parlament zu versuchen, diese Lösung durchzusetzen. Ansonsten wollen sie den Rücktritt ihrer Fraktionen aus dem Parlament einleiten, womit praktisch diese Institution aufgelöst wäre.

Es ist heute noch unklar, ob der Zusammenschluß der beiden genannten Parteien für die Bourgeoisie und große Teile der Gesellschaft eine wählbare Alternative darstellt. Genauso unklar ist aber auch, ob diese beiden historisch miteinander konkurrierenden Parteien über ihr Bündnis gegen Özal auch in ökonomischen, politischen und sozialen Fragen eine Übereinkunft erzielen können. Die unterdrückten und unter der ökonomischen Krise notleidenden Bevölkerungskreise zwingen diese Parteien zu einer Zusammenarbeit gegen Özal. Vielleicht einigen sich die DYP und SHP unter dem Druck von unten auf minimaler Basis. Jedoch wird auch diese Übereinkunft der Türkei keine Demokratie beschern. Dazu sind ihre

Positionen beispielsweise zur Kurdistanfrage und zur Arbeiterklasse, sowie ihre bisherigen Demokratisierungsbemühungen nichtüberzeugend.

Die Widerstandsaktion von 42 000 Minenarbeitern gegen die Entscheidung Özals, die Minen so wie in England Thatcher zu schließen, wurde zu einer Kraft, die die Bereitschaft zwischen der DYP und der SHP zu einer Zusammenarbeit verstärkte. Beide Parteien unterstützen diesen Widerstand und wollen so Özals Machtstreben zurückdrängen.

Eigentlich gehen die Forderungen der streikenden Minenarbeiter, die täglich in der Stadt Zonguldak mit ihren Familien demonstrieren, über die Programme der DYP und SHP hinaus, d.h. diese wären nicht in der Lage, sie zu befriedigen. Es gibt derzeit keine Partei, die die Interessen der streikenden Arbeiter ernstzunehmend vertritt.

Die einzige Bewegung, die von der bürgerlichen Opposition gegen Özal nicht als Trumpf ausgespielt wird, ist die kurdische Widerstandsbewegung. DYP und SHP sind zumindest genauso viel wie Özal und die Armee dafür, diesen Widerstand zu unterdrücken. Der nationale kurdische Widerstand, der hauptsächlich von der PKK vorangetrieben wird, bringt das Regime des 12. September nach wie vor in eine Ausweglosigkeit.

Zum Schluß:

Die Herrschaft des 12. September - Özals ANAP - wird im neuen

Jahr von allen Seiten unter Beschuß stehen. Özal wird von breiten Kreisen zum Rücktritt oder aber zu Frühwahlen gezwungen werden.

Wenn die vorsichtige Haltung der Regierung gegenüber dem Streik in Zonguldak mitbedacht wird, könnte man denken, daß Özal sich mit Frühwahlen einverstanden erklärt. Auch das Gegenteil ist denkbar. Özal kann einen möglichen Krieg nach dem 15. Januar zum Anlaß nehmen, um über das ganze Land das Kriegsrecht zu verhängen und die Repressalien und den Staatsterror zu verstärken. So kann er versuchen, die Opposition loszuwerden und seine Herrschaft fortzusetzen.

Gleichzeitig wird sich die gegenwärtige Lage der linken und revolutionären Bewegungen auch 1991 nicht anders darstellen als die Jahre zuvor, so daß eine ernstzunehmende Gegenkraft und Gegenwehr zum Parlament nicht zu erwarten ist.

Anmerkung:

(*) Es wird klar, daß einer der Gründe für den am 20. Dezember erfolgten Rücktritt des sowjetischen Außenministers Scherwanadze die Golfkrise ist. Neben innenpolitischen Gründen erklärte er, daß "konservative Kräfte" ihn beschuldigen würden, die Entsendung von Soldaten in die Golfregion vorzubereiten. So hat die Golfkrise bis jetzt 2 türkischen und 1 sowjetischen Minister den Kopf gekostet. Mal sehen, wer noch an der Reihe ist.

Der Vorfall Siddik Bilgin: Nach dem Folttertod auf der "Flucht" erschossen

Bei dem Prozeß um die Ermordung des Lehrers Siddik Bilgin im Jahre 1985 kam nun endlich die Wahrheit ans Licht.

Nach offiziellen Erklärungen war Bilgin 1985 bei einer militärischen Operation in Genc bei Bingöl erschossen worden, seine Familie dagegen behauptete, Bilgin sei bei der Folter getötet worden.

Aufgrund einiger Parlamentsanfragen des HEP-Abgeordneten Cüneyt Canver war der Vorfall mehrmals im Parlament behandelt worden. Der damalige Innenminister Akbulut (und jetzige Ministerpräsident) hatte stets die Folttervorwürfe zurückgewiesen und den Hauptmann Ali Sahin, der als Täter bezeichnig wurde, verteidigt. Auf die Frage von Canver, woher man wisse, daß Bilgin Mitglied einer illegalen Organisation gewesen sei und wer die damalige Operation geleitet habe, hatte Akbulut geantwortet, daß Bilgins Mitgliedschaft allgemein bekannt gewesen sei, daß man ihm aber nichts Beweisen und ihn deshalb nicht verhaften konnte. Erst später aufgrund der Aussage einiger bei einer Operation verhaf-

teter Organisationsmitglieder habe man ihn fassen können. Den die Operation leitenden Hauptmann Sahin, der zum Zeitpunkt der Anfragen mittlerweile wegen einer Vergewaltigung in Mugla vor Gericht stand, verteidigte Akbulut als Ehrenmann. Ähnliche Antworten kamen von dem späteren Innenminister Aksu bei Anfragen im Januar 89.

Bei dem Prozeß um die Ermordung Bilgins kam nun durch die Aussage des Mitangeklagten Oberleutnant Eris die Wahrheit ans Licht, es wurde deutlich daß Akbulut und Aksu gelogen hatten. Bilgin war bei der Folter, die von Hauptmann Ali Sahin geleitet worden war, ermordet worden. Um die Ermordung zu vertuschen wurde der tote Bilgin mit einer Maschinengewehr-salve durchlöcher, um es so aussehen zu lassen als sei er auf der Flucht, d.h. einer Suchoperation erschossen worden. Anschließend vergrub man die Leiche Bilgins im Garten der Polizeistation.

Der verantwortliche Hauptmann Sahin war nach dem Bilgin-Vorfall zum Major befördert worden und nach Ankara als Lehrer auf der Unteroffizierschule versetzt worden.

Der Widerstand hat gewonnen

Hungerstreiks in der Türkei und T. Kurdistan beendet

Todesfasten und Hungerstreiks im E-Typ-Gefängnis von Diyarbakir sind nach 38 Tagen erfolgreich beendet worden. Sie hatten am 7. Oktober begonnen, als 96 Gefangene unter Folter und Mißachtung früher erkämpfter Zugeständnisse in verschiedene Gefängnisse verlegt werden sollten und wurden von Gefangenen anderer Gefängnisse unterstützt. Die meisten dieser Solidaritätshungerstreiks, die sich gegen die Entvölkerung des Gebiets von Botan (siehe TI Nr. 36) und die Isolationshaft im E-Typ-Gefängnis von Eskisehir richteten und an denen sich ca. 3000 Personen beteiligt hatten, sind ebenfalls beendet.

Annähernd eineinhalb Monate hat der Hungerstreik in den Gefängnissen und verschiedenen Gebäuden der Kreis- und Provinzorganisationen von HEP und SP (Partei der Arbeit des Volkes / Sozialistische Partei) gedauert. Gegen Ende war die Gesundheit von 40 Personen ernsthaft gefährdet. Fünf von 25 der am Hungerstreik in Diyarbakir Beteiligten schwebten in Lebensgefahr.

Am 14. November trafen sich Vertreter von Gefangenen und der Gefängnisleitung und eigeneten sich auf nachfolgende Punkte und die Einstellung des Hungerstreiks und Todesfastens:

1. Die Gefängnisleitung erkennt die Vertretung der Untersuchungsgefangenen an.

2. Vier Gemeinschaftszellen pro Woche können sich im Rahmen der "sportlichen Aktivitäten" gegenseitig besuchen.

3. Freier Zugang von Druckerzeugnissen, die freiverkäuflich sind.

4. Das Essensangebot wird reichhaltiger. Es wird besonders auf den Kaloriengehalt geachtet.

5. Der Verpflegungssatz wird von 2.200 TL auf 4.000 erhöht.

6. Verlegte Gefangene, deren Gerichtsverfahren noch andauert, werden zurückverlegt.

7. Es wird regelmäßig geheizt.

8. Die Waschküche wird wieder eingerichtet und der Waschmittelbedarf von der Gefängnisleitung gedeckt.

9. Die in der Nacht des 7. Oktober beschlagnahmten Gegenstände werden zurückgegeben.

10. Bei Durchsuchungsaktionen werden politische Polizei und Spezialteams nicht beteiligt. Zuständig ist das Gefängnispersonal.

11. Zu Besuch kommende Familienangehörige werden gelegentlich von der Polizei belästigt. Das wird unterbunden.

12. Es existieren Atteste über Verletzung, die in der Nacht der Verlegung am 7. Oktober zugefügt worden sind. Gegen die Verantwortlichen wird eine Untersuchung eingeleitet und ein Prozeß eröffnet.

13. Nach Polizeiverhören wird automatisch eine medizinische Untersuchung durchgeführt.

14. Die Korrespondenz mit demokratischen Massenorganisationen wird nicht behindert.

Die Bilanz der Hungerstreikaktionen bis zum 15. November sieht so aus:



Diyarbakir: ab 7. Oktober 123 Personen im E-Typ-Gefängnis im Hungerstreik; ab 1. November 10 Personen in Todesfasten, am 14. 25 Personen; 200 in den Gebäuden von HEP und SP im Hungerstreik.

Bismil: am 19. Oktober Beginn eines unbefristeten Hungerstreiks von 43 politischen Gefangenen im Gefängnis von Bismil.

Cizre: Hungerstreik von 140, letzte Zahl 150 Personen, darunter 60 Frauen im SP Gebäude seit dem 18. Oktober.

Nusaybin: ab 15. Oktober unbefristeter Hungerstreik von 70 Personen, darunter 25 Frauen.

Malatya: im Malatya E-Typ-Gefängnis Hungerstreik von 65 Gefangenen vom 5. Oktober bis 13. November, danach Fortsetzung durch 45 andere Gefangene; Hungerstreik von 25 Angehörigen der Gefangenen im Gebäude der SP.

Van: unbefristeter Hungerstreik von 22 Personen im SP Gebäude; Hungerstreik von 40 Personen im HEP Gebäude. 6 tägiger Streik von 40 Gefangenen im Gefängnis von Van.

Adana: ab 2. November 5

tägiger Hungerstreik von 15 Gefangenen des Gefängnisses von Adana; bei der HEP nach einem 5 tägigen Streik von 60 Personen ab dem 17. Oktober ein erneuter Streik von 110 Personen ab 4. November.

Gaziantep: unbefristeter Hungerstreik von 167 Gefangenen im Gefängnis Gaziantep ab 30. Oktober.

Amasya: 60 Gefangene ab 29. Oktober im unbefristeten Hungerstreik.

Urfa: Hungerstreik ab 10. November mit zunächst nur 2 Personen, ab 14. November 150 Personen.

Mersin: ab 8. November über 50 Angehörige von Gefangenen bei der HEP im Hungerstreik.

Aydin: Hungerstreik von 49 Gefangenen; ab 6. November Unterstützungstreik 40 Angehörigen bei der HEP; 26 Gefangene im E-Typ-Gefängnis Nazilli im Hungerstreik.

Adapazari: 16 Gefangene im Hungerstreik.

Erzincan: im Gefängnis ab 5. November über 100 Gefangene in unbefristeten Hungerstreik.

Ankara: ab 9. November im Zentral-Gefängnis 73 Gefangene im Hungerstreik; bei der SP 35 Angehörige in drei-tägigen Intervallhungerstreiks beendet am 15. November.

Antalya: Hungerstreik bei der HEP; Teilnehmer: 250 Personen.

Istanbul: Provinz- und Bakirköy Kreisgebäude der HEP zusammen 150 Personen am Hungerstreik teilgenommen; im Provinzgebäude der HEP sowie den Kreisen Esenyurt und Ümraniye Hungerstreik von 200 Angehörigen; im Gefängnis Sagmalcilar ab 31. Oktober Intervallhungerstreik von 300 Personen; Solidaritätshungerstreik des İYÖDER.

Canakkale: 130 Gefangene im Hungerstreik.

Yozgat: im Gefängnis Akdagmadeni ab 7. November unbefristeter Intervallhungerstreik von 50 Personen.

Izmir: im HEP Gebäude 4 tägiger Hungerstreik am 25. Oktober; ab 29. Oktober Intervallhungerstreik unter Beteiligung von 200 Personen, davon 150 von İHD (Menschenrechtsverein) und SP.

Nachrichten aus Cumhuriyet

Wir möchten zu Beginn des Nachrichtenüberblicks darauf hinweisen, daß die Nachrichten über Kurdistan bzw. über die PKK sogar von einer liberalen Zeitung wie der Cumhuriyet u.a. aufgrund des Zensurgesetzes und des Kriegsrechts in der Region nur sehr unzureichend, einseitig und in vielen Fällen falsch wiedergegeben werden. Trotzdem übersetzen wir die Meldungen (wenn wir auch den Sprachgebrauch "Terroristen" wenn möglich nicht beibehalten), um darzustellen, in welchem Umfang und in welchem Tenor das Thema Kurdistan in der Presse wiedergegeben wird. Eine wahrheitsgetreue und ausführliche Darstellung versuchen wir an anderer Stelle zu geben, obwohl dies aufgrund der spärlichen Quellen oft schwierig ist.

Die Redaktion

26.10.90

- Streik und Handgreiflichkeiten im Parlament bei der Debatte über den Erlaß, der die Verschleierung freigibt.

- Zustimmung Özals zum Bau von Atomkraftwerken

- Unterschriftenkampagne des Menschenrechtsvereins Malatya für die Aufhebung des Gesetzes 2932, das die kurdische Sprache verbietet.

- Unterschriftenkampagne des Ataturk-Gedankenvereins gegen die Todesstrafe wird von 17 Organisationen unterstützt.

- 17. Tag des Hungerstreiks von 123 Gefangenen im Gefängnis Diyarbakir, in Bismil 21 Personen. In Nusaybin ließen aus Solidarität mit dem Hungerstreik 4000 Geschäfte gestern ihre Läden geschlossen. Spezialteams öffneten die Geschäfte mit Gewalt.

- Tourismuseinnahmen 1990 stiegen, wenn auch nicht im erwarteten Ausmaß. Die am Golf stationierten US-Soldaten werden ihren Urlaub mit ihren Familien in der Türkei verbringen.

27.10.90

- Weiterer Parteienstreik um die Zulassung der Verschleierung.

- Festnahme eines 16-jährigen Schülers in Konya. Bei einer Durchsuchung in der Schule war eine Kassette der linken Musikgruppe Grup Yorum bei ihm gefunden worden.

- Gericht verbot das Plakat des Menschenrechtsvereins Usak mit der Aufschrift "Nein zum Krieg".

- Türkeihilfe der USA von vorgeschlagenen 545 Mio \$ auf 500 Mio \$ gesenkt.

- Justizministerium verbietet Besuch für Gefangene, die im Hungerstreik sind.

28.10.90

- Große Kundgebung der SHP in Izmit für "Frieden und ein menschenwürdiges Leben".

- Hungerstreik: Gefängnis Diyarbakir 19. Tag, Diyarbakir Angehörige im Bezirksgebäude der SP 16. Tag, weitere Hungerstreiks in Nusaybin, Cizre, Bismil.

29.10.90

- Oppositionsführer boykottieren die Staatsfeiertlichkeiten zum heutigen Republikgründungsfest.

- Ozal unterschreibt das Gesetz zur Freigabe der Verschleierung.

- Besuchsverbot für hungerstreikende Gefangene für den Tag des Republikfestes vom Justizministerium aufgehoben.

- Auf der Generalversammlung des Menschenrechtsvereins in Ankara wurde der Delegierte aus Diyarbakir festgenommen, da er seine Rede in kurdisch abgelesen hatte.

- Von den 155 Festgenommenen auf der SHP-Friedenskundgebung in Izmit wurden 128 Personen freigelassen.

- In Kars wurden 20 Personen wegen Unterstützung und Beherbergung einer illegalen Organisation nach umfangreichen Operationen festgenommen.

- 11 Bürgermeister der Oppositionspartei SHP, die bei verschiedenen Anlässen wegen Beleidigung Özals vom Dienst suspendiert worden waren, wurden trotz einstweiliger Verfügung und Freispruch vor Gericht nicht wieder in den Dienst genommen.

Brief der Gefangenen (aus Ceyhan) an die Öffentlichkeit

Sehr geehrte/r

Wir möchten sie mit diesem Brief auf einen für uns lebenswichtigen Aspekt der Regierungspolitik gegen die Gefangenen, aufmerksam machen:

Eine in der Regierung und im Justizministerium vorherrschende Logik verfolgt, besonders in letzter Zeit, eine Taktik, die die politischen Gefangenen zu Hungerstreiks und Todesfasten zwingt.

Eines der Ziele (vielleicht auch das Hauptziel) dieses Vorgehens ist wohl, die Gefangenen, die seit 10 Jahren unter schwersten Bedingungen leben, monatelange Folter, unzählige Hungerstreiks und Todesfasten hinter sich haben, deren körperliche Widerstandskraft und Gesundheit dadurch geschwächt ist, einzeln und nacheinander zu töten.

In Verfolgung dieses Ziels beschränken sie die Rechte der Gefangenen, die diese in langen Widerstandsaktionen erkämpft haben,

obwohl sie genau wissen, daß die Gefangenen dies nicht hinnehmen werden.

So werden in einem Gefängnis Hungerstreiks und Todesfasten entstehen, und folgerichtig tagelang Solidaritätshungerstreiks in anderen Gefängnissen. 30-40 Tage wird erwartet werden, gleichzeitig nicht ernstzunehmende Erklärungen wie, die Gefangenen würden den Hungerstreik machen, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken, werden abgegeben.

Nach einer bestimmten Zeit gesteht man die Rechte, die man zuvor beschlagnahmt hat, wieder zu, so daß die Aktion dann auch beendet wird.

Am Ende bleiben Menschen zurück, die wenn sie nicht gestorben sind, zum Tode nahe sind, deren Körper, Leber, Magen und Gehirn weiter zerstört wurden.

Kurze Zeit später fängt das Spiel mit den Gefangenen von vorne an,

nur jetzt in einem anderen Gefängnis, wo wieder neue Angriffe gestartet werden.

Obwohl wir uns dessen bewußt sind, sehen wir uns immer wieder gezwungen, zum letzten Mittel, Hungerstreik oder Todesfasten, zu greifen, entweder für uns oder für die Gefangenen der anderen Gefängnisse, weil wir keine Alternative als Widerstand haben.

Denn für uns ist das Hinnehmen der Beschneidung unserer erkämpften Rechte schlimmer als der Tod.

Aus diesem Grund ist das Thema jetzt in der türkischen Öffentlichkeit aktuell, so kommt es immer wieder zu neuen Hungerstreiks.

Nirgendwo auf der Welt gibt es ein mit der Türkei vergleichbares Land, in dem es so viele Hungerstreiks gibt; es gibt kein anderes Land, in dem in Hungerstreiks 15 Menschen zu Tode gekommen

Fortsetzung nächste Seite

Presseerklärung der Gefangenen des Sondertyp-Gefängnisses in Bartın:

„Keine Isolations-Särge in Eskisehir“

Seit Tagen wird über die Zeitungen Propaganda von der modernen und unvergleichbaren Einrichtung des Sondertyp-Gefängnisses in Eskisehir verbreitet. Die Zuständigen des Justizministeriums haben die Absicht die Revolutionäre sowohl von der Gesellschaft als auch untereinander zu isolieren, das heißt die Gefangenen werden in Isolations-

zellen, gesperrt. Laut Propaganda steigt so 1. der Komfort, 2. erfolgt die Anpassung an europäische Verhältnisse und 3. werden Fluchtmöglichkeiten ausgeschlossen. Auf diese Art soll die Öffentlichkeit dem Projekt gegenüber positiv beeinflusst werden, um so die Akzeptanz der Bevölkerung zu erreichen.

Die Kriegsgefahr und deren Pro-

paganda (Golf) überdeckt alles, so können sogar die auf dem Papier bestehenden Menschenrechte aufgehoben werden. Die politischen Machthaber benutzen dieses dazu die Revolutionäre zu isolieren, etwas was nicht einmal das September-Regimes in den heißesten Phasen geschafft hat. Die subtilere Art ihres Vorgehens soll das Ansehen ihrer

Politik verstärken.

Mit dem Eskisehir-Muster wird ein neues Vollstreckungssystem eingeführt. Ein wesentliches Merkmal ist, daß „gemeinschaftliche Erholungs-räume“ (Hof) wegfallen, stattdessen soll es für jede einzelne Person nur eine kleine „Einzel-Erholungs-zelle“ geben.

Das System will aus der selbstproduzierten politischen Sackgasse rauskommen und zerstört dabei sogar die eigenen juristischen Normen.

Obwohl das Sagmalcilar-Gefängnis in Istanbul annehmbare Zustände als das Eskisehir Sondertyp-Gefängnis aufwies, wurde vor 5 Jahren über das Sagmalcilar-Gefängnis ein Bericht vorgelegt, indem steht: „Ein Überleben ist nicht möglich.“

Trotz des Berichtes versuchen die Machthaber das auf einzelnen beruhende Sondertyp Gefängnis als Angleichung an die europäischen Verhältnisse darzustellen und die „Sargzellen“ (Tabufluk) als „Gefangenen Zimmer“ (Hükümlü Odası) zu verniedlichen.

Es ist offensichtlich, daß das Einzelsystem in Eskisehir im Widerspruch zu den Justiznormen und dem Vollstreckungssystem stehen. Die politischen Machthaber übergeben das Justizsystem, daß auch für sie verbindlich sein sollte. Das jetzige Vollstreckungssystem besagt, daß Gefangene nur durch Gerichtsurteil in einzelhaft gesteckt werden können. In der Praxis wird dies nur sehr selten, bzw. begrenzt ausgeführt. Im Eskisehir-Muster soll die Einzelhaft ohne Gerichtsurteil und ohne Begrenzung ermöglicht und so zum Bestandteil des Vollstreckungssystems keine Unterzeilung von Gefangenen in „anarchistische“ oder „terroristische“ mit dem Sonderstatus Einzelhaft-gefängnis gibt, sehen sich die Zuständigen des Justizministeriums genötigt der Öffentlichkeit zu erklären, daß sie die politischen von dem anderen Gefangenen getrennt behandeln. Die

politische Macht versucht, durch das auf Einzelsystem gestützte Vollstreckungsverfahren, die nackte Gewalt und Rechtslosigkeit des September-Regimes und die daraus entstandenen juristischen und politischen Auswirkungen zu vervollständigen. Um den Terror, die „Rehabilitation“ und die Isolierungspolitik des September-Regimes fortzusetzen, soll das Pilot Projekt Eskisehir-Sondertyp-Gefängnis durchgesetzt werden.

Wir wollen der Öffentlichkeit mitteilen, daß wir gegen den Terror und die Rehabilitationspolitik des September-Regimes Widerstand leisten und die Menschenwürde verteidigen, auch wenn wir körperliche Schäden erleiden und dabei wertvolle Freunde verlieren.

Wir werden nicht zulassen, daß sie und lebendig begraben. Wir werden uns wehren! Wir lassen uns nicht die Gewinne des gemeinsam geführten Widerstandes wegnehmen, auch nicht gewaltsam.

Es ist erst ein Jahr vergangen seitdem bei der „Todesreise“ von Eskisehir nach Aydin 2 Gefangene gestorben und mehr als 10 Gefangene verletzt worden sind. Heute können neue Todesfahrten und „Einzellen-Särge“ nur dann verhindert werden, wenn Personen und Institutionen, die die Verteidigung der Menschenrechte zum Ziel haben, gemeinsam Aktionen machen.

Uns und unseren Widerstand sehen wir als ein Teil der gemeinsamen Aktivitäten.

Wir glauben, daß gemeinsame Aktionen für die Verteidigung der Menschenrechte und des Grundrechtes auf Leben die politischen Machthaber, die ihr eigenes Vollstreckungssystem nicht beachten, veranlassen wird von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen.

Die politischen Gefangenen von Bartın, Sondertyp-Gefängnis 6.10.90

Gefängnis des „Sondertyps“ in Eskisehir

In Eskisehir wurde das neue Gefängnis vom „Sondertyp“ fertiggestellt. Das neuartige an diesem Gefängnis sind die „Särge“ genannten Isolationszellen. Das für 550 Personen geplante ausbruchssichere Gefängnis hat im Keller Platz für 252 Personen in Zellen für je 13 Personen. In den oberen Stockwerken befinden sich 60 4-Personen Zellen und ca 60 Einzelzellen. Die Zellen sind 2 mal 4 1/2 Meter groß, mit einem Stuhl und einem Plastikstisch ausgestattet. Die Toilette ist durch eine halbhohle Mauer eingefaßt. (Diese uns vorliegenden Angaben beziehen sich vermutlich auf die Viererzellen, genauere Beschreibungen waren nicht zu finden - T).

Eine Möglichkeit an die frische Luft zu gehen oder sich zu bewegen gibt es für die Gefangenen nicht. Die Türen der Zellen öffnen sich nur für Gefangene, die ins Krankenrevier gebracht werden, oder die in den Besucherraum gehen dürfen. In diesem Besucherraum ist der Gefangene durch eine dicke Glasscheibe von seinem Besucher oder auch seinem Anwalt getrennt. Gespräche können nur per Telefon geführt werden.

Ziel dieses Gefängnisses ist es, die Gefangenen nun nicht mehr nur physisch, sondern auch noch psychisch zu töten. Was durch Folter, Mißhandlungen und Beleidigungen, durch schlechte Ernährung, mangelnde medizinische Versorgung und Disziplinarmaßnahmen nicht erreicht wurde, soll in den „Särgen“ von Eskisehir erreicht werden. Die letzte Möglichkeit eine menschliche Existenz zu führen, die in den anderen Gefängnissen (zum größeren Teil) durch das gemeinsame Leben in den großen Gemeinschaftszellen gegeben ist, wird den Gefangenen wird den Gefangenen mit dieser Art von „Särgen“ genommen.

Wir dokumentieren hier zwei Briefe von Gefangenen aus Aydin und Bartın, die sich gegen dieses „Sondertypgefängnis“ zur Wehr setzen.



Brief der Gefangenen an die Öffentlichkeit

Fortsetzung von Seite 5

sind.

Diese Situation ist zweifelsohne ein Schanddokument für unser Land. Die Verantwortung tragen diejenigen, die die politischen Gefangenen hassen, sie nicht zur Ruhe kommen lassen wollen, nach Wegen suchen, um sie nacheinander zu töten.

Verantwortlich ist die Logik der Herrschenden, die mit modernen, menschlichen Werten nichts anfangen kann.

Es wird gesagt die Gefängnisse seien der Spiegel einer Gesellschaft. Daher ist das Problem nicht nur das unsere, sondern das des ganzen Landes, der Gesellschaft, aller Menschen.

Wir glauben fest daran, daß unser Land und unsere Völker, deren Teil wir sind, diese Schande nicht verdienen.

Deswegen schreiben wir an sie! Nehmen Sie sich dieses Problems an!

Lehnen sie eine Herrschaftslogik ab, die sagt:

„Sollen wir sie weiterermären statt aufzuhängen?“

„Wollen wir, daß der Staat kapituliert?“

„Aus Mitleid entsteht nur Schaden!“, und so geheime Pläne zur Ermordung der Gefangenen schmiedet oder in Eskisehir Sargzellen einrichtet.

Profestieren sie dagegen, daß

uns so eine Logik immer wieder zu Hungerstreiks zwingt.

Tun Sie etwas um diese offenen Wunde der Gesellschaft zu schließen, um dieses schandhafte Bild zu beseitigen.

Sonst werden noch mehr Leute sterben, dieses Bild wird noch schwärzer werden.

Unserer Meinung nach ist der Lösungsweg klar.

Die Regierungskreise können Ihre oben dargestellte Taktik u.a. nur anwenden, weil die vorhandenen Rechte nicht abgesichert sind.

Daß erkämpfte Rechte nicht zurückgekommen werden können; ist eine gesellschaftlich anerkannte Norm. So können die Beschränkungen der Rechte der Gefangenen nicht hingenommen werden...

Die gesetzliche Absicherung der Rechte wird willkürlichen Maßnahmen, die so oft für Unruhen sorgen, vorbeugen.

Sehr geehrte/r...

10 Jahre sind seit dem Militärischen vergangen.

Wir, die wir den schwersten Repressionen und Folterungen des faschismus des 12. September Regimes ausgesetzt waren und sind, führen in den Gefängnissen einen Kampf ums Überleben und um alle menschlichen Werte.

Was heute getan werden muß, ist die Verantwortlichen der Periode

des 12. September wegen ihre Folterungen und Ungerechtigkeiten zur Verantwortung zu ziehen, und alle Folgen dieser Periode zu beseitigen.

Nach wie vor verfolgt die Regierung Mordpläne an den politischen Gefangenen!

In dem Glauben, daß ihre Bemühungen zur Lösung dieses Problems beitragen werden, daß in unserem Land ein nicht menschenverachtendes sondern den menschlichen Rechten und Werten verpflichtetes Verständnis entsteht, möchten wir uns bei Ihnen bedanken. 4.12.90

Oguzhan Müffüoğlu, Ali Baspınar, M. Ali Yılmaz, Metin Sahin, Mustafa Aslan, Necmettin Özdemir, Hacı Saygılı, Süleyman Eryılmaz, Muhutün Coban, A. Rıza Solmaz, Zeki Konyalı, Hasan Sarıkaya, Naci Zaman, Levent Yakis, Mithat Gönenc, Zeynel Ordüzü, Mehmet Beyazias, Tümay Durukan, Cevdet Ucar, Ahmet Yaprak, Yücel Tas, Bilal Yıldız, Münür Hocaoğlu, Ziya Arıkan, Mehmet Üresin, Hakan Egri, Nihat Ballı, Mustafa Durak, Ertugrul Ak, Cebrail Köksal, Yusuf Keles, Nedim Avci, Cemal Akin, Mustafa Kantas, Tervik Günes, Nedim Soylu, M. Memduh Üyan, Özgür Ovacık, Erol Kartal, Aydin Ates, Özgür Sahin, Ömer Tunca, Hüseyin Cihan, Seyit Kocakusak, Fikret Dogan, Mustafa Öcal, Mehmet Ayıldız, Zakir Baykam, Ayhan Sümbül.

Brief aus dem Gefängnis Aydin

„Falls unseren menschlichen Eigenschaften auch nur der geringste Abbruch geschieht, ziehen wir den Tod vor“

Die herrschenden Kräfte haben durch die Einrichtung von Isolationszellen im Sondertypgefängnis Eskisehir, in dem gegen uns politische Gefangene gerichteten Vernichtungskampf eine neue Dimension erreicht. Die gleichen Kräfte wollten in der Zeit des 12. September auf brutale Weise mit Folter, Unterdrückung und jeder Art von unermesslichen Maßnahmen und Einschüchterungen uns ausliefern, uns unserer menschlichen, politischen und nationalen Identität und Persönlichkeit berauben, uns zu Kollaborateuren und damit ihnen ähnlich machen. Diese Strategie wollen sie auch heute verwirklichen, indem sie versuchen, auf dem Gelände des Gefängnisses Eskisehir, daß ihnen als Pilotprojekt dient, dem Isolationsprinzip Rechtsgültigkeit zu verschaffen.

Aufgrund der starken öffentlichen Reaktionen und des mutigen Widerstandes der politischen Gefangenen konnte die Bestimmung des 1. August-Sondergesetzes nicht in die Praxis umgesetzt werden. Die

ses wird nun durch die Anwendung des Isolationsprinzips versucht.

Die Herrschenden haben uns in der Vergangenheit vom Volk und von unserem lebendigen politischen Leben physisch isoliert, die unter Opfern erkämpften Mindestlebensbedingungen gewaltsam entzogen und uns die für den Schutz dieser Rechte notwendigen körperlichen Voraussetzungen genommen. Die jetzt erfolgte Installation der Todeszellen in Eskisehir, sind eine weitere Eskalationsstufe gegen unseren Widerstand. (...) Mit dieser Praxis wird auf unsere politische und menschliche Identität abgezielt. Ziel des Terrors sind die Menschen, die nicht die politischen Auffassungen der herrschenden Klasse teilen, die sich gegen das bestehende wirtschaftliche, soziale und politische System auflehnen und es kritisieren, die Arbeiterklasse und die den Willen des Volkes verteidigenden revolutionären und demokratischen

Fortsetzung auf Seite 13

Nach den Erklärungen der Zuständigen war diese an die NATO gebundene Geheimorganisation gegen eine potentielle sowjetische Besetzung gegründet worden, ihre Aufgabe sei es gewesen, während einer solchen Besetzung den Widerstand zu organisieren. Die Organisationen trafen bereits jetzt Vorbereitungen mit diesem Ziel. In ihnen arbeiteten offizielle und zivile Personen geheim und nach dem Zellenprinzip. Von der Existenz dieser Organisationen hatten außer der Führung des CIA nur bestimmten führenden Personen der NATO-Mitgliedsländer Kenntnis. Während der Diskussion stellte sich heraus, daß sogar die Präsidenten einiger Länder von diesen Organisationen nichts wußten.

Trotz dieser Tatsachen verlief die Gladio-Diskussion in Europa, ohne große Probleme zu verursachen. Die europäischen Staaten, die neben

Südosten (in Türkei-Kurdistan) gegen die PKK eingesetzt worden.

Die Diskussion um Gladio entwickelte sich in der Türkei zu einem wichtigen Streit. Der ehemalige Ministerpräsident Süleyman Demirel (jetzt Vorsitzender der DYP, rechtskonservative Partei des rechten Weges) bestritt zunächst die Existenz solcher einer Organisation. Ein anderer ehemaliger Ministerpräsident, Bülent Ecevit, dagegen, erklärte, daß er über die Existenz solcher einer Organisation während seiner Regierungszeit Kenntnis bescheid wußte. Der ehemalige Juntachef Kenan Evren wiederum erklärte, daß Demirel ihm vorgeschlagen habe, diese Organisation einzusetzen, daß er in der Zeit als er Generalstabschef war diesen Vorschlag nicht angenommen habe und verboten habe, daß sich diese Organisation illegal betätige. Auf diese Worte Evrens hin lenkte Demirel ein und verlangte, daß der Staat jeden, der diese Organisation für illegale Tätigkeiten

"Conter-Guerilla" Der türkische Gladio

ihren Erfahrungen zum Thema Demokratie auch im Bereich schmutziger Geschichte einiges an Erfahrungen vorzuweisen haben, gaben ohne Umschweife die Existenz dieser Organisation zu. Ein Teil gab an, Nachforschungen anzustellen, ein anderer Teil dagegen erklärte, daß die Organisation nicht in illegale Angelegenheiten verwickelt sei. Dies bedeutet, die Angelegenheit wurde in einer gewissen Beziehung vertuscht.

Die NATO-Führer erklärten, daß Organisationen wie Gladio nunmehr nicht mehr notwendig seien, da die Epoche des kalten Krieges abgeschlossen sei. So erreichte man, daß die Öffentlichkeit Verständnis dafür aufbrachte, daß in Zeiten wie denen des kalten Krieges durch den Staat und innerhalb des Staates eine Reihe von illegalen Dingen, Intrigen und schmutzigen Geschäften abließen.

Auf diese Weise verwandelte sich die Gladio-Diskussion in vielen Ländern in ein Diskussion darüber, wessen Gladio "noch sauberer" war. Nach Erklärungen der Zuständigen, die freilich anzuzweifeln sind, haben sich die Geheimorganisationen unter CIA-Kontrolle in den NATO-Ländern nicht weiter in schmutzige Angelegenheiten verwickelt. Auch wenn es einige Vorfälle gegeben habe, waren diese doch nicht von Bedeutung...

In der Türkei dagegen verlief die Gladio-Diskussion um einiges lebhafter. Nach den ersten Erklärungen der türkischen Zuständigen habe es in der Türkei solche eine Organisation nie gegeben. Aber die nach und nach abgegebenen Erklärungen zeigten, daß die Situation in keinsten Weise so war. Die offiziellen Behörden erklärten, daß man in der Türkei nicht wie in Italien eine geheime, sondern eine völlig legale Einrichtung besitze. Diese sei 1952 gegründet worden, ihr Name sei 'Amt für spezielle Kriegsführung'. Dieses Amt unterstehe dem Generalstabschef und sei während der Zypernvorfälle (als der türkische Staat 1974 einen Teil Zyperns besetzte) un jetzt im

benutzt hatte, werauch immeressei, zur Rechenschaft ziehe.

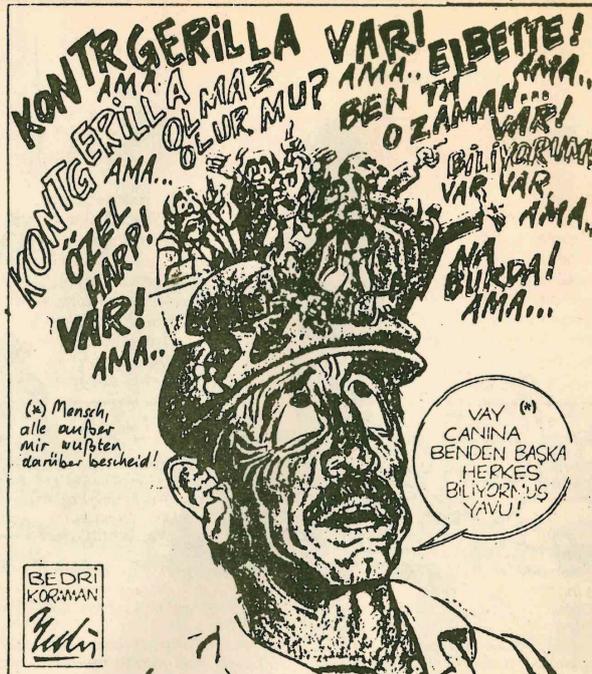
Die eindeutigen Erklärungen, daß es in der Türkei eine Organisation wie Gladio niemals gegeben habe, kamen vom Chef der zivilfasischistischen Bewegung (vor 80 und heute), Alpaslan Türkeş. (Der Name dieser Gladio-Organisation in der Türkei ist Conter-Guerilla, wir werden unten noch näher darauf eingehen.) Alpaslan Türkeş wiederholte beharrlich, daß es diese Organisation nicht gebe noch gegeben habe. Staatspräsident Özal und ANAP-Ministerpräsident Akbulut auf der anderen Seite vermeiden es tunlichst, auf diese Diskussion einzugehen.

Der türkische Gladio kämpft seit 20 Jahren gegen das Volk

Die Gladio-Diskussion in der Türkei ist ziemlich alt. Bereits in den Jahren 1971-72 machten die türkischen und kurdischen Völker Bekanntheit mit Gladio: Am 12. März 1970 übernahmen die Generäle die Macht. Nach diesem Datum wurde eine durch die Militärs kontrollierte Regierung errichtet und ein systematischer Angriff gegen die Linke begann. In vielen Städten wurde der Ausnahmezustand ausgerufen, man begann, die Revolutionäre zu verhaften und umzubringen. Damals (1972) ereigneten sich in Istanbul zwei bemerkenswerte Vorfälle: Im Bosphorus explodierte und versank ein Schiff namens Eminönü, das Atatürk-Kulturzentrum fiel einem Brandanschlag zum Opfer.

Beide Vorfälle lastete die Polizei der Linken an. Wegen der Sabotageanschläge auf das Schiff und das Kulturzentrum wurden verschiedene Offiziere, Arbeiter und Studenten verhaftet. Später sprach man diese Personen aus Mangel an Beweisen frei.

Wiederum im Jahre 1972 wurden einige Offiziere und Journalisten aufgrund eines Vorfalles, mit dem sie nichts zu tun hatten, festgenommen.



Diese Personen erklären vor Gericht, daß sie in einem Gebäude, von dem bekannt war, daß es nicht dem Staat gehörte, gefoltert worden seien, und daß die Folterer sie mit folgenden Worten bedroht hätten: "Wir sind Conter-Guerilla, uns kann niemand etwas anhaben, wir können machen was wir wollen." Diese Offiziere, von denen man annahm, daß sie verhaftet worden waren, weil sie Linke waren, brachten später (74-75) die Conter-Guerilla-Angelegenheit an die Öffentlichkeit.

Der damalige CHP-Vorsitzende Ecevit (sozialdemokratische Republikanische Volkspartei) profitierte von der gegen den 12. März Faschismus entstehenden Volksopposition und gelangte so an die Regierung. In seinen Erinnerungen erzählt der ehemalige Ministerpräsident, daß er mit den Conter-Guerilla-Angelegenheiten durch Zufall konfrontiert wurde. Als der Generalstab für einige militärische Ausgaben aus einem dem Ministerpräsidenten unterstehenden speziellen Fond Geld verlangte, fragte Ecevit nach, wofür dieses Geld gebraucht würde. Der Generalstabschef erklärte, daß das Geld für eine Organisation namens 'Amt für spezielle Kriegsführung' gebraucht würde, daß die Kosten für dieses Amt eigentlich von den Amerikanern getragen würden, daß aber das Geld für dieses Jahr nicht ausreiche. Ecevit erzählt in seinen Erklärungen, daß er die Angelegenheit ständig verfolgte, daß die Mitarbeiter des Amtes für spezielle Kriegsführung vom CIA ausgebildet würden und sie in einem Gebäude arbeiteten, das den Amerikanern gehörte. (Ecevit machte diese Erklärungen 1972).

Obwohl Ecevit ausreichende Informationen besaß, ging er in der Zeit seiner ersten Präsidentschaft nicht gegen den türkischen Gladio vor und die Conter-Guerilla führten ihre Provokationen und Massaker fort. Alle Aktivitäten der Conter-Guerilla nach 1975 verfolgten eine Strategie, nach der die faschistischen Kräfte das ganze Land beherrschen sollten. Es war die Strategie eines Bürgerkrieges. Gemäß

dieser Strategie verfolgte man Pazifizierungsmethoden, provozierte Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Alevitin (die religiöse Gruppierung der Alevitin wird weitgehend als links angesehen), veranstaltete Aktionen, die der Grund dafür waren, daß das Volk in Angst und Schrecken versetzt wurde. Die Mitglieder der Conter-Guerilla geschaffenen zivilfasischistischen Partei MHP, deren Chef der oben erwähnte pensionierte Offizier Alpaslan Türkeş wurde, wurden auf die Linken gehetzt.

Die wichtigsten Aktionen, von denen man weiß, daß sie von den Conter-Guerilla durchgeführt wurden, waren folgende:

- **Dezember 76:** Auf Studenten der Istanbul Universität wurde ein Bombenanschlag verübt. 6 Studenten starben.

- **1. Mai 77:** Auf die zur 1. Mai Veranstaltung auf dem Taksim Platz in Istanbul versammelten Arbeiter wurde das Feuer eröffnet. 36 Personen starben, -zig Personen wurden verletzt.

- **Im gleichen Jahr starb der Bürgermeister von Malatya (Mitglied der faschistischen MHP) durch eine ihm zugesandte Paketbombe. Auf diesen Vorfälle hin antworteten die Faschisten mit einer Terrorwelle gegen die Linken und Alevitin in Malatya und Umgebung.**

- **Dezember 78:** In Maras wurde ein Kino bombardiert, in dem ein rechter Film spielte, die Faschisten griffen daraufhin die Bevölkerung an. Sie zündeten die Stadtviertel an, in denen Alevitin wohnen. Während dieser Übergriffe starben mehr als 100 Personen.

- **Februar 80:** Der als links-liberal bekannte Chefredakteur der Tageszeitung Milliyet, Abdi İpecki wurde ermordet. Auf eine Anzeige hin wurde Mehmet Ali Ağca als Mörder verhaftet und unter Anklage gestellt. Aber Ağca entfiel nach einiger Zeit aus dem Militärgefängnis. Wie er entflohen konnte ist bis heute noch nicht geklärt. Zur Erinnerung: Ağca ist die Person die wegen des Papstatentates verhaftet wurde.

- **Juli 80:** In der Stadt Corum verbreitete sich das gerücht, daß

'Kommunisten eine Bombe auf die Moschee' geworfen hätten. Daraufhin griffen Faschisten Alevitin und Linke an. Die bewaffneten Auseinandersetzungen, bei denen 15 Personen starben, dauerten Tage.

Man könnte diese Liste noch fortsetzen. Die Morde, Sabotageakte und Unruhen, die die Conter-Guerilla in der Türkei verursacht haben, sind ohne Zweifel nicht auf diese Vorfälle beschränkt. Angefügt werden muß noch, daß zwischen 75 und 80 eine große Anzahl von Personen ermordet wurde, darunter Professoren, Schriftsteller, Abgeordnete, Gewerkschaftsvorsitzende und Polizeichefs.

Von keinem einzigen der hier aufgeführten Vorfälle, aber auch von anderen hier nicht genannten Vorfällen wurden die wirklichen Verantwortlichen aufgedeckt und zur Rechenschaft gezogen. Es ist auch nicht möglich, diese aufzudecken. Denn der Staat selbst ist derjenige, der nachforschen müßte, wer für diese Vorfälle verantwortlich ist. Die Verantwortlichen aber sind wiederum ein Organ des Staates.

Aus diesem Grund kann das Thema der Conter-Guerilla, mit allem was man vor 1980 dazu erlebte, nicht wirklich aufgedeckt werden, d.h. nicht soweit, daß Anklage erhoben werden könnte.

Die hier beschriebenen Vorfälle wurden nach dem Putsch vom 12. September 80 in dem in Ankara gegen die revolutionäre Organisation Devrimci Yol eröffneten Prozeß zur Sprache gebracht, und die Angeklagten verlangten, daß eine Untersuchung darüber eröffnet werde. Aber die Gerichte nahmen diese Forderungen nicht an.

Im Jahr 1978 flammte die Conter-Guerilla Diskussion in der Türkei wieder auf. Zu dieser Zeit war Demirel an der Regierung. Auch Ecevit beteiligte sich an der Diskussion mit den Erklärungen, die wir im ersten Teil dieses Artikels zitiert haben. Als nach einiger Zeit Ecevit erneut Ministerpräsident wurde, konnte er nichts gegen die Conter-Guerilla unternehmen. Er gab sogar Erklärungen ab, die das Amt für spezielle Kriegsführung entlasteten.

Als Ergebnis sollte folgendes gesagt werden: In einigen NATO-Ländern kann gegen Organisationen wie Gladio vorgegangen werden, sie können vom Staat aufgelöst werden. Dies ist möglich, aber daraus sollte man nicht schließen, daß sich deshalb die kapitalistischen Länder nicht in andere schmutzige Angelegenheiten verwickeln.

In der Türkei kann der Staat nicht gegen Gladio-Conter-Guerilla vorgehen. Wenn er dies tut, müßte er z.B. seine Praktiken in Türkei-Kurdistan beenden. Denn der Ort, an dem die Conter-Guerilla Methoden z.zt. am ausgedehntesten angewendet werden ist Türkei-Kurdistan. Dies hat der Generalstab selbst erklärt (am 7. Dezember 90). Der türkische Staat braucht die Conter-Guerilla, ohne sie geht es nicht.

Dies ist auch der Grund, warum Staatspräsident Özal und Ministerpräsident Akbulut sich nicht an der Conter-Guerilla Diskussion beteiligen.

Dies alles bedeutet nun nicht, daß unter den verschiedenen Gladios der italienische und der türkische die schmutzigsten sind und die deutschen und andere Gladios 'sauber' sind. Denn es ist bekannt, daß einer von denen, die den türkischen Gladio ausbildeten und heranzogen eben der deutsche Gladio und der deutsche Staat ist.

Doppelter Standard für Faschisten und Linke

Der doppelte Standard, mit dem linke Gefangene und "gewöhnliche", d.h. rechte Gefangene, die seit dem 12. September '80 als "gewöhnliche" Gefangene abgeurteilt werden, hat eine neue Ergänzung erfahren. Während für bestimmte vergehen linken Angeklagten die Todesstrafe gegeben wurde, da ihre Vergehen gegen den Staat gerichtet seien (§ 146 TStGB) wurden den Faschisten für den gleichen Straftatbestand milde Strafen erteilt, da es sich um "gewöhnliche" Straftaten handele (§ 313 TStGB).

Mit dem neuen Strafmilderungsgesetz, das die Regierungspartei ANAP beschloß, wird dieser doppelte Standard fortgesetzt: Während die Strafe nach § 313 TStGB, der meist gegen Faschisten angewendet wurde, herabgesetzt wurde, setzte man die Strafe für den politischen § 146 letzter Absatz von 5 auf 20 Jahre herauf.

Gleichzeitig wurde ein erheblicher Strafnachlaß für Rauschgifthandel beschlossen. Auch dies hat den gleichen Hintergrund: Viele der faschistischen Mörder von vor '80 haben nach dem Putsch vom 12. September ihre Aktivitäten auf Rauschgifthandel in Europa verlegt.

Als sie an der irakisch-türkischen Grenze angelangt waren, vermied das türkische Fernsehen die Bezeichnung Kurden und sprach stattdessen von "irakischen Staatsangehörigen". Sie waren hungrig, durstig und erschöpft, ließen tausende von Opfern zurück und waren gezwungen, ihre angestammten Felder zu verlassen. Im Grenzstreifen lebten sie tagelang in dornigen Gräben. Familien suchten ihre zerstreuten Angehörigen (Mütter und Kinder, die einander verlassen hatten, suchten sich gegenseitig.) Erst am 29. August durften sie türkisches Gebiet betreten.

Es waren 100 000 Menschen. Als die Weiterreise in den Iran für einen großen Teil von ihnen erreicht werden konnte, reduzierte sich ihre Zahl auf 97 000. Diese Kurden, die man im Grenzgebiet unter erschwerten Bedingungen noch tagelang zurückhielt, wurden in 3 Gruppen aufgeteilt und in Lastwagen nach Yüsekova, Diyarbakir und Silopi transportiert. Später wurden die kurdischen Flüchtlinge im Silopi im Zeltort von Kiziltepe, diejenigen in Dicle, einem Stadtteil von Diyarbakir, in den ehemaligen Unterkünften der Erdbebensgeschädigten von Lice, und diejenigen in Yüsekova in Übergangslager in Mus untergebracht.

Im Laufe all dieser Ereignisse drohte der damalige Innenminister Mustafa Kalemli in einer Ansprache am 2. September 1988 den kurdischen Flüchtlingen: "Solltet Ihr auch nur eine einzige Person, die der türkischen Regierung Schaden zufügt, unter Euch aufnehmen, dann wird sich unser Verhalten ändern", wobei er zweifellos die PKK im Auge hatte.

Die Lager, in denen die Kurden untergebracht waren, wurden daraufhin sofort mit Stacheldraht umgeben. Und weitere Drohungen folgten...

Inzwischen ging die öffentliche Diskussion darüber los, ob in Südkurdistan Giftgaswaffen eingesetzt worden waren. Die UNO wendete sich auf die bei ihr eingegangenen Anträge hin "nur zum Zwecke der Untersuchung" an den Irak. Der Sprecher des türkischen Außenministeriums Inal Batu erklärte, daß die Türkei eine solche Untersuchungsaufforderung, sollte sie an sie gerichtet werden, nicht akzeptieren würde. Hiermit legalisierte er öffentlich die Geheimhaltung des Gebrauchs von Chemiewaffen. Die Türkei hat ihre Haltung in diesem Punkt seitdem nicht verändert. In den "Irak-Iran-Berichten", die von den Vereinten Nationen veröffentlicht wurden, wurden die C-Waffeneinsätze an keiner Stelle erwähnt. Diese wichtige Organisation schreckte damals davor zurück, Saddam Hussein, der dabei war, zum Führer der arabischen Welt aufzusteigen, anzugreifen. Und das, obwohl in Halabja und danach in Süleymaniye, Ninova und Dihok anhand von Bodenproben, Fotografien und Filmen die Verwendung von chemischen Waffen bewiesen worden war. Hatte doch der derzeitige irakische Verteidigungsminister Hayrullah Tilfah auf einer Pressekonferenz am 15. September 1988 in Bagdad folgende Erklärung abgegeben: "Wir stellen chemische Waffen zu ihrer Verwendung her. Es ist unser Recht, davon Gebrauch zu machen." Es ist doch sehr interessant, daß die Türkei, die versucht, den Einsatz von chemischen Waffen zu leugnen, Monate nach dem Geschehen den 9-jährigen Hacer, dessen Gesicht bei dem Chemiewaffenüberfall verbrannte und der im Lager in Mus untergekommen war, nach Ankara zur Behandlung schickte.

Der Gebrauch von C-Waffen gegen Kurden brachte keine Schlagzeilen in der Weltpresse hervor. Die westlichen Staaten, die immer darauf erpicht sind, sich als Beschützer der Menschenrechte darzustellen, zogen es vor zu schweigen. England und Frankreich z.B. setzten den Verkauf von Flugzeugen und anderen Waffen an den Irak fort. Die deutsche Firma, die die Giftgasfabriken im Irak aufgebaut hatte, setzte trotz dieser Ereignisse den Verkauf von Ersatzteilen

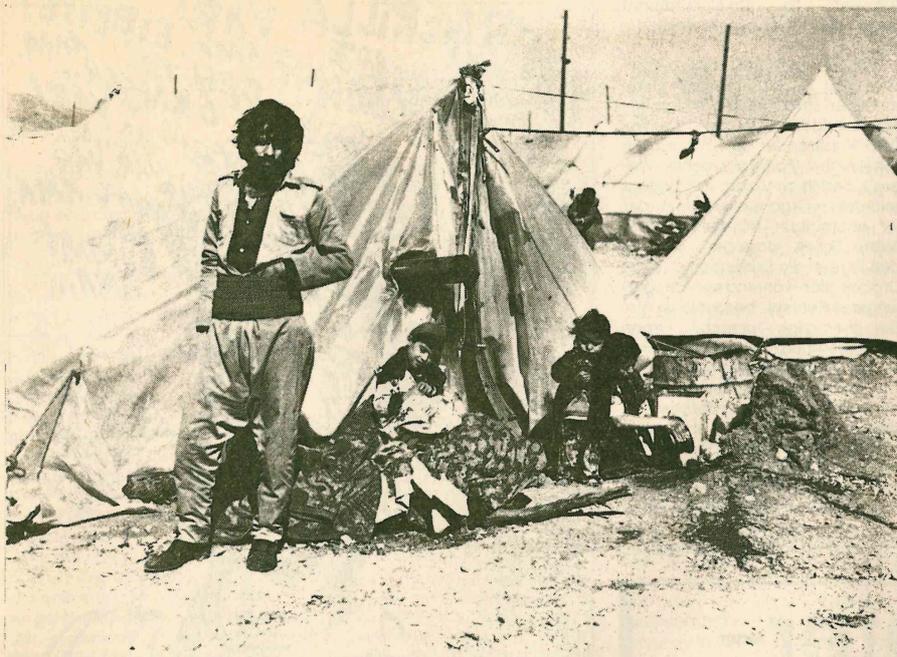


Foto: I. Maga

Schläge, Unterdrückung, Stacheldraht...

Die kurdischen Flüchtlinge in der Türkei

an den Irak fort, ohne daß die deutsche Regierung eingreift.

Die kurdischen Flüchtlinge warteten vom Tag als sie die Grenze überquert hatten bis zum 3. Mai 1990 darauf, den Status von politischen Flüchtlingen zuerkannt zu bekommen. Obwohl die Türkei sowohl die allgemeine Erklärung der Menschenrechte als auch die Genfer Konvention sowie das die politischen Flüchtlinge betreffende Protokoll von 1967 unterschrieben hat, vermied sie, den Kurden diesen Status zuzuerkennen, wobei sie als Begründung vorgab, daß es Vorbehalte bei der Annahme außer-europäischer Flüchtlinge gäbe, und daß die Verträge nicht auf Flüchtlinge aus dem Nahen Osten angewendet werden könnten. Tatsächlich verstand man unter "Menschen aus dem Nahen Osten" niemand anderes als die Kurden, denn die Türkei hatte bis jetzt alle anderen Flüchtlinge aus dem Nahen Osten anerkannt. Die kurdischen Flüchtlinge mußten am 3. Mai 1990 aus der Erklärung des Außenministers Ali Bozer erfahren, daß ihnen der Flüchtlingsstatus, den sie unter schwierigen Bedingungen so lange erwartet hatten, nicht zuerkannt worden war. Minister Bozer verkündete, daß "dieses Recht nicht zur Anwendung kommen könne".

Schon im November 1988 waren 12 000 der Flüchtlinge aus den Lagern in den Iran abgeschoben worden. Zu dieser Zeit wurden auch etwa 1000 in einzelnen Gruppen ohne ein offizielles Protokoll ausgeliefert. Daraufhin gaben die kurdischen Führer in den Lagern bekannt, daß bei diesen Übergaben viele ihrer Freunde von den irakischen Behörden vor den Augen der türkischen Verantwortlichen an die Wand gestellt worden wären. Die Zahl der Flüchtlinge in den Lagern war hiermit auf 34 000 gesunken.

Doch in den Lagern von Diyarbakir, Kiziltepe und Mus nahmen die Schwierigkeiten von Tag zu Tag zu: Ernährungs-, Unterkunfts- und Gesundheitsprobleme, Zukunftsdängste, Unterdrückung und Schläge, Geburt und Tod, und was man

sich an Schwierigkeiten noch vorstellen kann... Die Probleme waren überall die gleichen, ob im Lager von Kiziltepe mit seinen 15 000 Bewohnern, im Herbergszentrum Diyarbakir mit seinen 13 000 Menschen oder bei den 6 000 Einwohnern des Lagers Mus. Dazu beträgt die Zahl der Kinder im Schulafter und darunter 60% in diesen Lagern.

Ein dringender Appell in letzter Minute

KURDISTAN

27 000 Kurdische Flüchtlinge aus dem Irak in höchster Lebensgefahr

DER KRIEG HAT LÄNGST BEGONNEN

CIYERE, HUSEYIN in DIYARBAKIR: merkten wir uns diese Namen kurdisch-irakischer Dörfer auf. Sie benennen Orte unseres neuzeitlichen Völkermords & Vergessens. Wie damals im Irak, als die Geschichte mit Giftgas & Öl behaftet noch tiefes, und niemand etwas wissen wollte: von Halabcha, den 30 000 Giftgasopfern, den 5 000 plurierten Dörfern und der mörderischen Vernichtung aller kurdischen Existenz.

Heute herrscht in Kurdistan (Türkei) der offene Kriegszustand. 500 000 Soldaten halten die kurdischen Regionen besetzt und aufgeschlagen ist das neueste Kapitel eines nicht endenferndem Völkermordes.

- Angewalt noch vom inzwischen einmündig verurteilten Diktator in Bagdad, sondern vom engen Verbündeten der westlichen Demokratie gegen denselben: dem türkischen Staat. Durch eine Regierung, die ein Assoziationsabkommen mit der EU unterzeichnet, einen Mitglied der NATO und Teilnehmer an den KSZE-Gesprächen wurden.
- Die Aufhebung der Menschenrechte für die kurdischen Provinzen beim Europarat verfügt.
- Eine Regierungsanbahnung auf Völkerverdrängung von 287 Todesstrafen verurteilt.
- Die Vertreibung von 500 000 Kurden in den Westteil des Landes angeordnet.
- Hunderte von Dörfern vernichtet und Menschen aus vielen Grenzregionen zwangsexiliert.
- Ihre agrarische Lebensgrundlage mit Pflanzengewinnern verbrannt: Olivenbäume, Silenstauden & Haselnußbäume.
- Wunden und werden andauernd Hunderte von Zivilisten getötet & verzwangt.

Kein einziger Mitgliedstaat hat bisher gegen diese oft verurteilte Außerkräftsetzung der kurdischen Menschenrechte interveniert auch nur mit einem Wort protestiert.

UNTERSCHREIBEN SIE DIE BUNDESREGIERUNG, AUSTONDSOMBERHEITEN IN MILLIONENHÖHE AN DIE TÜRKIE.

Während die neue Kapitel der Vernichtung kurdischer Existenz gerade aufgeschlagen wird, befindet sich das alte weitenhin in mörderischer Abdrückung: Die Opfer und Flüchtlinge vor dem Giftgas deutschen Herkunfts entziehen unabsichtlich & wenig ersichtlich in irakischen oder irakischen Einladungen: über 100 000 Menschen.

In den 3 irakischen Camps von Mus, Mardin und Diyarbakir leben 27 000 Menschen in düsteren Zelten & miserablen Behausungen und sterben mit tödlich-sicherer Präzision Hunderte in der schrecklichen Winterkälte.

WIR WOLLEN ES NICHT ZULASSEN,

DASS DIE OPFER PROFITABLER DEUTSCHER TODES-MÄRKTER ALS LÄSTIGE WIRTSCHAFTLICHE ZEUGEN STUMMWEG DER WEITEREN VERNICHTUNG PREISGE-MISSEN WERDEN. PROTESTIEREN SIE MIT UNS BEI DER BUNDESREGIERUNG, DEN PARTEIEN, POLITIKERN & DEMOKRATISCHEN ORGANISATIONEN GEGEN DIE FORT-GESetzte VERNICHTUNG UND VERDRÄNGUNG DER KURDEN.

UND DENN SIE MIT UNS ZUSAMMEN DIE ANERKENNUNG DER MENSCHENRECHTE IN DER TÜRKIE UND HELFEN SIE MIT DER MATERIALIEN UNTERSÜTZUNG DIESER FLÜCHTLINGE, FÜR DEREN SCHICKSAL WIR UNHEUG-BAR EINE BESONDERE VERANTWORTUNG TRAGEN.

Spenden für die "Winterhilfe" für Decken, Brennstoffe & medizinische Versorgung unter dem Stichwort "KURDISTAN" auf die Konten 8999-508 Postfach Köln oder Frankfurter Sparkasse Konto 1800 (BLZ 25090020).

Näher Informationen & PROTEST-UNTERSCHRIFTENLISTEN bitte kostenlos anfordern!

medica 2. NOVEMBER 1989 100-1000000

Wenn von Kindern die Rede ist, wird als erstes an Schulbildung gedacht. Auch wenn sich die kurdischen Flüchtlinge strak dafür, einsetzen, so konnte diese Frage doch nicht gelöst werden. Da die türkischen Behörden darauf beharren, daß der Unterricht auf türkisch stattfinden habe. Die Flüchtlinge hatten einen kurdisch-türkischen Unterricht vorgeschlagen. Trotzdem wurden kurdische Kinder untertaub von kurdischen Lehrern unterrichtet. Diese Bemühungen wurden aber in vielen Fällen von der Lagerleitung behindert und die Kinder verbrachten diese lange Zeit ohne Schulbildung.

Die Gesundheitsversorgung ist eins der Hauptprobleme in den Lagern. Wenn eine ausländische Delegation die Lager besucht, wird "die Anzahl der Ärzte und Krankenschwestern normalisiert", während der anderen Zeit sind ein Arzt und zwei Krankenschwestern für die Flüchtlinge da. Die Kälte in Winter und die Epidemien im Sommer erschweren das Leben der Flüchtlinge. 350 Menschen sind, zumeist wegen der Krankheiten, gestorben. 8/10 dieser sind Kinder unter 7 Jahren.

Die Wasserversorgung ist ein anderes Problem der Lager. Es gibt nicht genügend Wasser in den Lagern. Viele der angeschlossenen Wasserhähne sind kaputt. Die Frauen stehen stundenlang an den Hauptphähnen Schlange, um Wasser zu bekommen. Die Fäkaliengruben sind übergelaufen und haben die Keller in den Häusern in Diyarbakir und Mus überflutet und fließen im Zelllager Kiziltepe an den Zelten vorbei.

Auch das Unterbringungsproblem ist in allen drei Lagern nicht gelöst. In die 60 qm Wohnungen in Diyarbakir sind etwa 30 Menschen gepfercht. Die Zelte im Lager Kiziltepe sind so sehr abgenutzt, daß die Flüchtlinge beginnen, Lehmhäuser zu bauen und so versuchen, das Problem zu lösen. Die Zellstadt Kiziltepe wird also zur "Lehmstadt Kiziltepe". Auch wird in den Lagern im Winter nicht genügend Holz zum Heizen verteilt. Besonders im Lager Mus versuchen die Lagerbewohner

Nachrichten aus Cumhuriyet

29.10.90
- Während der Regierungszeit Özals, der für seine Verdienste im Erziehungs- und Gesundheitswesen von der Uni Istanbul den Ehrendokortitel verliehen bekam, sind die öffentlichen Ausgaben im Erziehungs- und Gesundheitssektor ständig gefallen. Nach Angaben des staatlichen Statistikkonsults (DIE) liegen die Ausgaben im Erziehungssektor in den 80er Jahren nur noch bei ca. 0,5% des nationalen Einkommens. Im Gesundheitswesen bei ca. 0,2%. Die Türkei gibt damit von allen Ländern der Erde am wenigsten für das Erziehungssektor aus.

30.10.90
- 10 Mitarbeiter der Zeitschrift "Neue Demokratie" nach Operation der politischen Polizei festgenommen.
- Proteste und Auseinandersetzungen vor Gefängnissen am gestrigen öffentlichen Besuchstag. In mehreren Gefängnissen wegen Besuchsverkürzungen den Besuch. In Amasya wurden bei Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften viele Gefangene und Wärter verletzt. Der Hungerstreik in Diyarbakir im 21. Tag. In Gaziantep begannen die Gefangenen einen unbegrenzten Hungerstreik.
- Unterschiedliche Ansichten von Sozialministerin, Erziehungsminister und Hochschulrat YÖK-Vorsitzenden bei der Frage, ob die Freigabe der Verschleierung auch für Universitäten gilt.
- 10 000 Arbeiter der Metallindustrie, die sich aus Protest gegen den Arbeitgeberverband MESS eine halbe Glazur rasieren ließen, arbeiten diese Woche mit ganzer Glazur, um zu zeigen, daß die Arbeiter nichts mehr zu verlieren haben.

31.10.90
- Die für den Regierungssitz Özals im Haushalt 1990 veranschlagten Ausgaben 7.286 Mrd. TL reichen nicht einmal für die ersten 6 Monate.
- An einigen Universitäten wurden verschleierte Studentinnen trotz des neuen Gesetzes, das das Kopftuch freibt, nicht zum Unterricht zugelassen.
- Hungerstreiks an den Gefängnissen gehen weiter. Mittlerweile befinden sich an die 1000 Gefangene und Angehörige im Hungerstreik. In Diyarbakir 22. Tag bei den Gefangenen, 18. Tag bei den Angehörigen.
- Die Nr. 36 der Zeitschrift "Gesellschaftliche Befreiung" wurde ohne Erklärung der Gründe verboten und konfisziert.

1.11.90
- Präsident des Verfassungsgerichtes Özden ist der Auffassung, daß ohne eine Verfassungsänderung (die Aufhebung des Laizismus Grundsatzes) die Verschleierung in staatlichen Einrichtungen wie Universitäten nicht freigegeben werden kann.
- In Kahramanmaraş werden 500 Milizen in Kürze in Dienst gestellt.
- Hungerstreik in Diyarbakir am 23. Tag in "Todesfestein" umgewandelt.
- Großes Haushaltsloch in der Geschichte der Republik.

2.11.90
- 50% Gehaltserhöhung für die 60 000 Müffis, Imams und anderen Angestellten des Amt für Religionsangelegenheiten.
- Das 2. Arbeitsgericht Ankara wies den Antrag auf Verbot der Gründung der Lehrgewerkschaft Egitim-Is zurück. Damit ist es allen Beamten erlaubt, sich gewerkschaftlich zu organisieren.
- Beschluß allgemeiner Protestaktionen durch den Gewerkschaftsdachverband Türk-Is.

3.11.90
- Demonstration für Laizismus gegen das Gesetz zur Freigabe der Verschleierung durch 2000 Frauen in Istanbul, organisiert durch den "Türkischen Frauenverein" unter der Frau des Parlamentspräsidenten Erdem und der Schwester des Hochschulratsvorsitzenden Dogramaci.

mit dem Holz zu Heizen, das sie zusammensammeln können.

Seit ihrem ersten Tag im Lager leben die kurdischen Flüchtlinge mit den unzureichenden Nahrungsmitteln, die ihnen gegeben werden. Von Zeit zu Zeit bekommen sie "Essensstrafen". Wenn es ein Problem mit der Lagerleitung gibt, bekommen sie manchmal einen Mord kein Fleisch.

Seit das mitgebrachte Geld aufgebraucht ist, versuchen die Flüchtlinge auf verschiedenen Wegen, Geld zu verdienen, doch die Lagerleitung gibt ihnen nicht die Erlaubnis zu arbeiten. Der 'Markt', der vor dem Zelllager Kiziltepe aufgebaut worden war, ist aufgrund des Befehls des Lagerverantwortlichen und stellv. Gouverneurs Ahmet Nevroz wieder abgebaut worden.

Die Lager wurden von mehr als 100 Delegationen besucht, darunter auch vom Roten Kreuz und der Ehefrau des französischen Ministerpräsidenten, Danielle Mitterant. Alle diese Besuche haben zu keiner Verbesserung der Lebenssituation der Flüchtlinge beigetragen. Die KurdInnen sagten: *"Seht uns als ein Palästina an. Das einzige, was wir von denen erwarten, die von sich sagen, daß sie Menschen sind, ist, daß sie wissen, daß wir vor einer Volksvernichtung stehen. Bitte bemühen Sie sich darum, daß Ihr Land seine Beziehungen zum Irak überdenkt."*

Wegen der schlechten Lebensbedingungen in den Lagern haben 6.000 Flüchtlinge 1989-1990 legal oder illegal die Lager verlassen oder sind gezwungen worden, in andere Länder zu gehen. 2.300 sind legal in den Irak, 265 nach Syrien, 355 nach Frankreich, 50 Griechenland und 4 nach Polen gegangen. 220 Personen darunter erfahrene Pechmerga, sind auf illegalen Wegen in den Irak oder nach Syrien angereist. Aufgrund der Propaganda, der Kürzung der Essensration, dem Verbot, zum Einkaufen die Lager zu verlassen, aufgrund der Schläge mußten 2826 Personen zu verschiedenen Zeiten in den Irak. Diese Übergaben fanden ohne offizielle Übergabeprotokolle statt.

Die Irakische Kurdische Partei hat in ihren Flugblättern bekanntgemacht, daß 1500 der Flüchtlinge, die dem Irak übergeben worden sind, zum Tode verurteilt wurden und diese Urteile vollstreckt worden sind. Amnesty International veröffentlichte in seinem Bericht 'Kurden aus dem Irak' im Juni 90 die Namen von 350 KurdInnen, die zurückgeschickt und im Irak getötet wurden. Alle Anfragen, die Amnesty International wegen dieser Frage an den Irak richtete, blieben unbeantwortet.

Eine der anderen Unterdrückungsmaßnahmen in den Lagern war das 'Kiziltepe-Verbot'. Mit der Begründung, daß die Lagerbewohner Hilfe aus der Bevölkerung von Kiziltepe bekommen, verbot die Lagerleitung ihren Besuch in Kiziltepe. Es wurde lediglich erlaubt, nach Mardin zu fahren. Es war ziemlich einfach, dieses Verbot zu zu durchbrechen: die Bevölkerung von Kiziltepe ist kurdisch und half den LagerbewohnerInnen mit Kleidung und Nahrungsmitteln. Die Lagerleitung wollte dies verhindern.

Die 'staatliche Hilfe' für die Flüchtlinge wurde viele Male als politisches Mittel benutzt. Man sagte: "Die monatlichen Ausgaben belaufen sich auf Millionen. Mehr als das kann unser Staat nicht leisten." Demgegenüber wurde der Antrag des Mardin - Abgeordneten Ahmet Türk, den er bei dem Innenministerium mit dem Inhalt "Wir sind zu jederlei Hilfe bereit, wir geben ihnen sogar unsere Dörfer" machte, abgelehnt. Als Begründung wurde angegeben: "Man versucht das große Ausmaß an Ausgaben, die unser Staat gehabt hat, in den Schatten zu stellen."

In den Lagern der kurdischen Flüchtlinge kam es zu drei Vergiftungsfällen. 1989 wurden die LagerbewohnerInnen der Lager Mus und Kiziltepe durch Brot vergiftet, im Jahr 1990 die LagerbewohnerInnen von Diyarbakir. Wegen dieser Vergiftungen waren viele Alte zum Teil gelähmt, viele jüngere bekamen psychische Krankheiten. Eine unbekannte Anzahl von schwangeren Frauen hatte Fehlgeburten. Die kurdischen Führer in den Lagern erklärten, daß herausgefunden werden konnte, daß das Gift von einem irakischen Agenten namens Gazi Ertus in das Brot getan wurde, der im Lager herumlungerte. Es kam zu

Demonstration in Lice: zwei Tote

Am 12. 12.90 fand in Lice bei Mardin eine Demonstration von mehr als 2000 Menschen statt. Die BewohnerInnen mehrerer umliegender Dörfer wollten mit ihrer Demonstration gegen die Unterdrückung und zunehmende Brutalität sowie gegen die Zwangsdeportationen durch die Sicherheitskräfte protestieren. In den letzten Monaten, seit der offiziellen "Aufhebung der Menschenrechte" in Kurdistan sind mehr als 200 Familien aus den Dörfern um Lice zwangsdeportiert worden. Ihre Häuser wurden in Brand gesteckt und dem Erdboden gleichgemacht.

Als sich die Demonstration in Richtung Stadtverwaltung bewegte, wurden sie von Sicherheitskräften, d.h. Sondereinsatzkommandos und Soldaten unter Beschuß genommen. Dabei wurde ein Frau durch die Kugeln getötet, ein 12-jähriger Junge wurde von einem Panzer überrollt. Mehrere Menschen wurden schwer verletzt. Nach dem 2 Stunden andauernden

keinerlei Ermittlungen wegen dieses Agenten, der auch später noch in den Lagern zu sehen war. Nach den Vergiftungsfällen schauten die Lagerbewohner, die sowieso schon ungenügende Nahrung zu sich nehmen, auch mißtrauisch auf das Stück Brot, was sie bekamen. Gegen diese Vergiftungen protestierten die in der Gegend ansässigen KurdInnen. Die Vergiftungen in Mus kamen nicht mal an die Presse.

Während die KurdInnen gegen die schlechten Lebensbedingungen in den Lagern kämpften, erklärte das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen, daß sie eine Hilfe über 14,5 Millionen Dollar machen würde. Dieses Geld war für den Aufbau von Fertigbauten in der Nähe von Yazgat bestimmt. Genau zu dem Zeitpunkt dieser Erklärung reiste eine offizielle Delegation aus der Türkei in den Irak und besprach das Thema 'Flüchtlinge'. Zwei Tage nach diesem Zusammentreffen, am 26. Februar 1990 erklärte das Baas-Regime 'Amnestie' für die Flüchtlinge. Nach dieser Erklärung zogen die

eröffnete Feuer und sechs Flüchtlinge erlitten verschiedene Verletzungen. Der Gouverneur von Mus Adil Yazar erklärte, der Polizei habe keine Feuerwaffen eingesetzt. Auf das Hotel des Bezirksvorsitzenden der SHP, Sirri Sakik, der den Zwischenfall bekannt gemacht hatte, wurde am zweiten Tag von 'unbekannten' eine Bombe geworfen. Am 12.5.1990 wollte eine irakische Delegation mit den Flüchtlingen sprechen, um sie von einer Rückkehr zu überzeugen. Als aber die Flüchtlinge ein solches Treffen ablehnten, kam es zu Zwischenfällen. Die Führer der Flüchtlinge teilten mit, daß während dieser Ereignisse das Lager mit schwerbewaffnetem Militär umstellt war und diese alle gerate wohl in das Lager geschossen hätten. Die Flüchtlinge schickten ihre Bericht mit der Erklärung, daß die 'Narben der Schüsse noch immer zu sehen sind' an verschiedene Institutionen.

Die Führer der kurdischen Flüchtlinge schrieben Berichte über die Probleme in den Lagern und übermittelten diese an den Staatspräsi-

Beschuß führte man eine Festnahmeaktion durch, jeder der sich auf der Straße befand wurde geschlagen und verschleppt.

Nachdem die Menschen durch ihren anhaltenden Protest (12-22.30 Uhr) die Freilassung der Festgenommenen und die Übergabe der Leichen an ihre Angehörigen erreicht hatten, riefen die Kleinhändler zu einem 2-tägigen Streik auf. Daraufhin wurde am 13. Dezember in der Stadt die Ausgangssperre verhängt.

In Diyarbakir boykottierten 10 000 StudentInnen der Dicle Universität aus Solidarität mit den EinwohnerInnen von Lice die Vorlesungen.

Auch auf einer Demonstration von ca 500 Personen in Cizre am 15. 12. wurde gegen die Vorfälle in Lice protestiert. Die Sicherheitskräfte lösten die Demonstration auf und nahmen 10 Personen fest.

den. *Es ist sogar verboten, zu arbeiten. Sie dürfen nicht mal telefonieren, rausgehen oder in das Lager.*

Wir werden unterdrückt und gezwungen, in den Irak zurückzukehren. Jede Nacht wird das Lager beschossen, die Einschüsse sind an den Zellen zu sehen.

Auf der ganzen Welt gehört es zu den Aufgaben der Ärzte, der Menschheit zu dienen. Nur in Mardin gleicht das Krankenhaus einem Gefängnis. Der Arzt schlägt wie ein Polizist Kinder und Frauen. Viele von unseren kranken Frauen und Kindern sind ohne Medikamente und wissen nicht weiter. Wir wünschen uns von der Regierung und dem Roten Halbmond, daß sie eine Medizinerdelegation schicken. Die Verwaltung kümmert sich nicht mehr um Hygiene oder andere nötige Dinge. Man kommt nicht mehr durch vor lauter Fliegen und Mücken.

Die Pläne passen nicht sehr zu der Gastfreundschaft des Türkischen Staates. Es ist kein Problem in den Irak zurückzukehren. Wenn sich die Situation im Irak verändert, wir unsere



Flüchtlingslager Kiziltepe

Foto: I. Maga

Vereinten Nationen ihre versprochene Hilfe zurück. Zur gleichen Zeit hatte eine irakische Delegation ein Zusammentreffen mit dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen und hatte sie überzeugen können, die beabsichtigte Hilfe nicht zu gewähren. So halfen auch die Vereinten Nationen nicht den kurdischen Flüchtlingen und versuchten ihre Rückkehr mitzuzufordern.

Derweil gab es Entwicklungen, die mit den Vorwand der 'Bestimmungen mit Gesetzeskraft' von der Presse nicht veröffentlicht wurden. So z.B. die Ereignisse in den Lagern Mus und Kiziltepe. Am 2. Juni 1990 machten sich die LagerbewohnerInnen von Mus auf zu einer Demonstration, um gegen Belästigungen einer kurdischen Frau durch einen Soldaten zu protestieren. Die Polizei

den, den Ministerpräsidenten, an die Oppositionsparteien und die Menschenrechtsverteidiger. Die kurdischen Führer des Lagers Kiziltepe erzählten interessantes in ihrem Bericht vom Juli 1990. Hier sagten sie, daß die Ärzte im Lager die Kranken schlagen, daß Folter, Schläge und Beschimpfung zum Alltagsleben im Lager gehören, daß von 11.500 Personen nur 150 erlaubt wird, das Lager zum Einkaufen zu verlassen, das Lager nachts auf geratewohl beschossen wird.

In Kürze heißt es in dem Bericht: *"In dem Lager Mardin wird unser Volk stark unterdrückt. Folter, Schläge und Beschimpfungen gehören zum Alltagsleben. Nur 150 von 11.500 Menschen dürfen das Lager zum Einkaufen verlassen. Einige unserer Freunde sind festgenommen wor-*

Rechte wiederbekommen, dann werden wir nicht hier bleiben, auch wenn die Türkei uns Millionen gäbe, uns liegt nicht viel daran, mit Unterdrückung regiert werden.

Was wir uns wünschen, ist, daß diese Unterdrückung aufhört und diese Menschen, die uns so behandeln, von hier weggehen. Wir haben nichts getan, womit wir gegen türkische Gesetze verstoßen hätten, wir wollen, daß unser Volk mit der Türkei gut auskommt."

Das, was bisher beschrieben wurde, gibt kurz die 29-Monatige Geschichte der kurdischen Flüchtlinge wieder. Die Sorgen dieser Menschen, was aus ihnen werden soll, geht weiter. Die Entscheidung wo sie ihr Leben weiterführen werden, hängt von einer Entscheidung der KDP ab. Das Leben der Kinder, die

Nachrichten aus Cumhuriyet

3.11.90

- Durch Gesetzesänderung erhält Özal die ANAP den entscheidenden Einfluß (30 von 58 Mitgliedern) auf die Ernennung der Mitglieder des Obersten Rechnungshofes.

- SHP-Führer İnönü in Tunceli: "Die Muttersprache sollte frei gesprochen werden können."

- 10 Studenten in der Wirtschaftsuniversität in Izmir wegen Boykottvorbereitungen von der politischen Polizei festgenommen.

- 10 Personen in Rize wegen Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation festgenommen.

- Ein dem Parlament vorgelegter Gesetzentwurf sieht erhebliche Strafmilderungen für Mafiaangehörige aus dem Rauschgifthandel und für "nationale Aktivisten" der MHP in der Mafia vor.

- Die Menschenrechtsstiftung, die den Aufbau eines Folterrehabilitationszentrum zum Ziel hat, wurde in der zweiten Instanz vor Gericht zugelassen.

4.11.90

- Aufruf durch 22 religiöse Vereine zur Bildung einer "Islamischen Front".

- Die 116 Gefangenen in Diyarbakir, die seit 26 Tagen hungerstreiken und die letzten 4 Tage auch kein Wasser mehr zu sich genommen haben, erklärten, sie würden das Todesfasten beenden, wenn ihre gewählten Vertreter von der Gefängnisleitung akzeptiert und Gespräche mit der Gefängnisleitung sichergestellt werden.

- In der Nähe von Nusaybin wurde ein PKK'ler von Sicherheitskräften getötet. In Elazığ, Tunceli und Van wurden 34 Personen bei Operationen wegen Unterstützung der PKK gefaßt.

5.11.90

- Bilanz von 10 Monaten: Inflation bereits über 50%.

- Zum 10-jährigen Bestehen des Hochschulrates YÖK haben die Studentenvereine für morgen an allen Unis den Boykott ausgerufen. Die Polizei traf umfangreiche Vorkehrungen.

- Hungerstreik am 28.Tag. Von 116 Gefangenen sind 10 im Todesstas-

6.11.90

- Streit zwischen Verfassungsgerichtspräsident Özden und Ministerpräsident Akbulut um das Gesetz der Freigabe der Verschleierung.

- Baker in der Türkei wegen Golfkrise.

- 100 Studenten im Vorfeld der Boykottaktionen zum 10-jährigen Bestehen des Hochschulrates YÖK festgenommen.

- Im Haushaltsentwurf für 91 hat Ministerpräsident Akbulut für das Amt für Religionsangelegenheiten 1 Trillion 223 Mrd TL vorgesehen, 55% mehr als im vergangenen Jahr.

- Der auf der Generalversammlung des Menschenrechtsvereins wegen einer in kurdisch abgehaltenen Rede festgenommene Vedat Aydin und sein Übersetzer A. Zeki Okcuoglu wurden verhaftet. Der wegen Unterstützung der Rede festgenommene Anwalt wurde freigelassen.

7.11.90

- Viele Festnahmen und Verhaftungen bei den Boykottaktionen gegen den Hochschulrat YÖK.

- 29. Tag des Hungerstreiks und 9. Tag des Todesfastens (nach 21 Tagen Hungerstreik) der Gefangenen in Diyarbakir. Weitere Hungerstreiks in Cizre, Bismil, Nusaybin, Van, Gaziantep, Nazilli, Bursa und Cankkale.

- Die Karrikaturzeitschriften Avni und Girgi werden von der Staatsanwaltschaft wegen einer Titelkarikatur (Özal als giftiger Pilz) auf Beleidigung des Staatspräsidenten hin überprüft.

8.11.90

- Zum 8. Jahrestag der Verfassung sprechen sich alle Parteien für eine Änderung der Verfassung aus. In diesem Zusammenhang kritisierten die Oppositionsführer Özal, Demirel ist dafür, daß der Staatspräsident vom Volk gewählt wird. İnönü hält Özal vor, er führe ein Präzidentsystem ein.

- In Adana wurde die 16-jährige Schülerin Y.K. von der politischen Polizei aus dem Unterricht geholt und festgenommen.

keine Schulbildung bekommen, der freitwillig lebenden Pechmerga, der Alten, von allen...

aus Demokrat! 11/90
von Ilker Maga

Fortsetzung von Seite 1

Was war vorausgegangen?

Im Februar 1988 kam es zu einer Verhaftungswelle im Zusammenhang mit zwei angeblichen Entführungsfällen. Ein Großteil der vor dem OLG Düsseldorf angeklagten Kurden befand sich sodann ab Februar 1988 unter den mittlerweile in der Bundesrepublik Deutschland für Paragraph 129a-Verfahren üblichen Isolationshaftbedingungen im Gefängnis. Lediglich bei 4 der insgesamt 20 Angeklagten erfolgte eine Haftentlassung vor Beginn der Hauptverhandlung. Die Anklage der Bundesanwaltschaft wirft den 20 Kurden und Kurden aus der Türkei die Bildung der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK vor. Daneben werden den einzelnen Angeklagten individuell völlig unterschiedliche Vorwürfe gemacht: Sie reichen von Mord über die Freiheitsberaubung bis hin zur Urkundenfälschung und Beihilfe zur Freiheitsberaubung. Die Klammer, die diese verbindet, ist die Anklage nach Paragraph 129a StGB, nämlich Mitglied einer "terroristischen Vereinigung" zu sein oder diese unterstützt zu haben.

Mit dem Eröffnungsbeschuß des Staatsschutzsenats beim OLG Düsseldorf vom August 1989 wurde die Anklage gegen 19 der zunächst 20 Angeklagten zugelassen und das Hauptverfahren vor dem 5. Senat eröffnet. Gegen einen Angeklagten wurde die Anklage hinsichtlich des Vorwurfs nach Paragraph 129a StGB nicht zugelassen und das Verfahren wegen des verbleibenden Vorwurfs einer Urkundenfälschung an das Amtsgericht Köln abgegeben. Sodann wurde ein weiteres Verfahren nach Paragraph 153 StPO in der Hauptverhandlung eingestellt. Schließlich mußte das Verfahren gegen eine weitere Angeklagte aus gesundheitlichen Gründen abgetrennt und zunächst eingestellt werden. Diese Angeklagte war bereits vor ihrer Inhaftierung in der Bundesrepublik in der Türkei in Haft gewesen und dort schwer gefoltert worden. Hiertrag sie eine schwere Verletzung im Bereich des Rückens davon. Nach wenigen Monaten in Freiheit wurde sie dann 1988 in der Bundesrepublik Deutschland erneut inhaftiert und erst Anfang 1990 aus der Haft entlassen. Ihr Gesundheitszustand hatte sich zwischenzeitlich so zugespitzt, daß eine Verhandlungsteilnahme jeweils nur für wenige Stunden möglich gewesen wäre. Ein weiterer Angeklagter wurde durch die französischen Justizbehörden bisher nicht ausgeliefert, so daß z.Z. in Düsseldorf noch gegen 16 Angeklagte verhandelt wird.

Dem Verfahren vorausgegangen waren eine über Jahre betriebene, gezielte, öffentliche Vorverurteilungskampagne insbesondere durch die Bundesanwaltschaft vorausgegangen. Seit 1985 ist in verschiedenen Presseveröffentlichungen der Verfassungsschutzorgane, der Polizei und der Bundesanwaltschaft wiederholt ein Zusammenhang zwischen angeblich terroristischen Tätigkeiten und der PKK hergestellt worden. So erschien im Juni 1987 die Zeitschrift "Unsere Sicherheit" mit dem Aufmacher "PKK - Europas neue Terroristen". Dabei schreckten die Sicherheitsorgane auch vor offensichtlichen Falschmeldungen nicht zurück. So behauptete der Generalbundesanwalt in seiner Presseerklärung vom 27.07.1988, der Generalsekretär der PKK habe die Entführung und Erschießung eines hohen Richters oder Staatsanwalt geplant, falls eine Freilassung der Inhaftierten auf dem Verhandlungswege nicht erreicht werden könne. Bis zum heutigen Tage ist der Gene-

ralbundesanwalt den Beleg für die angebliche Bedrohung schuldig geblieben. Hinzu kam, daß über einen Zeitraum von drei Jahren maßgeblich das BKA und die BAW Strafverfolgungstätigkeiten entwickelt haben, die gekennzeichnet waren durch ein System aus Absprachen mit der türkischen Regierung, Zentralisierung und Kriminalisierung der PKK zwischen ganz West- und Nordeuropa in der BRD, Timing mit einschneidenden Gesetzesänderungen im "TE" Bereich Kronzeugenregelung

der völlig darauf verzichtet wurde, justizistisch nachvollziehbar darzulegen, woraus konkret bei einer kaum noch überschaubaren Anzahl von angeblichen Organisationseinheiten, Gruppen, Gruppierungen oder sonstigen Personenmehrheiten mit in einzelnen verschwommenen, sich widersprechenden und überschneidenden Zuordnungen die "Vereinigung", der die Angeklagten angehören (oder die sie unterstützt haben) sollen, bestehen soll. Neben dem zentralen Anklagewortwurf der "terroristischen Vereinigung" ver-

Der erste erschienene Hauptbelastungszeuge, dessen umfangreiche Aussagen vor den Ermittlungsbehörden 1988 wegen seiner angeblichen Entführung zur Verhaftung von 8 Angeklagten führte, betraf sich unter Hinweis auf ein gegen ihn geführtes Ermittlungsverfahren wegen Verstoß gegen Paragraph 129a StGB auf ein umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht gemäß Paragraph 55 StPO. Während die Bundesanwaltschaft in anderen Paragraph 129a-Verfahren üblicherweise mit Zwangsmitteln bis zur Be-

Nachrichten aus Cumhuriyet

8.11.90

- Bei bewaffneten Auseinandersetzungen in Erzurum wurden zwei PKK'ler tot gefaßt.
- Hungerstreiks in den Gefängnissen weiten sich aus.

9.11.90

- Aufgrund der Protestaktionen gegen den Hochschulrat YÖK am 6.11. wurde gegen 15 der in Adapazari und Istanbul festgenommenen Studenten Haftbefehl ausgestellt. Die Verhöre der 51 in Eskisehir festgenommenen Studenten dauern an.
- In Adana 3 weitere Schüler/innen zwischen 15 und 17 Jahren in Zusammenhang mit einer unerlaubten Demo und Flugblattverteilung festgenommen.

10.11.90

- Die Kampagne gegen die antilaizistischen Tendenzen an den Universitäten weitet sich aus. 72 Mitglieder des Lehrkörpers der Ankara Universität überreichen dem Rektorat einen Brief, um vor diesen rückschrittlichen Tendenzen zu warnen. Hochschullehrer an der Hacettepe und Gazi-Universität wollen sich an Boykottaktionen beteiligen.
- Der Nationale Sicherheitsrat (MGK) will mit Unterstützung des Hochschulrates (YÖK) eine Studie über "ethnische und religiöse Strömungen" an den Universitäten erstellen, um illegale Aktivitäten der separatistischen und religiösen Extremisten aufzuklären.
- In den Monaten Januar bis Oktober 90 wurden 211 Streiks durchgeführt an denen 50169 Personen teilnahmen.
- Die Zahl der dem Parlament zur Bestätigung vorliegenden Todesurteile hat sich auf 308 erhöht, dabei handelt es sich um 168 linke, 28 rechte und 108 kriminelle Verurteilte.

11.11.90

- Zu dem Gedenksymposium anläßlich des 10. Todestages des Führers der Naksibendi-Sekte schickten Ministerpräsident Akbulut und der ANAP-Abgeordnete Hasan Celal Güzel Telegramme, mit denen sie ein erfolgreiches Gelingen des Symposiums wünschten.
- Der Oberstaatsanwalt des Staatssicherheitsgerichtes Demiral antwortete auf den Vorwurf des MIT (Geheimdienst) Staatssekretärs, General Kommandant, daß die Sicherheitskräfte von Reaktionen (gemeint sind Fundamentalisten und Rechtsextremisten - T) durchdrungen seien.: "Bis heute konnte man nicht beobachten, daß die Polizei die Ausführung unserer Befehle in Bezug auf reaktionäre Vergehen verzögert hätte."

12.11.90

- Besorgnis um den Laizismus: Erste Aktionen an den Universitäten, Unterrichtboykott der Lehrer an der Hacettepe und Gazi-Universität. Der Vorsitzende des Verfassungsgerichtes Özden wird in seiner Kritik an der Freigabe der Verschleierung von vielen Juristen und Intellektuellen unterstützt.
- Die Ärztekammern von Diyarbakir, Mardin und Siirt beantragen bei der Staatsanwaltschaft die Erlaubnis, den Gesundheitszustand der hungerstreikenden Gefangenen zu untersuchen. Todesfallen in Diyarbakir im 34. Tag.
- Die 4 in Adana festgenommenen Schülerinnen, die vorgestern freigelassen wurden, sollen gefoltert worden sein.

13.11.90

- Die seit 10 Tagen verschwundene Studentin Zeynep Calapoklu aus Bursa sei seit dem 2.11.90 in der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums "zu Besuch" gewesen. Bei früheren Anfragen durch Familienangehörigen und Anwälte hatte man ihre Festnahme abgestritten. Gegen die Studentin wurde Haftbefehl ausgestellt.
- In Ereğli wurden 9 Personen gefaßt, denen vorgeworfen wird, Mitglied in einer illegalen Organisation zu sein.
- Plakat des Menschenrechtsvereines Usak mit dem Atatürk-Zitat "Wenn nicht das Leben der Nation gefährdet ist, ist Krieg ein Verbrechen" wurde vom Gouverneur verboten. Diese Entscheidung bestätigten auch die Gerichte mit der Begründung, Atatürk-Aussprüche dürften nicht mit politischem Ziel verwendet werden.

schwundet dann mit hoher Geschwindigkeit im extra ausgebauten Tiefgeschloß des Sitzungsgebäudes. Jeweils zu Vernehmungsbeginn der Zeuge den Verhandlungssaal über den gesonderten Zugang der Bun-

Der sogenannte PKK-Prozeß

ein Prozeßbericht aus Verteidigersicht

Dirk Schoenian

deutlicht vor allem die Zulassung der Anklage des Generalbundesanwalts vom 30.12.88 wegen angeblicher Mitwirkung zweier Angeklagter an der angeblichen Erschießung von zwei Personen in einem angeblichen Guerillacamp im Januar/Februar 1987 die rechtstaatliche Fragwürdigkeit, aber auch die politischen Vorgaben des Prozesses. Wie sich aus der Anklage ergibt, sich der Bundesanwaltschaft weder der Verbleib der nach ihrer Behauptung Erschossenen noch in einem Fall der Name des getöteten bekannt. Damit sind zum ersten Mal Vorgänge, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Befreiungskampf in einem Drittland stehen, zum Gegenstand einer Anklage in der Bundesrepublik gemacht worden.

Die Hauptverhandlung war zunächst mehrere Monate geprägt von einem umfangreichen Einstellungsantrag der Verteidigung und Auseinandersetzungen um die Verhandlungsbedingungen im Sitzungssaal sowie die Qualität der Übersetzungen. Die Angeklagten nahmen über Monate Tag für Tag stehend aus Protest gegen den Kunststoffkäfig an der Hauptverhandlung teil. Im Februar 1990 nach ca. 30 Verhandlungstagen wurde die Trennscheibe im Verhandlungssaal dann abgebaut, und sieben Angeklagte wurden aus der Haft entlassen. Dieser Erfolg konnte erst erreicht werden nach einer Fülle von öffentlichen Protesten.

Das Gericht steht erst am Beginn der Beweisaufnahme, der zur Zeit vorgenommenen Zeuge N.A. ist der fünfte von mehr als 150 vorgesehenen Zeugen. Dennoch läßt sich bereits eine erste Zwischenbilanz der Beweisaufnahme ziehen. Diese ist im wesentlichen gekennzeichnet durch die Bemühungen der Ermittlungsbehörden, den polizeilich vorgestellten Sachverhalt aus den Ermittlungsakten der Beweisaufnahme in öffentlicher Hauptverhandlung zu entziehen.

Die Aussagegenehmigungen der polizeilichen Zeugen wurden derart beschränkt, daß der Gang der Ermittlungen und die Zusammenarbeit der beteiligten Stellen nicht mehr nachvollziehbar sind. Der Senat hat sich dieser Taktik vollständig untergeordnet.

Bereits der erste vernommene Polizeibeamte aus Köln legte den Eid auf eine objektive Falschaussage ab. Trotz ausführlicher Befragung durch die verteidigende Schwieger bis zur Beendigung seiner Aussage einen wesentlichen Vorgang.

gehaft gegen Personen reagiert, die von ihrem Auskunftsverweigerungsrecht Gebrauch machen wollen, machte sie hier das Gegenteil: Die Bundesanwaltschaft schlug vor sich aus dem Anwalt des Zeugen vor, in Hinblick auf sein eigenes Verfahren umfassend die Auskunft zu verweigern. Auffällig dabei ist, daß das Ermittlungsverfahren gegen den Zeugen nach einem Vermerk der Bundesanwaltschaft seit Sommer 1989 einstellungsreif ist, einen Einstellungs jedoch nicht erfolgte. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß der polizeiliche "Sinneswandel" der BAW zum Umfang des Auskunftsverweigerungsrechts im Konkreten nur dazu dienen soll, eine Befragung des Zeugen durch die Verteidigung in der Hauptverhandlung zu verhindern.

Da sich der Senat der interessengeleitenden Auslegung des Paragraphen 55 StPO angeschlossen hat und auch Fragen etwa zur Vernehmungssituation des Zeugen beim BKA nicht zugelassen hat, bedeutet dies: Die Beweisaufnahme soll auf eine schlichte Reproduktion polizeilich zusammengestellter Aktenvorgänge reduziert werden, ohne unmittelbare Hinterfragungsmöglichkeit durch die Verteidigung.

Die Zeugenschutzstelle des BKA betreut und versorgt einzelne Hauptbelastungszeugen zum Teil seit mehr als zwei Jahren. So bezieht der z. Z. vernommene Zeuge N.A. seit Februar 1988 Unterkunft, Verpflegung, Kleidung und Geld als "Schutzmaßnahme" vom BKA. Unter dem Deckmantel des Zeugenschutzes wird so ein umfassendes Anhängigkeitsverhältnis des Zeugen zu den Ermittlungsbehörden aufgebaut. Gleichzeitig ist ein ständiger Zugriff der Ermittlungsbehörden auf den Zeugen gewährleistet.

Der Auftritt der Zeugen wird täglich in einer bisher für deutsche Gerichtssäle unbekanntem Art und Weise inszeniert: Das Sondergebäude, in dem sich der Verhandlungssaal befindet, liegt auf dem Gelände einer Polizeikaserne. Jeden Morgen wird der Zeuge mit einem Hubschrauber direkt auf das Gelände geflogen. Ein weiterer Polizeihubschrauber sichert diesen Vorgang in der Luft ab. Auf dem weitläufigen Gelände der Polizeikaserne gehen vor dem Landevorgang Polizeibeamte mit Maschinenpistolen im Anschlag in Stellung. Wenn der Hubschrauber landet, stehen verschiedene Fahrzeuge (u.a. ein Notarztwagen) bereit. Es fährt dann zunächst ein Sicherheitsfahrzeug vor, der Zeuge wird von Leibwächtern aus dem Hubschrauber direkt in das Fahrzeug gedrängt. Dieses ver-

desanwaltschaft in Begleitung von vier Bodyguards des BKA und bekleidet mit einer kugelsicheren Weste. Umringt von der Sicherheitsbeamten nimmt der Zeuge dann "zu Füßen" der BAW gemeinsam mit seinem von BKA ausgesuchten bzw. vorgeschlagenen Zeugenbeistand an einem Zeugenstuhl Platz, der nochmals vom übrigen Saal besonders abgetrennt ist. Allein dieses Schauspiel belegt, wie weit die Vorverurteilung der Angeklagten durch den Senat bereits akzeptiert wurde. Bei diesem Zeugen handelt es sich um das angebliche zweite Entführungsoffer. Eine Beobachterdelegation der RAV hat zu ihren Beobachtungen zu der Vernehmung des Zeugen folgendes geschrieben:

Auch wenn sie sich nicht dazu berufen fühlen, als BeobachterInnen lediglich eines Prozeßtages eine Beweismäßigung vorzunehmen, so ist der Eindruck dieses Zeugen geradezu überwältigend und verheerend für den Rechtsstaat (...). Der Zeuge, mit gesenktem Kopf, schreibt sich die Frage auf: "Monoton und formelhaft beginnt er, von Skizzen ablesend, zu sprechen: (...) Ein konkretes Gebietskomitee erläutert er nicht. Konkrete Fragen beantwortet er nicht. Es sei den auf diese Weise: Die Organisation sei nach dem Beschluß des dritten Kongresses gebildet; die Organisation müßte betrachtet werden aus ihren Entstehungsdaten. Welche dies sind, sagt er nicht. (...) Warum verfügt der Zeuge nur über schlecht einstudiertes Bücher- oder Zeitungswissen? Warum über keine lebendige Anschauung? Die Frage des Vorsitzenden klärt dies: Der Zeuge war bis zu seiner Einvernahme als "Kronzeuge" gar nicht in Europa, er lebte im Nahen Osten. (...) Die BeobachterInnen fragten die Bundesanwaltschaft, was verspricht sie sich von einem solch unsäglichen Zeugenstereotypen, von solch unsäglichen Worthülsen wie: "Die Organisation an sich begehrt gegenüber solchen, die sich so stellen, eine solche Taktik." Hier ist der Inhalt schon unwesentlich, die Form spricht für sich. Es findet die vollständige Organisation eines "Kronzeugen", der offenkundig nicht mehr der Wahrheit, sondern nur noch dem Interesse verpflichtet ist, statt."

Dabei mehren sich zur Zeit unzulässige Vorbehalte des Vorsitzenden, der ganze Textpassagen aus den angeblichen Aussagen des Zeugen bei der Bundesanwaltschaft verliert und den Zeugen dann nur noch um Bestätigung bittet. Dies geschieht vielfach - gegen den Protest der Verteidiger bei Themenbereichen, die der Zeuge überhaupt noch nicht oder nur kursorisch angesprochen hat. Das Ergebnis ist, die Akte soll - wie von BKA vorgegeben - reproduziert werden. Eine Beweisaufnahme findet nicht statt.

Das bisherige Umgehen des Senats mit den beiden Hauptbelastungszeugen D. und A. stimmt insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Vernehmung des Kronzeugen C. bedenklich. Unter erstmaliger Anwendung der Kronzeugenregelung wurde C. durch das Landesgericht Berlin im Frühjahr dieses Jahres zu einer Freiheitsstrafe von 5 Jahren wegen Mordes verurteilt. In dem Verfahren gegen diesen Zeugen vor dem Landesgericht in Berlin sagte Oberstaatsanwalt Senge als Zeuge aus. Oberstaatsanwalt Senge ist zugleich Anklagevertreter des Generalbundesanwalts in dem Verfahren vor dem OLG Düsseldorf. In seiner Aussage vor dem Landgericht Berlin bestätigte er, daß C. bereits zu einem frühen Zeitpunkt zugesichert wurde, Bundesanwaltschaft und Staatsanwaltschaft Berlin würden alles in ihrer Macht stehende tun, um eine Strafe im Bereich der Mindest-

strafe von 3 Jahren als Strafmaß durchzusetzen. Diese Zusicherung waran die Tätigkeit als "Aufklärungsgehilfe" im Verfahren gegen die nach Paragraph 129 StGB verfolgten Kurdinnen und Kurden an das eigene "Geständnis" geknüpft.

In seiner Rolle als Zeuge erklärte der Ankläger aus Düsseldorf die besondere Bedeutung der C.-Aussagen für die strafrechtliche Verfolgung der Angeklagten aus Düsseldorf. In diesem Rollentausch des Oberstaatsanwalt Senge zeigt sich die Rechtsstaatswidrigkeit der Kronzeugenregelung. Die Entscheidungskompetenz zur Anwendung des Kronzeugenbonus liegt faktisch allein bei den Ermittlungsbehörden. Nur diese können, ausgehend von ihrem Erkenntnisinteresse, die Relevanz der Angaben des Kronzeugen bewerten. Das Gericht hat keine ernsthafte Möglichkeit, diese Bewertung tatsächlich zu überprüfen. Die offenkundige Abhängigkeit C.'s von Ermittlungsbehörden bleibt dabei unabhängig vom Ausgang seines eigenen Verfahrens bestehen. Strafverfolgung, neue Identität, Lebensumstände pp. werden von diesen Behörden auch künftig bestimmt. Die Zwangslage, in der sich jeder Kronzeuge befindet, daß seine eigene Existenz unmittelbar vom Umfang der Belastung Dritter abhängig, bleibt daher auch für die Zukunft bestehen, mit der Folge der unerträglichen Gefahr der Falschbelastung. Es muß bezweifelt werden, ob unter diesen Umständen eine ernstzunehmende Überprüfung der Glaubwürdigkeit des künftigen Zeugen überhaupt noch möglich ist.

Besonders pikant ist, daß die neugeschaffene Kronzeugenregelung erstmalig auf eine Person mit der Geschichte C.'s angewandt wird. Bei C. handelt es sich um die Spur A aus dem Palme-Mord-Verfahren. Mit seiner Hilfe wurde in Schweden vergeblich versucht, die sogenannte "PKK-Spur" wieder aufzunehmen. Sein Scheitern war in

Schweden begleitet vom Rücktritt der Justizministerin. Auf das Auslieferungsurteil der Bundesanwaltschaft wurde dieser "Kronzeuge" Anfang 1989 in die Bundesrepublik Deutschland überstellt. Es bleibt abzuwarten, ob seine "Karriere" als "Kronzeuge" in der Bundesrepublik Deutschland erfolgreicher sein wird als in Schweden.

Die Situation der Verteidigung wird überdies dadurch erschwert, daß die Bundesanwaltschaft zwar umfangreichen Aktenmaterial zur Verfügung gestellt hat (die Ermittlungsakten umfassen mittlerweile insgesamt ca. 230 Leitordner), wesentliches Entlastungsbeweismaterial jedoch zurückgehalten bzw. unterdrückt werden. So wurde zufällig bei der Befragung eines Zeugen bekannt, daß entgegen dem Akteninhalt das angeblich nicht erreichbare Opfer eines angeklagten versuchten Mordes sich im November 1989 unter dem Schutz einer Polizeibehörde im Bundesgebiet aufhielt. Die Vermutung der Verteidigung, daß dies zu einer Vernehmung und Lichtbildvorlage genutzt wurde, wies Oberstaatsanwalt Senge als Sitzungsvertreter der BAW als "typisches Hirngespinnst" der Verteidigung zurück. Auf einen Beweisantrag der Verteidigung mußte die BAW schließlich einräumen, daß beides tatsächlich erfolgt war und der Zeuge die als Täter angeklagten Personen nicht identifiziert hatte, in einem Fall vielmehr ausdrücklich erklärt hatte, die entsprechende Person sei ihm völlig unbekannt. Dennoch weigert sich die Bundesanwaltschaft bisher, die entsprechenden Aktenstücke vollständig vorzulegen.

Diese Taktik der Ermittlungsbehörden zur Verhinderung einer vollständigen Aufklärung des Sachverhalts wird von ständigen Angriffen zur Einschüchterung der Verteidiger begleitet. Im Zusammenhang mit der Verteidigerstätigkeit hat die Bun-

desanwaltschaft mehrere straf- und standesrechtliche Verfahren in Gang gesetzt. Darüber hinaus hat sie nunmehr auch beantragt, fünf der Wahlverteidiger zu entpflichten, da sie angeblich ihren Aufgaben nicht "in angemessener Weise" nachkämen. Ein derartiger Angriff ist selbst aus den unsäglichen Stammheimer Verfahren nicht bekannt.

Voraussichtlich ab Januar 1991 wird ein weiteres Verfahren gegen mutmaßliche Anhänger der PKK vor dem OLG Celle beginnen. Die Kriminalisierung der PKK mit Hilfe der Staatsschutzvorschrift des Paragraphen 129a StGB vor dem OLG Düsseldorf und dem OLG Celle wird vorangetrieben, während in der Türkei/Kurdistan der Ausnahmezustand herrscht und die türkische Republik offiziell die Außerkräftsetzung der Menschenrechte für den entsprechenden Teil ihres Staatsgebietes erklärt hat. Gleichzeitig organisiert sich das kurdische Volk zunehmend gegen die türkische Vorherrschaft (kurdische Intifada). Dabei hat der bewaffnete Kampf der nationalen Befreiungsbewegung Kurdistan gegen das türkische Militär ein Ausmaß erreicht, daß von offizieller türkischer Seite eine Kriegssituation angenommen wird - einhergehend mit zunehmenden Verhaftungen, Folterungen und Überfällen auf kurdische Dörfer durch die türkischen Spezialtruppen. Strenge Zensur und krasse Menschenrechtsverletzungen kennzeichnen den dortigen Alltag. Die Brandmarkung einer nationalen Befreiungsbewegung als terroristisch ist die unmittelbare Unterstützung des türkischen Regimes in den Politik kolonialer Unterdrückung und Vernichtung.

Die deutsche Justiz probt mit dem Verfahren gegen die PKK die Rolle der Bundesrepublik Deutschland als Weltpolizist.



Guerilla sterben mehrmals

Wie oft stirbt ein Mensch? Die Antwort ist eigentlich klar. Aber wie oft stirbt ein Mensch, wenn er kein "gewöhnlicher" ist, sondern ein Guerilla oder jemand, der dem Staat Schwierigkeiten macht? Wie oft, wenn er Guerillakommandant ist und nie zu erwischen? Da wird die Antwort schon schwieriger. Das fällt sozusagen in den Bereich des Übernatürlichen. Jedenfalls, wenn man den Berichten des Ausnahmezustandsgouverneurs und seiner "Guerilla tötungstaktik" Glauben schenkt:

Ein Guerilla wird für tot erklärt, eine Menge Taten werden ihm angelastet, aber damit ist nicht genug. Ein paar Monate später wird er wieder zum Leben erweckt und nochmal getötet. Getötet, nochmal getötet und wieder zum Leben erweckt...

Diese seltsame Taktik setzt der Ausnahmezustandsgouverneur in seinen Erklärungen ein, die für Presse, Radio und Fernsehen einzig verfügbare Nachrichtentexte sind.

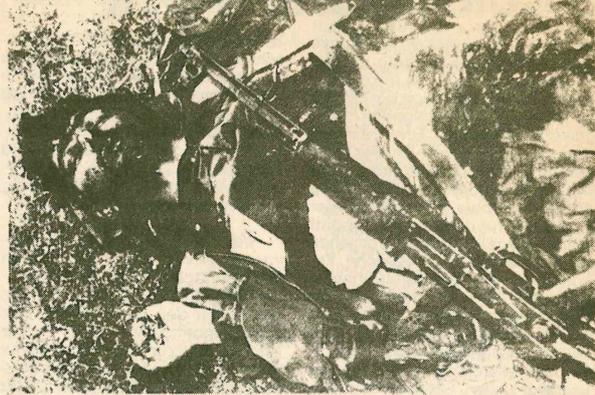
Das Ziel dieser Taktik ist klar: Mit der Bekanntgabe des Todes der Guerillakommandanten wollen sie die Moral des mit der Bewegung sympathisierenden Volkes brechen.

Wir haben einige dieser Erklärungen untersucht. Namen von Getöteten, Verhafteten oder vorübergehend in Haft genommenen werden in den Berichten nicht genannt, nur ihre Anzahl wird angegeben. Es sei denn, es handelt sich um Guerillakommandanten.

Presseerklärung der Bezirksregierung des Ausnahmezustandsgebietes Nr.57, Datum: 14. April 1988

Der in 1964 im Dorf Sütlüçü geborene und im Register des Einwohnerzentralamtes in Tuncelli eingetragene Kemal Kuru wird zum ersten Mal in dieser Erklärung getötet. In der Erklärung steht, daß Kemal Kuru, Deckname "Musa" sich an folgenden Taten beteiligt hat:

- Sprengstoffanschlag auf ein Touristikum auf der Tuncelli-Ovacik Landstraße am 21.10.1984
- Ermordung von 2 Personen und einem Soldaten, sowie Verletzung dreier Soldaten und zweier Unteroffiziere der Wache von Tuncelli/Cicekli am 25.5.85
- Waffenraub
- Ermordung Ali Rıza Polats aus dem Dorfe Ovacik-Yenisögüt am 30.8.86



Presseerklärung der Bezirksregierung des Ausnahmezustandsgebietes Nr.65 Datum: 31. Mai 1988, ungefähr 1 Monat später.

In dieser Erklärung wird Kemal Kuru aus Tuncelli-Sütlüçü, der schon als tot erklärt wurde, wieder ins Leben gerufen und es werden ihm die Ermordung von einem Kommissar und 2 Personen und die Verletzung eines Polizisten zur Last gelegt. Aber Kemal Kuru sollte in seinem Grab sein...?

Presseerklärung der Bezirksregierung des Ausnahmezustandsgebietes Nr.73 Datum: 12.7.88

Dieses Mal wird Numan Bagci, Deckname "Kazim", als wichtiger Guerillakommandant als tot gemeldet. In dieser Erklärung wird angegeben, daß Numan Bagci bei einer Schießerei am 11. Juli 1988 um 7.30 Uhr getötet wurde und seine Waffen sichergestellt wurden. Außerdem wird darauf aufmerksam gemacht, daß Numan Bagci einer der bekanntesten Guerillakommandanten in dem Gebiet wäre. Außerdem werden ihm in dieser Erklärung eine Menge von Straftaten zugerechnet.

Presseerklärung der Bezirksregierung des Ausnahmezustandsgebietes Nr.

115 Datum: 27.2.89
Es sind 7 Monate vergangen. In dieser Zeit wird jede Leiche zum Teil zu Erde. Aber Numan Bagci wird nicht zu Erde...

In der oben genannten Erklärung vom 27.2.1989 wird Numan Bagci wieder ins Leben gerufen und sogar als er noch tot war, begann er einige Straftaten...? Und zwar am 19.10.88.

Was für ein Guerilla, dieser Numan Bagci, sogar im Grab sind ihm die Hände nicht gebunden...!

Numan Bagci, Deckname "Kazim" wird bei einer Schießerei am 26.2.89 wieder mal getötet. Es gibt außerdem Fälle, in denen die Boulevard-Zeitungen die Berichte der Ausnahmezustandsgouverneurs als richtig bestätigen.

Wie bei Sahin Balic, Deckname "Metin".
Im März 1989 haben fast alle Zeitungen an verschiedenen Tagen geschrieben, daß Sahin Balic an der irakischen Grenze getötet wurde. Quelle dieser Information war ein Mitarbeiter der Ausnahmezustandsgouverneurs.
Aber Sahin Balic war der Kommandant/Leiter der Mahsum Korkmaz Akademie der PKK in Bekaa. Der Ausnahmezustandsgouverneur hatte natürlich Interesse daran, ihn als tot zu erklären. Aber in der Zeitschrift 2000'e Dogru wurde ein Foto von Sahin Balic veröffentlicht. Also er

Nachrichten aus Cumhuriyet

13.11.90

- Hungerstreik in Diyarbakir im 36. Tag. Bei einer Solidaritätsdemonstration in Cizre wurden 6 Personen verhaftet.

14.11.90

- IWF "empfindl" der Türkei Einschränkungen bei der Wachstumsgeschwindigkeit und den öffentlichen Ausgaben für den Haushalt 1991. Der Haushalt für 91 sei vorbereitet worden, ohne die Golfkrise in Betracht zu ziehen.
- Profestaktionen der Lehrer an den Universitäten gegen Zulassung der Verschleierung weiten sich aus.
- Der Bürgermeister von Urfa, Celik, Mitglied der (fundamentalistischen - TI) RP sagte: "Wenn es in der Türkei Gedankenfreiheit gibt, dann sollten eine kommunistische und eine die Scharia vertretende Partei gegründet werden können... Gläubige Menschen werden unterdrückt... Wenn wir an die Macht kommen, werden wir die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft ziehen."
- Ca 50.000 Metallarbeiter der Gewerkschaft Özdemir-Is führen gestern Profestaktionen gegen den Metallarbeiterverband MESS wegen der Tarifverhandlungen durch.
- Die letzte Ausgabe der Zeitschrift Yüzyil wurde wegen eines Artikels "Putschpläne im Generalstab" verboten.

15.11.90

- Staatsanwaltschaft leitet Untersuchungen wegen des Unterrichtsboykott der Universitätslehrer ein.
- 1 PKK'ler bei Gefecht bei Kars getötet, 5 PKK'ler gefaßt.
- Hungerstreiks in Diyarbakir, Bismil, Canakkale, Aydin, Nazilli und Sagmalcilar hat gefährliche Ausmaße erreicht. Einige Gefangene in Diyarbakir, die im 37. Tag des hungerstreiks sind haben Magenblutungen. Sedationen der SHP wurden nicht in die Gefängnisse gelassen.

16.11.90

- Profestaktionen der Lehrer an den Universitäten gegen anti-laizistische Tendenzen dauern an.
- Der Hungerstreik in Diyarbakir wurde gestern, am 38. Tag beendet.
- Der Menschenrechtsverein in Samson von Gouverneur für 20 Tage geschlossen, da 2 gegen den Hochschulrat YÖK protestierende Studenten nach der Profestaktion in die Räume des MRV gegangen waren.
- Im Zuständigkeitsstreit innerhalb der nationalen Erziehungskommission gewann der konservative Flügel. Damit wurde der Weg eröffnet, die Imam Hatip-Gymnasien auszudehnen.
- 4 Tote bei Überfall von PKK auf ein Dorf bei Mardin.

17.11.90

- 1500 Hochschullehrer hielten Versammlung vor Atatürk Mausoleum ab, um ihre Hochachtung vor den Atatürk-Grundsätzen zu bekunden und gegen anti-laizistische Tendenzen zu protestieren.
- Verfahren gegen Mitglieder des Menschenrechtsvereins Usak wegen Zeitungsanzeige anlässlich der Ermordung von Bahriye Üçok.
- In Maras haben 3 Terroristen Anschlag auf Gesundheitsstation verübt, 1 Toter.
- 28.000 Bergbauarbeiter in Aktion (Warnstreik), da bei den Tarifverhandlungen keine Einigung erzielt wurde.
- Nach Abschluss der Privatisierung der Türkisch Airlines soll auch TUPRAS, der größte staatliche Industrieunternehmen privatisiert werden.

18.11.90

- Verletzung des Laizismus: Konservative Abgeordnete der ANAP machen zur Ausdehnung der religiösen Erziehung mobil. Die Ziele dieser Abgeordneten sind u.a.: Freigabe der Verschleierung an den Universitäten, Umwandlung der Imam Hatip-Gymnasien in Kolleges, Ausdehnung des religionsuntricht, religiöse Erziehung für Beamte.

19.11.90

- Große Reaktionen auf Konter-Guerilla Diskussion. Ehemaliger Verteidigungsminister Giray: "Die Verbindung des Amtes für spezielle Kriegsführung mit dem Geheimdienst MIT sind Themen, die wirklich geheim bleiben müssen."

müßte schon lange tot sein, als dieses Foto gemacht wurde.

Wir glauben, daß wir darstellen könnten, wie ernst die Erklärungen sind. Diese Erklärungen sind die einzige und unverzichtbare Quelle der Zeitungen, deren LeserInnenzahl etwa 2.200.000 sind und das Fernsehen mit etwa 50 Mio. ZuschauerInnen.

Kurdistan-Komitee i.d. BRD:

Kurdistan im Herbst 90

1990 ist für die kurdische Bevölkerung in der Türkischen Republik (TR) ein historisch bedeutsames Jahr geworden. Seitdem im Frühjahr d. J. hunderttausende von kurdischen Menschen sich zum Serhildan, zum kurdischen Volksaufstand erhoben haben, ist nichts mehr wie es war. Eine Bewertung des Serhildan und seiner Folgen unsererseits würde Seiten füllen, deswegen möchten wir uns in diesem Artikel auf zwei Aspekte beschränken, den Staatsterror des türkischen Staates - insbesondere nach dem Ausbruch der Golfkrise - und den Widerstand des kurdischen Volkes.

Als Reaktion auf den Serhildan hatte die türkische Regierung im April d. J. eine sogenannte "Verfügung mit Gesetzeskraft" in Kraft gesetzt, das in der Öffentlichkeit besser bekannt ist unter der Bezeichnung "SS-Dekret" ("S" steht für die beiden türkischen Wörter Sansür und Sürgün, Zensur und Deportation). Die wesentlichsten Elemente dieses Dekretes sind die völlige Nachrichtensperre, die Nordwest-Kurdistan zu einer einzigen verbotenen Zone machen und die schrankenlose Erweiterung der Machtbefugnisse des Gouverneurs für die Gebiete im Ausnahmezustand (auch Supergouverneur genannt) und das Militär. Die Anwendung dieses Dekretes in seinem vollen Umfang erfolgte allerdings nicht sofort. Es dauerte einige Monate bis das ganze Ausmaß der Anwendung in Gang gesetzt wurde.

Die ganze Situation spitzt sich mit dem Ausbruch der "Golfkrise" zu, als die TR mit einem Schlag ihre ehemals strategische Rolle für die NATO, nun, mit Hauptausrichtung auf den Mittleren Osten zurückgewann. Schon am 6. August d. J. gab die TR dem Europäischen Rat bekannt, daß die Europäische Menschenrechtskonvention in Region im Ausnahmezustand - diese sind ausschließlich kurdische Provinzen - suspendiert werden. Bis heute hat sich keine Stimme der offiziellen Protestes dagegen erhoben. Im Gegenteil gelang es der Türkei für ihre Rolle als Speerspitze der NATO in der Region die volle Unterstützung von allen wesentlichen westlichen Staaten zu erhalten.

Seit dem August d. J. nun werden täglich ganze Dörfer von der Landkarte gestrichen, im wahrsten Sinne des Wortes. Obwohl es keine genauen Statistiken gibt, haben wir bis heute über 800 Dörfer registriert, die ganz oder teilweise zwangsevakuiert und danach vollkommen zerstört wurden. Davon sind über 150.000 Menschen direkt betroffen. Bei der Vertreibung der kurdischen Menschen aus der Region gibt es einige Mustertypen, die immer wieder angewendet werden: Das Militär kommt in die Dörfer und fordert die Bewohner auf Waffen anzunehmen und als Dorfschützer tätig zu werden. Wenn die Dorfbesohner dies ablehnen - uns ist kein Fall bekannt, daß irgendwo diese Aufforderung befolgt worden wäre.

- bekommen sie die Anweisung das Dorf sofort zu verlassen, da man die Sicherheit des Dorfes nicht gewähren könne. Weigert sich eine Familie dieser Anweisung Folge zu leisten, werden die Familienangehörigen mit Waffengewalt aus ihrem Haus herausgetrieben und das Haus sofort in Brand gesetzt, ohne daß die Bewohner ihre Habe retten können. Leistet sie keinen direkten Widerstand, so darf sie zumindest ein Teil des Inventars mitnehmen, das Haus wird allerdings auf jeden Fall zerstört. Gleiches geschieht mit allen kultivierten Anbauflächen, sein es nun Weinreben oder Weizenäcker...

Die Liste der Verbrechen des türkischen Staates an der Zivilbevölkerung in Nordwest-Kurdistan ist lang. Täglich werden durchschnittlich bis zu 100 Menschen festgenommen. In Hochzeiten haben wir über 1000 Festnahmen pro Woche registriert. Die Festnahmen dienen der Einschüchterung der Bevölkerung. Kaum einer der Festgenommenen wird je dem Hafttrichter vorgeführt. Oftmals werden die Festgenommenen einige Wochen auf den Revieren gefoltert und dann wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Massenfestnahmen beschränken sich bei weitem nicht mehr auf Nordwest-Kurdistan. Auch in den türkischen Metropolen wo sich immer mehr Kurden aufstauen werden groß-angelegte Operationen durchgeführt. Nach unseren Informationsquellen wurden allein in

den Wochen vom 15.11. bis zum 7.12.1990 414 Personen in der Stadt Mersin, 100 in der Stadt Adana, ca. 500 Personen in Izmir, 161 Personen in Istanbul, 13 Personen in Antalya und 5 Personen in Alanya im Rahmen einer sog. "PKK-Operation" festgenommen. (Alle diese Städte liegen in der Türkei) Wie schon gesagt kann diese Liste um ein vielfaches erweitert werden. Wobei man bedenken muß, daß dies alles in den letzten vier Monaten geschah.

Auch die militärische Komponente dieser Auseinandersetzung hat sich weiter zugespitzt. Die türkische Armee ist mit dem Beginn der Golfkrise nicht großangelegt verlegt worden, wie man im ersten Moment annehmen könnte. Allerdings gab es innerhalb bestimmter Regionen massive Standortwechselbewegungen.

Das hat den Hintergrund, daß der größte Teil der türkischen Armee, die für das Dreiländereck Türkei-Syrien-Irak zuständig ist, hier genug Mann unter Waffen stehen hat, die z. T. an die irakische Grenze verlegt wurden und sich dort eingegraben haben. Erst mit der Ratifizierung des UN-Ultimeatums erreichen uns Nachrichten von größeren Truppenverlegungen, über deren genaues Ausmaß wir noch keine Informationen erhalten haben. (...)

Ein weiterer Aspekt ist der Widerstand der kurdischen Massen. Seitdem Serhildan hält der Widerstand der Bevölkerung kontinuierlich an. Auch wenn die Widerstandsaktionen der Massen nicht dieselbe Qualität erreichen wie im Frühjahr, so hat sich doch an der Qualität und dem Umfang der beteiligten Kreise nichts verändert im Gegenteil, ist eine sichtbare Entwicklung zu registrieren. Und dies ist keineswegs

eine parteiische Agitationsfloskel unsererseits, sondern konkrete Realität zum Anfassen. Alle Berichte von Informationsreisen in die Region, die in den letzten Monaten zahlreich abgehalten wurden, bestätigen diese Einschätzung. Es ist uns hier nicht möglich alle Aktionen der letzten Wochen und Monate an denen die Massen beteiligt gewesen sind aufzuzählen. Immer wieder finden Ladenschließaktionen in Kreisstädten statt, demonstrieren Tausende von kurdischen Menschen in Nord-west-Kurdistan haben ein neues Selbstbewußtsein entwickelt. Sie bekennen sich zu ihrer lange Zeit unterdrückten Identität und nehmen klare Positionen ein. Ohne Überreibung kann man sagen, daß die PKK die Unterstützung der Mehrheit der kurdischen Menschen in den kurdischen Provinzen genießt.

Ein wichtiger Punkt, der die Situation in der Region allerdings immer schwieriger werden läßt ist, daß die TR neben ihren praktischen Maßnahmen, die Golfkrise dazu nutzt die Menschen in der Region wirtschaftlich auszubluten. Das Handelsembargo gegen den Irak, trifft u.a. in erster Linie auch die Menschen in der Region, die vom Handel gelebt haben. Nach unseren Informationen sind über 700.000 Menschen direkt von diesem Embargo betroffen. Es ist eine Frage der Zeit, wie lange die Menschen es aushalten fast ohne Einkommen in der Region zu leben. Deswegen sind Selbsthilfeprojekte angesagt, die allerdings noch in den Kinderschuhen stecken. Die fortschrittliche Öffentlichkeit in Westeuropa ist aufgefordert hier praktisch aktiv zu werden und den Menschen auch materielle Unterstützung zukommen zu lassen. Entsprechende Hilfsaktionen des Menschenrechtsvereins können u. a. über uns weitergeleitet werden.

Befreiungsbewegung Kurdistan (Tevger)

DIE GOLFKRISE UND ZUNEHMENDE ANGRIFFE AUF DAS KURDISCHE VOLK

Die Golfkrise beeinflusst insgesamt die Lage des kurdischen Volkes, denn Kurdistan befindet sich im Zentrum der Krisenregion. Die negativen Auswirkungen der Krise zeigen sich rasch auch in der Türkei und türkisch-Kurdistan, sie brachte eine Verschärfung der Unterdrückung in Kurdistan mit sich.

Das Unterdrückungsregime in der Türkei war von den sich schnell aufflammenden Massenaktionen im Frühling und Sommer des Jahres erschrocken und ratlos. Neben den sich der Intifada ähnlich verbreiteten Massenaktionen, kam es in den großen Städten im Westen der Türkei zu zahlreichen Aktionen der Intellektuellen, Verbraucher, Angestellten. Die Repräsentanten des Regimes befürchteten und warnten offen vor noch größeren Massenaktionen. Jedoch kam die im August ausgelöste Golfkrise dem Regime als Rettungsanker zugute. Die die ganze Region umfassende Kriegsgefahr hat die Öffentlichkeit von den inneren Problemen abgelenkt, diese rückten an die zweite Stelle. Die Massenaktionen ließen nach und das Regime konnte aufatmen. Dies war jedoch für die kurdischen und türkischen Völker ein Verlust, dessen Ursache in der Golfkrise liegt.

Das Regime nutzte die Golfkrise aus, um den Massen höhere Preise aufzuzwingen und die Ausbeutung zu verschärfen. Ohne die Krise und die damit verbundene Kriegsgefahr würde das Regime solche Politik nicht riskieren. In diesem Sinne hat die Krise die Situation der Werktätigen verschärft.

Andererseits versuchte das Regime, die Unterdrückung zu verschärfen. Seine bisherige Politik, die sich in einem Herr-Knecht-Verhältnis an den Westen anlehnte, hat dies be-

günstigt. Die westlichen Kreise, die sich in den letzten Jahren um die Menschenrechte in der Türkei kümmerte, tendieren infolge der Golfkrise dazu, über die Ereignisse in der Türkei zu schweigen. Ermöglicht durch diese Haltung, hat die Diktatur unter dem Vorwand "der Gefährdung der Sicherheit der türkischen Nation" die Menschenrechte in Kurdistan außer Kraft gesetzt und dies dem Europarat offiziell mitgeteilt. Dieses Vorgehen ist einerseits eine gesetzliche Bekannmachung der bisher ohnehin geführten Politik. Andererseits sind damit zunehmende und skrupellose Angriffe auf das kurdische Volk. Die türkische Regierung legt damit offen, das in Kurdistan nur Gesetze der Brutalität gelten. Erstaunlicherweise kommen aus dem Westen und Osten, die sich als Verteidiger der Menschenrechte und Demokratie verstehen, keine Reaktionen und Proteste.

Wie es sich deutlich macht, hat die Golfkrise negative Folgen für unsere Völker gehabt. Dies erschwert die Lage des kurdischen Volkes. Noch gefährlicher ist der Ausbruch eines Krieges in der Region. Die türkische Regierung hat gleich am Anfang der Golfkrise durch ihren Beistand zu der USA, den östlichen Scheichs und Königtiteln in der Region eine kriegsantastende Rolle gespielt. Eine solche Politik steht nicht im Interesse des kurdischen und des türkischen Volkes. Das Saddam-Regime ist ein brutales und Unterdrückungsregime, seine an dem kurdischen Volk verübten Verbrechen sind allgemein bekannt. Jedoch haben die USA und andere westliche Mächte nicht für die Souveränitätsrechte der Völker und Demokratie ihre Militärs in der Region aufgestockt, sondern für die eigenen Interessen. Es ist ein Kampf um Öl. In einem Krieg aus

solchem Grund besteht für die kurdischen und türkischen Völker kein Anlaß zur Parteilergreifung. Weder für das Saddam-Regime, noch für die westlichen Mächte, die aus Eigeninteresse in der Region intervenieren, sowie für die östlichen Scheichs und Königtitel werden wir zu einem Krieg unser Ja geben.

Das reaktionäre Unterdrückungsregime hat sich voll für den Krieg engagiert. Im Falle eines Krieges wird die Türkei im Fahrwasser des Westens in den Krieg gehen. Dies würde enorme Verluste für unsere Menschen und Kriegsschauplatz für Kurdistan bedeuten. Insbesondere Kurdistan würde durch den Einsatz chemischer Waffen, womöglich der Atombomben, in ein von dem Krieg am meisten zerstörtes Gebiet verwandelt. Diese wäre die bisher nicht erlebte größte Katastrophe für unsere Völker. Aus diesem Grunde sind wir gegen den Krieg. Wir wollen nicht, das unser Land in Schutt und Asche gelegt wird.

Das Ende des Saddam-Regimes würde sowohl für das kurdische, als auch für das arabische Volk positive Folgen haben. Dies können jedoch beide Völker im Irak durch eigenen Kampf erreichen, dessen Erfolg durch die tatkräftige internationale Unterstützung der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte möglich ist. Gleichzeitig bedeutet das Ende des Unterdrückungsregimes nicht alles, denn es muß ein demokratisches Regime erreicht werden und das kurdische Volk muß seine Rechte erlangen. Das kurdische Volk, das unter der Unterdrückung viel gelitten hat und seit Jahren um seine nationale Befreiungskämpfe muß über sein Schicksal selbst und frei entscheiden können.

KOMKAR

GOLFKRISE DER WESTEN UND DIE KURDISCHE FRAGE

Am 2. August 1990 mündeten die Streitigkeiten zwischen dem Irak und Kuwait in eine gewaltsame Besetzung Kuwaits ein. Es geschieht wohl bekanntlich nicht zum ersten Mal, daß ein Land von einem Nachbarland in einer Nacht und Nebel Aktion angegriffen und annektiert wird. In diesem Fall regierte die Welt jedoch empört und mit bisjetzt kaum erlebten Gegenmaßnahmen wie Wirtschaftsembargo, militärische Blockade und diplomatische Isolierung des Aggressors. Die Erklärung dieser Reaktion liegt auf der Hand: Kuwait ist einer der weltweit größten Ölproduzenten; der Anschluß an den Irak kollidiert direkt mit den Erdöl-Interessen des Westens. Daher ist es kaum verwunderlich, daß die Golfkrise zur größten internationalen Krise seit dem 2. Weltkrieg geworden ist.

Der irakische Diktator, Saddam Hussein hat in der Tat mit der Besetzung Kuwaits einen Konflikt in der Region ausgelöst, dessen Ausartung in einen Krieg weitläufige Folgen haben wird. Die Hintergründe seines wahnsinnigen Abenteueriums wurde in der westlichen Öffentlichkeit mehr oder weniger bekannt. (...)

DER WESTEN IST MITVERANTWORTLICH FÜR DEN GOLF-KONFLIKT

Der UNO-Sicherheitsrat hat Irak seit der Invasion mehrere Male verurteilt und weitgehende Maßnahmen wie Handelsembargo, See- und Luftblockaden beschlossen. Die Resolutionen des Sicherheitsrates sind berechtigt und gutzuheißen. Der Diktator, Saddam Hussein hat mehr

als solche internationale Verurteilung verdient. Sein Sturz kann nur den Kurden und Arabern, aber auch den Nachbarvölkern recht sein. Dieser Wunsch darf jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Westen ebenfalls schuld an dem Golf-Konflikt ist. (...)

Es ist äußerst bedenklich und paradox, daß in der Öffentlichkeit in den USA und Europa "statistische Zahlen" über den Kriegswillen der Amerikaner veröffentlicht werden, um ein militärisches Vorgehen zu rechtfertigen, während andererseits die Musik von "Frieden und Freiheit" gesungen wird. Abgesehen davon, daß keiner auf die Idee kommt, eine Umfrage vielleicht in der Türkei oder in Jordanien durchzuführen, um festzustellen, wieviel Prozent der Bevölkerung überhaupt einen Krieg befürwortet.

Die nach der Golfkrise erfolgten Waffenverkäufe an Saudi-Arabien, deren Betrag über 18 Mrd. US-Dollar liegt und die Finanz- und Militärhilfe an die Türkei werden mit Sicherheit nicht zur Konfliktlösung beitragen. Ganz im Gegenteil wird weitere Aufstockung von Waffen in der Region die Kriegsgefahr erhöhen. Als Nutznießer der Spannung kommen dann nicht nur der Irak und die Länder wie die Türkei, die andere Ziele im Golf-Konflikt verfolgen als den Frieden und die Freiheit der unterdrückten Völker, sondern auch die Rüstungskonzerne. Die westlichen Staaten schaffen durch solche Waffengeschäfte potentielle Kriegsantastler von morgen und beleben die Rüstungsindustrie. (...)

Offener Brief an unsere Folterer

Cebrail Köksal aus Ceyhan-Gefängnis

Ich weiß nicht mehr, wie oft ich mich hingesetzt habe, um diesen Brief zu schreiben. Unzählige Male habe ich geschrieben und zerrissen.

Dies soll das letzte Mal sein. Es ist nicht leicht, an Sie einen Brief zu schreiben - fürchtbares Gefühl.

Immer wenn ich anfangen zu schreiben, zittern meine Hände, eine unbeschreibliche innere Unruhe befallt mich.

Wie auch immer - ich muß schreiben! Das habe ich entschieden. Bin entschieden, aber es fällt mir nicht leicht.

Denn dies ist nicht irgendein Schreiben; es ist weder ein Liebes - noch ein Freundschaftsbrief, noch einer an die Geschwister. Auch kein Bewerbungsschreiben.

Mein Brief, wie aus dem Titel zu entnehmen ist, handelt von unseren Folterern, speziell von einem von Ihnen, dem Nachtwächter Izzetin Senol.

Ich schreibe im Namen von Bekir Karabulut, Yasar, Ali, Nevzat Sanli, Zekeriya und anderer.

Ich schreibe an diejenigen, die mit der Folter ihren Lebensunterhalt bestreiten und an die, deren Beruf der des Folterers ist.

Ich schreibe im Namen von M. Can, Behzat, mir und allen, die die Folter gesehen haben.

Man kann fragen: warum Izzet? Ich kenne Izzet seit 1983. Immer wenn wir uns sahen, fragte er nach meinem Befinden, wir haben oft ein freundliches Gespräch geführt. Zu der Zeit gab es in seinem Verhalten keine Falschheit. Es gab nur ein Thema, worüber er sich beschwerte, nämlich die nächtlichen Ereignisse und daß er deswe-

gen jeden Morgen unausgeschlafen im Gericht warten mußte.

Und eben nicht nur er, sondern auch seine Freunde.

Die Nähe unserer Beziehung entstand nicht nur unserer gemeinsamen Herkunft wegen, sondern wir respektierten uns auch gegenseitig.

Weiterhin war Izzet auch einer von denjenigen, denen ich Tee und Suppe bezahlte.

Wozu schreib ich das alles, mag man fragen. Ich möchte so ein wenig erklären, was für eine Beziehung wir hatten.

1985 habe ich Izzet weder nachts auf der Straße noch tagsüber im Gericht gesehen. Ich habe all seine Freunde nach ihm gefragt, niemand jedoch konnte eine befriedigende Antwort geben.

Meine Augen schwarz verbunden, die Hände an der Wand, auf Zehenspitzen stehend, um zwei Uhr früh, vernahm ich die Stimme von Izzet.

Ich war verwirrt, von der Müdigkeit nach der Folter geprägt, habe ich nicht länger darüber nachgedacht.

Nach der Untersuchungshaft sind wir uns begegnet und haben uns die Hände geschüttelt... man sieht dich nicht - sagte ich.

Eine genügende Antwort gab er nicht.

Von seinen Augen konnte ich ablesen, daß die Wärme von früher verschwunden war. Weiter habe ich mir nichts gedacht.

22.2.1986, nachts, das dritte Mal in Untersuchungshaft.

Müde von der Arbeit und von vier Stunden "Willkommenszeremonie" konnte ich mich kaum noch auf den Füßen halten. Mich wachzuhalten, auf den Zehenspitzen stehen zu bleiben, dafür sorgten die Folterer.

Ich sag, ich bin müde, will schlaf-

fen.

Mit fortwährenden Flüchen verbunden, mich peinigend, halten sie mich wach.

Gegen mein schlafen-wollen, um meinen Körper aufrechtzuhalten, tritt mir jemand mit Stiefeln auf den kleinen Zeh des linken Fusses.

Wer da tritt und flucht, ich weiß, es ist Izzet.

- Izzet- sage ich.

- Ich bin nicht Izzet- antwortet er.

Ich glaub's nicht- er ist es. Wie er spricht, die Art zu betonen, sein Akzent...

Ich kann mich nicht irren. Aber er will mich verwirren.

Ein paar Tage später, als man mich zum Vorgesetzten ins Büro brachte, um mich redend zu machen, indem man mir mit Stiefeln auf Mund, Arme und Beine trat, mir die Hoden quetschte, wer mir dort die Unterhose wegzog und mir drohte, Säure auf die Geschlechtsstelle zu kippen, das war Izzet.

Ja, Izzet, das warst Du. Wer mir, gegen das menschlichste Bedürfnis, zu schlafen, auf die Zehen trat, wer mir ein Glas Wasser über das Geschlecht kippte, und sagte es wäre Säure, warst Du.

In dem Moment waren alle meine Werte zertrübt.

Nackt im Februar mit kaltem Wasser besprüht zu werden oder die Elektroschocks- ich wußte nicht mehr, ob das schlimmer war. Ich konnte nur an dich denken.

Bist du derselbe, den ich aus der Vergangenheit kenne, der voll war von Gefühlen, von Liebe und Menschlichkeit- bist du das?

Dich hier so zu sehen, ist für mein Herz die größte Folter.

So viele Male habe ich mich gefragt- war er das? Aber du warst es.

Hat es dich auch der Menschheit entrissen, das verrottete System?

Bist auch du ein Teil des Schmerzes geworden?

Auch du bist in der Lage für Geld die Menschen, sogar die Freunde zu foltern?

Auch an dir ist kein menschlicher Wert geblieben, wie bei den anderen Folterern?

Erinnerst du dich? Es gab auch den Behzat?

Nebeneinander standen wir nackt an der Wand. N. Sanli: "führ die einzeln ab"- derjenige der anfang zu weinen, der größte zwischen uns, den will ich erklären, Dir-Euch.

Nach Eurer Folter, nach der Zerstörung ihrer Körper und Geschlechtsstelle, mußten sich M. Can und Behzat einer Operation unterziehen.

Can wurde einigermaßen gesund- aber Behzat? Nein.

Einen Hoden haben sie ihm abgenommen und sein rechtes Bein ist geschwollen, die Ärzte sagen Krebs.

Jetzt ist er im Kayseri Gefängnis unter ärztlicher Kontrolle.

Ja Izzet, das ist ein von dir geschaffenes Werk.

Die einzigen Menschen, die sich nicht rühmen können, daß sie ein gutes Werk geschaffen haben, seid ihr Folterer.

Nun seht zufrieden. Die Belohnung die du empfangen hast, steht dir zu.

Das ist das Produkt deiner Arbeit,

Fortsetzung von Seite 6

"Falls unseren menschlichen eigenschaften auch nur der geringste Abbruch....

ten, die Progressiven und all diejenigen, denen die parlamentarisch-nationale Opposition nicht genügt.

Es gehört zu ihrem politischen Selbstverständnis, keine Art von brutalen Praktiken wie Komplott, Unterdrückung, Folter, Drohung und Erpressung zu scheuen, um die genannten Personengruppen politisch und physisch zu zerstören. (...) So wie sie durch den von menschlichen Siedlungen weit entfernten Bau der Sondergefängnisse uns von unserem Volk physisch trennen, so wollen sie uns durch das System der Einzelzellen voneinander und von unseren Familien isolieren. Sie hoffen, uns auf diese Art bequemer und einfacher hinnehmen zu können, uns in einer kürzeren Zeit von unseren politischen Gedanken und Überzeugungen zu entfremden, uns zu entpersonalisieren und uns unserer Menschlichkeit zu berauben. Wo ihnen das nicht gelingt, sind sie bereit, uns physisch zu zerstören. Den die Praktik des Zellensystems ist die Methode, das denkende, sprechende, diskutierende, materiell und intellektuell produzierende und teilende soziale Wesen in das Gegenteil zu verkehren und zu vernichten. (...)

Angriffsziel sind die zur Zerstörung und Zerschlagung ausgewählten Individuen, also wir selbst, und mit uns die Menschheit als Gattungsgesamt. Da, wo dies ihnen nicht gelingt, zerstören sie uns, wie es bei den Mitgliedern der bundesdeutschen RAF geschah, nach und nach, und sind bereit, mit einer Selbstmordversion die Öffentlichkeit zu "beruhigen". Da es weder einen Zeugen noch Beweise geben wird, zögern sie nicht, dies zu tun.

Am 1.10.90 wurden die zur Eröffnung notwendigen letzten Vorbereitungen für die Todeszellen des Eskisehir-Sondergefängnisses, die die "Freiwilligen" und die "Unverbesserlichen" aufnehmen sollen, mit einer unermeßlichen Demagogie von den zuständigen Stellen der einheimischen und ausländischen Presse verkündet. Wenn in diese Särge auch nur ein Person verbannt würde, ganz gleich aus welchem

-im Kayseri Gefängnis sitzend.

Wenn er keine gute ärztliche Betreuung hat, wird er sterben.

War es das Wert? Ein 20-jähriges junges Leben.

Ist es das Wert, die Belohnung, das Kohlen-geld, die Armband-uhr?...

Folter ist ein systematisierter Mechanismus. Du wirst in diesem Mechanismus als ein Rädchen benutzt- und später?

Wenn Du deine Kinder liebdest oder wenn Du neben deiner Frau liegst- kommt dir das Stöhnen der Menschen nicht in den Sinn?

Was antworten deine Kinder, wenn deren Freunde nach der Arbeit des Vaters fragen? Oder deine Frau- was antwortet sie den Nachbarn?

Wie kannst du ruhig schlafen? Ich schlafe nicht.

Auch wenn der Direktor des alten geschlossenen Malayta Gefängnis sich noch so bemüht, unser Anliegen zu stoppen, auch wenn wir, wo dein Fall vor Gericht kam, nicht als Zeugen vorgelassen wurden, um mit dem Finger auf dich zeigen zu können, auch wenn das Gericht dich aus fadenscheiniger Begründung freigesprochen hat- die Geschichte wird es nicht.

Kann denn dein Herz dich freisprechen?

Gründe, wäre dies eine menschliche Schuld, ein Angriff auf die menschliche Gattung. Die revolutionären Gefangenen wollen nicht in diese Särge! Ganz im Gegenteil, wir sind entschieden, weder von einer einzigen unsere Persönlichkeit und Identität prägenden Besonderheiten noch von mit unseren Mühen und Todesopfern erkämpften Rechten auch nur einen Deut abzurücken. Falls unseren menschlichen und sozialen Eigenschaften auch nur der geringste Abbruch geschieht, ziehen wir den Tod einem elenden Leben vor.

Die herrschenden Kräfte wissen genau um diese unsere Konsequenz. Und dennoch wollen sie uns nach Eskisehir verbannen. Das ist ein Akt von Komplott und Zerstörung. Denn sie planen, uns zum einem erneuten Hunger- und Durststreik zu zwingen und danach unseren legitimen und mutigen Widerstand zu diffamieren, so eine Verunsicherung des Widerstandes zu bewirken und nach und nach unsere physische Zerstörung zu verwirklichen.

Dieser heimtückisch und systematisch betriebene Komplott muß von jedem rechtschaffenden Menschen gesehen und an die Öffentlichkeit gebracht werden. Andernfalls gelingt es den Herrschenden, unseren in der Verbannung notwendigen Widerstand zu diffamieren und - den Verstand, das Gewissen und die Empfindsamkeit der Öffentlichkeit ausschaltend - ihrem völlig politischen Angriff einen juristischen Deckmantel zu geben.

(...) Wir rufen alle denkenden und beherzten Menschen, alle, die sagen: "wenn die menschlichen Eigenschaften und Werte angegriffen werden, ist das ein Angriff auf meine Person."

auf, sich gegen die Verbannung der politischen Gefangenen nach Eskisehir gegen die mit Perfektion vorbereiteten Komplott- und Zerstörungsmaßnahmen gegen die "Todesfahrt" und damit für den legitimen und mutigen Widerstand der politischen Gefangenen zu solidarisieren.

Komkar

der Türkei in der Region.

Um die kurdische Nationalbewegung auf beiden Seiten zu zerschlagen, verbündeten sich beide Regimes bereits 1983. So hat die türkische Armee mehrere Male Irakische Kurdistan unter dem Vorwand "der Terroristen-Verfolgung" angegriffen. (...)

Das Regime in der Türkei bangt um die Entstehung eines kurdischen Staates, wenn der Diktator Saddam gestürzt und die westliche Welt einen kurdischen Staat unter Umständen anerkennen würde. Durch ihre Bereitschaft, einen evtl. Golf-Krieg mitzutragen, bezweckt die türkische Führung Einfluß auf die Entwicklung nach der Beilegung des Konfliktes zu nehmen. M. a. W. will die Türkei die Änderung des Status quo - sei es im Irak, sei es in der ganzen Region - mitbestimmen. Vor allen Dingen ist die türkische Seite daran interessiert, wie über die kurdische Frage am Verhandlungstisch am Tag X entschieden wird. Sie wird alles in ihrer Kraft stehende unternehmen, um die Gründung eines kurdischen Staates zu verhindern. (...)

Das Frieden und Demokratie untrennbar sind, zeigt das Beispiel Türkei sehr deutlich. Sie treibt in Kurdistan eine Terror- und Unterdrückungspolitik, die die nationale Existenz der Kurden bedroht, jedoch im Westen meistens ignoriert und geschwiegen wird.

KURDISCHE FRAGE BEDARF EINER FRIEDLICHEN LÖSUNG

Kurdistan ist wie Kuwait und Palästina von der Türkei, dem Irak, Iran und Syrien besetzt, und zwar seit über 70 Jahren. Die jetzigen Grenzen Kurdistans wurden gegen den Willen der Kurden gezogen. Mit über 25 Millionen sind sie die größte Nation der Welt ohne einen eigenen Staat. Das Selbstbestimmungsrecht kann wie des anderen Volkes auch für das kurdische Volk verlangt werden, denn die Kurden sind im eigenen Land der Fremdherrschaft unterworfen.

Die ungerechte und völkerrechtlich rechtswidrige Annexion Kurdistans muß in den Vereinten Nationen wie im Falle Kuwaits auf die Tagesordnung gesetzt werden. Das Kurdistan in den Gesamtkontext der Golfkrise miteinbezogen werden soll, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß ein Golf-Krieg auch auf dem kurdischen Territorium geführt wird. (...) Sollte ein regionaler und damit weltweiter Frieden von der Staatsgemeinschaft angestrebt und tatsächlich erreicht werden, so ist die kurdische nationalfrage als ein Bestandteil des Problems-Komplexes im Nahen Osten zu betrachten. Die Vernichtungspolitik der Türkei gegenüber dem kurdischen Volk gefährdet ebenfalls den Frieden in der Region. Die NATO-Mitgliedschaft dieses Landes darf nicht als Apologetik für den erklärten Krieg in Kurdistan mißbraucht werden.

Fortsetzung von Seite 12

Zum Schluß bleibt die Bemerkung zur Rolle des Westens im Golf-Konflikt: Die Kriegsgefahr ist auch einem Sturz Saddams Husseins noch längst nicht abgewendet, solange der Westen, vor allem die EG und die USA ihre Rüstungspolitik nicht geändert haben und die Regimes Militärlieferungen wie bisher bekommen werden. Selbstverständlich müssen die fremden Streitkräfte in der Region zurückgezogen werden, die von der Bevölkerung dieser Länder in ihrer überwiegenden Mehrheit als "Besatzer" gesehen werden.

DIE TÜRKEI - IHRE HALTUNG IM GOLF- KONFLIKT

Die türkische Führung erweckt international den Eindruck eines entschiedenen Gegners vom irakischer Invasion in Kuwait. Doch, das Bild trügt.

Die Türkei hat als Nachbarland wie kein anderes mit dem Regime in Bagdad kooperiert, sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Die irakische Ölpipeline-Lieferungen gelangen über die Grenzen der Türkei ins Mittelmeer. Die Türkei bezog 1989 70,9 Mio. Tonnen Rohöl aus dem Irak. Neben zwei bereits bestehenden wurde der Bau einer dritten Rohöl-Pipeline ab 1991 geplant. Irak galt als der größte Handelspartner

Nachrichten aus Cumhuriyet

19.11.90

- Innenminister plante im Haushalt 1991 10,13 MRD TL als Bezahlung für Informanten ein, die den Sicherheitskräften helfen und die Angaben über geheime Organisationen machen.

- Das Nationale Erziehungsministerium kritisierte, daß das Amt für Religionsangelegenheiten es bei der Kontrolle der Korankurse nicht einbeziehe.

20.11.90

- Ecevit behauptet, daß seine Erklärungen über die Continguerilla und das Amt für spezielle Kriegsführung nicht Vermutungen, sondern Tatsachen seien, die er vor dem damaligen Generalstabschef und vom Vorsitzenden des Amtes wisse.

- Der ehemalige CHP Abgeordnete Süleyman Genç, der 1970 ein Buch über CIA-MIT-Kontinguerilla geschrieben hatte und auf den 1978 selbst ein Anschlag verübt worden war, erklärte: Es gibt immer noch Continguerilla.

21.11.90

- Der ehemalige CIA-Chef Colby gesteht zu, daß der CIA die gegen den Kommunismus kämpfenden Einrichtungen in der Türkei unterstützt hat.

- Hungerstreiks gehen weiter. Allein in Gaziantep und in Malatya befinden sich 234 Gefangene im Hungerstreik. Der Antrag der Ärztekammer, die Gesundheitsbedingungen im Gefängnis Eskişehir zu überprüfen wurde vom Justizministerium abgelehnt.

- 27 von 150 Arbeitern in Istanbul, die an den Metallarbeiterverband aus Protest ihre Lohnlisten geschickt hatten, wurden festgenommen.

- Unter dem Motto "Wir verurteilen die Initiativen gegen den Laizismus" setzten weitere 300 Universitätslehrer die Protestaktionen fort.

- Die Bergbauergewerkschaft Genel Maden-İs beschloß gestern den Streik für 48.000 Arbeiter ab 30.11.

- Protestdemo von 30 Frauen in Ankara gegen die Worte von Staatsminister Cicek, ein Flirt sei nichts anders als Prostitution.

22.11.90

- In Buca wurden 300 Gecekondus unter der Aufsicht von mit Panzern bewaffneten Sicherheitskräften eingerissen. Als die Bewohner der Gecekondus sich weigerten, ihre Häuser zu verlassen, wurde Betäubungsspray eingesetzt. 2 Personen wurden verletzt, 7 Festnahmen.

- Justizminister Sungurlu: Der Schullektor, der die 16-jährige Schülerin N.A. (wegen der Aufschrift "Nein zum Krieg" -TI) bei der Polizei angezeigt hat, ist ein vorbildlicher Bürger.

23.11.90

- 19 Beamte, die bei der UN Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsorganisation FAO Anträge auf Lebensmittelunterstützung gestellt hatten, weil sie Hunger litten, wurden festgenommen.

24.11.90

- Protestdemonstration von 200 Studentinnen in Adana gegen die Festnahme von 50 ihrer Kommilitoninnen, die ein Ungebäude besetzt hatten.

- Bei Gefächten in der Nähe von Islahye/Gaziantep wurden 2 Terroristen, davon eine Frau getötet.

25.11.90

- SHP organisierte in Zonguldak zur Unterstützung der Bergbauarbeiter eine Kundgebung für "Brot und Frieden"

26.11.90

- Das Nationale Erziehungsministerium vergibt ein Drittel aller

Stipendien an Schüler der religiösen Imam Hatip Schulen.

- Moscheeninfation in Studentenwohnheimen.

27.11.90

- Protest des Menschenrechtsvereins gegen die ausgedehnten Repressionen gegen den Verein. Die Zweigstelle in Samsun wurde für 20 Tage geschlossen, die in Gaziantep unbegrenzt. In Istanbul wurden 37 Personen, die in den Räumen des MRV einen Hungerstreik durchführten festgenommen.

- Die 11 Frauen, die wegen einer Protestdemonstration gegen Staatsminister Cicek festgenommen worden waren, wurden freigelassen.

- In Kars und Erzurum wurden von 33 Personen, die unter dem Vorwurf, PKK-Mitglieder zu sein und an Aktionen teilgenommen zu haben festgenommen worden waren, 30 verhaftet.

- Für die 48.000 Arbeiter, die am 30.11.90 in den Streik treten werden, beschlossen die Arbeitgeber die Aussperrung.

- Hungerstreik im Amasya Gefängnis im 30. Tag. 8 Gefangene haben Magenblutungen, 2 Gefangene deren Zustand sehr ernst ist, wurden in Krankenrevier des Gefängnisses gebracht.

28.11.90

- Ergebnis des Gründungskongresses der Sozialistischen Einheitspartei: Spätestens am 15. Januar 91 soll ein Antrag auf Zulassung gestellt werden.

- Unterstützung für den geplanten Bergarbeiterstreik von den meisten in Türk-İs organisierten Einzelgewerkschaften.

29.11.90

- Nach dem Özal erklärt hatte, daß man den Bergbauarbeitern nicht mehr Lohn geben könne, brach der Gewerkschaftsvorsitzende Denizler die letzten Gespräche vor dem Streik mit Arbeitsministerin Aykut ab.

30.11.90

- Die Bergbauarbeiter sind bereit zum Streik: auch wenn der Ministerrat den Streik verschiebt, werden sie nicht in die Gruben steigen.

- Der Präsident des Verfassungsgerichtes Güngör: "Heute werden unter dem Vorwand Religiosität und islamische Religion zu vertreten die Vertreter des Laizismus und Atatürk-Anhänger, die eigentlich keine Religionsfeinde sind als Feinde der Religion und als Angriffsziel dargestellt."

- Özal erklärt, es sei nicht nötig, die Verfassung zu ändern. Er habe genug Kompetenzen. Lediglich ein Paragraph müsse geändert werden, der der Neutralität. Dieser Paragraph sei nicht realistisch.

- Demonstration von ca. 1.000 Beamten in Izmir gegen die niedrige Gehaltserhöhung und die Behinderungen bei der gewerkschaftlichen Organisation.

- Änderung bei der Straffestsetzung im TSİGB: Todesstrafe für einige Vergehen in Lebenslanglich umgewandelt. Strafverminderung bei Vergewaltigung einer Prostituierten aufgehoben.

- Ein zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt wurde zusätzlich zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, da er Özal in einem Beschwerdebrief mit der Bemerkung "Ich wünsche Ihnen die schlechtesten Tage" beleidigt habe.

- In Pazarlık/Kahramanmaraş wurden von Sicherheitskräften 4 Terroristen getötet. In Alanya wurden 4 Personen unter dem Verdacht PKK-Mitglieder zu sein, festgenommen.

- Das Verfassungsgericht hob den § 159 BGB auf, der besagt, daß eine Frau, die arbeiten will, erst ihren Mann um Erlaubnis fragen muß.

- Hungerstreik in Amasya im

33. tag. Der Gesundheitszustand von 10 Personen sei sehr ernst.

1.12.90

- Große Kundgebungen zum Streikbeginn in Zonguldak: 48.000 Bergbauarbeiter mit ihren Familien auf der Straße.

- Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1%.

- Hungerstreik von 57 politischen Gefangenen in Amasya am 33. Tag beendet. Die Gefängnisleitung habe die 34 Forderungen der Gefangenen angenommen.

- Der Türkische Erziehungsverein bezeichnete es als besorgniserregend, daß versucht werde, allen Erziehungseinrichtungen einen religiösen Charakter zu geben.

- Unterstützung für den Bergbaustreik in Zonguldak: 28.500 weitere Bergbauarbeiter drosselten die Produktion. Die 10.500 SEKA Arbeiter boykottierten das Kantinenessen und demonstrierten nach Schichtende.

- Beamte aus verschiedenen Bereichen gingen in Istanbul gestern zum kollektiven Arztbesuch, um gegen die niedrigen Gehaltserhöhungen zu protestieren.

- In Ankara unterzeichnete der deutsche Botschafter Eickhoff einen Vertrag mit Ankara, in dem der Türkei wegen der Golfkrise 110 Mio. DM geschenkt wird.

2.12.90

- Große Unterstützung der streikenden Bergbauarbeiter durch Familien und durch die Geschäfte. Ganz Zonguldak gleich einem Kundgebungsplatz. Verlust für die Bergbaugesellschaft am 2. Tag des Streiks 4,5 Mrd TL.

- Hungerstreik von 18 Gefangenen in Buca dauert seit dem 19.11. an.

- Protest von 120 Universitätslehrern aus Istanbul vor dem Atatürk Mausoleum in Ankara gegen anti-laizistischen Tendenzen. Die Familie von Yakup Aktas verlangt eine erneute Autopsie. Sie behauptet, daß Yakup Aktas nach seiner Festnahme bei einer Operation bei Mardin bei der Folter getötet worden sei.

3.12.90

- Befürchtungen für 1991: Die Inflation kann außer Kontrolle geraten. Ein großes Problem sind die Haushaltsdefizite und das Zahlungsgleichgewicht.

- In Antalya dauert die Operation gegen die PKK seit einer Woche an. Insgesamt 12 Personen gefaßt.

- 5 Studenten in Adıyaman unter dem Vorwurf, einer illegalen Organisation anzugehören, verhaftet.

4.12.90

- Krise in Ankara: Generalstabschef Torumtay trat zurück, da "es nicht möglich sei, mit den Prinzipien, an die er glaube und mit seinem Staatsverständnis den Dienst fortzusetzen." Zum ersten Mal in der Geschichte der Republik tritt ein Generalstabschef zurück. Gründe für den Rücktritt waren Meinungsverschiedenheiten mit Özal wegen der Nutzung des Nato-Luftwaffenstützpunktes Incirlik und der Frage der Entsendung von Soldaten an den Golf.

- Hungerstreik in Adıyaman und Buca dauern an.

- Der Ausnahmezustandsgebietsgouverneur Kozakcioglu erklärte, daß gegen die Terroristen der PKK, die die Religion ausbeuten, den Geistlichen eine große Aufgabe zukomme.

- Özal und Akbulut warnten die streikenden Bergbauarbeiter: Betriebe in den roten zahlen werden wir schließen.

- Textilgewerkschaft entschied Streik für 100.000 ArbeiterInnen. Auch im Metall- und Papierbereich soll gestreikt werden.

5.12.90

- 3 Gründe für den Rücktritt des generalstabschefs Torumtay sind ausschlaggebend: 1. Özal's Rolle in der Golfkrise, 2. Anti-laizistische Tendenzen auch in der Armee, 3. Verteidigungsindustrie.

-5. Streiktag und erster Aussperrungstag in Zonguldak

- Bei der vorgestriegen Verhandlung vor dem Staatssicherheitsgericht Istanbul gegen die 16-jährige N.A. wegen der Auffritt "Nein zum Krieg" in der Schule kam es zu Tumulten. Die Parolen rufenden Zuschauer wurden von Gendarmen niedergeknüppelt, viele Festnahmen erfolgten. Gegen 62 beteiligte Personen, darunter die Eltern der Angeklagten wird ein gemeinschaftliches Verfahren eingeleitet.

- Bei Operationen in Batman, Mardin und Van wurden 34 Personen gefaßt, die Terroristen unterstützt haben sollen.

6.12.90

- Özal's Erklärung, er sehe Torumtay's Rücktritt als "normal" an, er rief in militärischen Kreisen befremden hervor.

- Große Solidarität für die Streikenden: Die Ingenieure, denen als Staatsbeamten Streik verboten ist, Studenten, Anwälte demonstrierten mit.

8.12.90

- Oppositionsparteien SHP und DYP sind gemeinsam für Frühwahlen

- Vielfältige Aktivitäten zu der vom Menschenrechtsverein und anderen demokratischen Organisationen veranstalteten Menschenrechtswoche.

- Breite Unterstützung von Politikern und Künstlern für streikende Bergbauarbeiter.

- 8 Personen, die im Namen des "Mamak Kultur und Forschungsvereins" für eine linke illegale Organisation aktiv waren, wurden gefaßt. Der Verein soll geschlossen werden.

9.12.90

- Generalstabschef Torumtay erklärte, daß sein Rücktritt keine überstürzte Entscheidung war. Es gebe lediglich persönliche Gründe, keine politischen dafür. Er möchte nicht, daß er persönlich oder die türkischen Streitkräfte mit Politik in Zusammenhang gebracht werden.

- Am 9. Tag des Bergarbeiterstreiks in Zonguldak wieder Demonstration von Zehntausenden.

10.12.90

- Gefahr durch islamische Organisationen: Die im Mittleren Osten Terroraktionen organisierten Moslemischen Bruderschaften haben sich in Deutschland über Organisation Milli Görüs (Nationale Sicht) unter den Türken organisiert. Die Führer vieler Vereine der Milli Görüs in Europa seien auch führende Mitglieder unter den Muslimbruderschaften. Ein Gründungsmitglied der auf Initiative der Muslimbruderschaften auf den Bahamas gegründete Islamische Bank "Al Tawga" sei der Generalsekretär der RP (Islamische Wohlstandspartei) unter Erbakan, früher MSP), Oguzhan Asiltürk.

- Für 50 freie Stellen bei der Verwaltung der Sozialversicherung und des Krankenhauses in Nevşehir haben sich 1676 Personen beworben.

- Parteikongresse der türkischen vereinigten kommunistischen Partei TBKP: Kutlu und Sargin sprachen sich für eine "Marktwirtschaft, in der jeder zu seinem recht kommen könne" aus. In dieser Beziehung stehe man der ANAP am nächsten. Man könne dies nun Thatcherismus nennen oder auch anders, das Modell, das sie wollten nütze großen Teilen der

Gesellschaft. Kutlu: "In der Vergangenheit haben wir keine Politik gemacht, sondern Propaganda."

- Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei SP İlseven kritisierte den Generalsekretär der kommunistischen Partei Haydar Kutlu für seinen Ausspruch, die seiner Partei am nächstenste Partei sei die ANAP: "Während sich die Arbeiter gegen die Ordnung auflehnen und in Zonguldak 10.000e Bergbauarbeiter den Rücktritt der Regierung fordern, läßt der Generalsekretär der TBKP einen Lobreden auf die ANAP niedergeben... Am besten soll Kutlu in die ANAP eintreten."

- In Soma streikten 5.800 Bergbauarbeiter und in Yatagan 2.500 Bergbauarbeiter der Firma Linyit trotz Streikverbotes für 24 Stunden. Gegen die Streikenden wurden Soldaten eingesetzt.

- Das ausländische Kapital ist besorgt über die politische Lage in der Türkei. Der Rücktritt von Torumtay und der Streik in Zonguldak vermehre das Investitionsrisiko.

11.12.90

- Oppositionsparteien sprechen sich bei den Haushaltberatungen für vorgezogene Wahlen aus.

- Am 11. Streiktag Demonstration der Frauen und Kinder in Zonguldak.

- Für die Delegierten des Menschenrechtsvereins Diyarbakir, die auf dem Kongreß des MSV kurdisch gesprochen hatten, forderte die Staatsanwaltschaft bis zu 10 Jahre Gefängnis wegen "Propaganda zur Schwächung der nationalen Gefühle."

- Die letzten Ausgaben der Zeitschriften Devrimci Emek und Yeni Ülke wurden wegen "separatistischer Propaganda" konfisziert.

12.12.90

- Demonstration von mehr als zehntausend Frauen mit leeren Töpfen in Zonguldak. Die Frauen beschuldigten die Regierung, die Öffentlichkeit zu belügen.

- Der Vorsitzende der "Milli Görüs in Europa" Yumakogullari bestrift, daß seine Organisation mit Mitgliedern der Muslimbruderschaften durchsetzt sei.

13.12.90

- Pensionierte Hauptkommissar der politischen Polizei in Istanbul, Aydin Baris erschossen. Baris's Name befand sich auf der "Todesliste" der illegalen Organisation Devrimci Sol.

- Im Prozeß gegen 44 Angehörige einer separatistischen illegalen Organisation in Diyarbakir werden 7 Todesstrafen gefordert.

- Die gegen den zu 2,5 Jahren Gefängnis wegen Mitgliedschaft in der illegalen Organisation PKK verurteilten Ercan Kavak verhängte Strafe wurde in der Revision auf 8 Jahre 4 Monate erhöht.

- Wieder Demonstration in Zonguldak am 13. Tag des Bergarbeiterstreiks.

- Der Vorsitzende der bergbauergewerkschaft Semsî Denizler erhielt den jährlichen Menschenrechtspreis des Menschenrechtsvereins verliehen als Ausdruck der Wertschätzung für den beispielhaften Kampf der Bergbauarbeiter, die die Angst vor dem faschistischen 12. September Regime überwunden hätten.

- Eine Tote bei Demonstration in Lice (siehe gesonderte Nachricht -TI)

14.12.90

- Özal's Angst vor den Bergbauarbeitern: Staatspräsident Özal Ministerpräsident Akbulut annullierten ihre vorgesehene Reise nach Eregli, als sie hörten daß die Bergbauarbeiter von Zonguldak eine große Anzahl von Bussen nach Eregli gemietet hätten.

Wer sind die Assyrer, die durch Massenauswanderungen nach Europa und in den letzten drei Monaten mit mysteriösen Todesfällen auf sich aufmerksam machten? Für mache "Intellektuelle" (1) ein Unheil, für andere ein Problem (2), das man lösen muß - wer waren sie?

Dieses Unheil lebte in Mesopotamien. Waren sie Kurden oder Bergtürken? Es ist sicher, sie sind keines von beiden. Vielleicht könnten unsere "Intellektuellen", die für die Herkunft der Völker seltsame Theorien entwickelten, eine das Assyren angepaßte Theorie entwickeln. Wenn unserer Intellektuellen behaupten, daß der Name des kurdischen Volkes vom Geräusch kommt, das entsteht, wenn man auf dem Schnee läuft, könnten sie von dem Assyrern z.B. behaupten, der Name käme von dem Geräusch, das entsteht, wenn man auf einem naßgerenegneten Weg läuft.

Vielleicht behauptet die gleiche Logik, die Assyrer seien Waldtürken, da sie Kurden Bergtürken nennen. Obwohl Mesopotamien keine großen Wälder hat, überlassen wir dieses Thema den "berühmten" Intellektuellen und den Politikern, und kehren zum Thema zurück.

Das assyrische Volk lebt zum Großteil zwischen dem Tigris und dem Euphrat, anders gesagt, in

DIE KINDER MESOPOTAMIENS: Assyrer

Mesopotamien - also im Irak, in Syrien, in der Türkei, im Iran und im Libanon. Wenn wir andere Massenauswanderungen außer Acht lassen, kann man sagen, daß die Auswanderung nach Europa unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg das assyrische Volk in der Türkei ziemlich geschwächt hat.

Die in Mardin, Diyarbakir, Gaziantep, Elazig, Adiyaman, Urfa, Istanbul usw. lebenden Assyrer leben unter einem ständigen Druck, der durch die Provokationen der Vorbeter in Moscheen ein hohes Ausmaß annimmt. "Das Fleisch, das die Christen schlachten, darf man nicht essen." (3) Solche und andere Behauptungen werden von den Vorbetern verbreitet.

In ihren Personalausweisen ist ihre Religion, "Christ", vermerkt... doch dies ist für die Assyrer kein Anzeichen für den Latzismus in der Türkei, sondern tägliche Folter ge-

worden. Das assyrische Männer nicht beschnitten sind, gilt im türkischen Militär als Straftat, sie werden nicht befördert. Das Wort "Ungläubiger" ist inzwischen ein Schimpfwort für Christen geworden. Daher hat dieses Wort einen bitteren Nachgeschmack für die nicht mohamedanischen Völker wie die Armenier, Rum und Assyrer und nimmt einen negativen Platz in ihrem Leben ein.

Die englische Zeitschrift "Mashrek International" berichtete, wie im Jahre 1980 der Islamische Rat in Lahor in Pakistan beschlossen hatte, die Christen im Nahen Osten zu vernichten (4). Diese Region sollte bis zum Jahre 2000 mit allen Mitteln islamisiert werden. In der Türkei hat der Islam nach dem 12. September 1980 stark an Bedeutung gewonnen. Dies muß für die nicht islamischen Völker die gleiche Bedeutung wie der Beschluß des Islamischen Rates haben.

Seit 10 Jahren haben die Assyrer in den Schulen den Islam als Pflichtfach. Das heißt, die nicht moslemischen Völker mit Zwang zu islamisieren. Schwere Zeiten stehen dem assyrischen Volk bevor, das verschiedenen Konfessionen angehört.

Von der wirtschaftlichen und politischen Labilität in der Türkei bekommen die Assyrer ihren Teil ab. Das assyrische Volk mußte im Verlauf der Geschichte wegen Massakern an ihm seine Heimat verlassen und in gebirgige Gebiete umziehen. Sie mußten auf unfruchtbaren Boden mit anderen Völkern zusammenleben. Ihr Brot verdienen sie mit Landwirtschaft, Viehzucht und Handwerk.

Die herrschenden Klassen hatten seit dem Osmanischen Reich eine besondere Politik gegenüber nicht moslemischen Völkern und diese wird auch heute fortgesetzt. Diese Politik zeigte sich besonders an einigen Punkten: Die Assyrer wurden von staatlichen Stellen ferngehalten, man (die türk. staatl. Stellen) schloß sich mit feudalen kurdischen Großgrundbesitzern zusammen und das assyrische Volk wurde zwangsumgesiedelt. Gleichzeitig bereitete diese Politik Umstände, die mysteriöse Todesfälle unter den Assyrern möglich machte. Die Politik ist im großen und ganzen eine Politik der Zwangsassimilation.

Es gibt keine assyrische Familie, die bei dem Völkermord an den Armeniern im Jahre 1915 nicht Väter, Söhne und Frauen verloren hat. Viele Überlebende erzählen mit Tränen in den Augen von den Massakern der Hamidiye Regimenter am assyrischen Volk in Midyat und Umgebung.

Assyrer als nationale Minderheit

Die in der Türkei lebenden Assyrer, Nestorianer und Chaldäer sind Nachkommen der Assyrer. Henry Layard, ein englischer Forscher und Archäologe, konnte anhand von Ausgrabungen in Mesopotamien beweisen, daß die im Gebiet zwischen dem Euphrat und dem Tigris lebenden Assyrer, Chaldäer und Nestorianer die Enkelkinder der Assyrer und Babylonier sind. Durch zehntausenden von Tontafeln mit Keilschrift und anderen Funden konnte er dies wissenschaftlich beweisen (5). (..)

Henry Layard schreibt, daß die Nestorianer die Sprachen ihrer Vorfahren sprachen, außerdem betonte der deutsche Archäologe Robert Koldwey und der französische Botschafter, der zum ersten Mal 1842 Ausgrabungen in Ninive machen ließ, daß die Enkelkinder der Assyrer die den verschiedenen Konfessionen angehörenden Assyrer, Chaldäer und Nestorianer sind und diese die Sprache ihrer Vorfahren benötigten (6).

Außerdem ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß dieses Volk in der Geschichte der Wissenschaft der Mathematik, der Astronomie und der Heilmittelkunde wesentliche Teile beigetragen hat.

Als eines der ersten christlichen Völker sind die Assyrer mit ihren Gebräuchen, mit ihren Traditionen und ihrer unterschiedlichen Sprache und Kultur eine nationale Minderheit.

Obwohl durch den Friedensvertrag von Sevres 1920 Armenien und Kurdistan als unabhängige Länder akzeptiert wurden, bezeichnete man die Assyrer als nationale Minderheit, da sie keinen gemeinsamen Führer hatten und nicht in einem gemeinsamen geographischen Gebiet lebten. Die Assyrer sah man damals nicht gleichberechtigt

mit den beiden anderen Völkern.

Man muß die assyrische Frage als Teil anderer Nationalitätenfrage in der Türkei, die man als Völkergängnis bezeichnen kann, sehen. Es ist notwendig, die Nationalitätenfrage im Ganzen und die Assyrerfrage in diesem Rahmen aufzuwerfen. Es ist klar, daß es unmöglich ist, die assyrische Frage im bürgerlichen Rahmen zu lösen. Ein eindeutiger Beweis ist die Geschichte und die Haltung der herrschenden Klassen gegenüber der Kurden- und Armenierfrage. (...)

Wenn von der Nationalitätenfrage die Rede ist, verwandelt sich die bürgerlichen Intellektuelle zu dickfeiligen Kemalisten und gehen in den wilden Wellen des Chauvinismus, der das Niveau des Rassismus erreicht, unter.

Man kann nicht sagen, daß die türkische sozialistische Bewegung sich von den Einflüssen des durch und durch chauvinistischen Kemalismus befreit hat. Betrachtet man die vor dem 12. September 1980 erschienenen linken Zeitungen und Zeitschriften, so stellt man fest, daß die Artikel über die Nationalitätenfrage sehr unfruchtbar sind. Als Grund kann man die Aufgabe des damaligen heißen Klassenkampfes nennen, die eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dieser Frage nicht zuließ, sowie die Unterschätzung und das Unverständnis der Bedeutung des Kemalismus für die unterdrückten Völker. Mit Nationalismus und nationalistischen Alternativen kann keine Lösung für die Nationalitätenfrage gefunden werden. Auch die assyrischen Nationalisten haben keine brauchbaren Argumente und können auch keine haben. (...)

Aber es muß darauf geachtet werden, den gleichen Fehler wie manche kurdische Organisation und Intellektuelle nicht zu wiederholen. Mit anderen Worten, wie manche kurdische Organisationen die Existenz des assyrischen Volkes zu leugnen.

Bei einer Veranstaltung der PKK 1978 in Stockholm zum Beispiel bezeichnete Cigerxwin in seiner Rede und in seinem Buch die in Kurdistan lebenden christlichen Minderheiten als "Fillahe Kurd", d.h. christliche Kurden. Der Generalsekretär der TKSP (Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistan), Kemal Burakay, schreibt in seinem Buch "...das in Peschmerga - Bekleidung fotografierte und in der Weltöffentlichkeit bekanntgewordene militante Mädchen christlichen Ursprungs Mardgen war auch unter den Toten" (7). Doch Magaret Gewergis war eine assyrische Guerilla, die jahrelang gegen Imperialismus und Reaktion kämpfte.

Im Vorwort des ins arabische übersetzte Buch "Mehabad Kür Cumhuriyeti" meint der kurdische Übersetzer M. Emin Bozarslan "...von William Aegleton Jr. im Jahre 1962 verfaßte Buch wurde vom Rechtsanwalt Cereis Fethullah, ein arabischer Kurde, ins arabische übersetzt und in Beirut veröffentlicht." (8) Tatsächlich aber ist Cereis Fethullah ein assyrischer Rechtsanwalt. Das wissen viele. Man könnte noch viele Beispiele aufzählen.

Feyyaz Boyacioglu

Anmerkungen:

- (1) Artikel von Ugur Mumcu "Süryani-lik", Cumhuriyet 16.11.87
- (2) Artikel von Yalcin Dogan "Neues Problem der Türkei: Nun die Assyrer", Milliyet, europäische Ausgabe, 25.7.90
- (3) Artikel in der Noka "Mysteriöse Todesfälle der Assyrer", Nr.35, 2.9.90
- (4) Artikel in 2000'e Dogru "Vernichtungsplan gegen christlichen Völker", 8.1.89
- (5) Henry Layard "Ninive und die Reste", Band 1 und 2, New York 1849-1851
- (6) C.W. Ceram "Götter, Gräber und Wissenschaftler", S. 195-295
- (7) Kemal Burakay, Özgürük Yayinlari "Kolonialisierung Kurdistans und kurdische nationale Bewegungen", S.205
- (8) William Aegleton, übersetzt von M. Emin Bozarslan, Koral Yayinlari "1846 Mehabad Kür Cumhuriyeti", Februar 1976

Aktionsbündnis gegen Rassismus und Abschiebung

KEINE ABSCHIEBUNG DES KURDEN C. AKKUS IN DIE TÜRKIEI

Im Dezember 1989 wies das Oberverwaltungsgericht Lüneburg den Antrag auf Asyl des Kurden Cemal Akkus ab. Dieses Urteil wurde jetzt vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt.

Cemal wurde in der Türkei zweimal verhaftet und gefoltert, bevor er 1983 in die BRD fliehen konnte. Hier beantragte er Asyl und wurde 1988 vom Verwaltungsgericht Schleswig zunächst als politischer Flüchtling anerkannt.

Cemal unterstützte in der Türkei den kurdischen Befreiungskampf und wurde deswegen als Separatist und Sympathisant der Uko (Vorläufer der PKK - Arbeiterpartei Kurdistans) verfolgt.

Auch in der BRD hat Cemal weiter politisch gearbeitet, er unterstützte Aktionen des Kurdischen Arbeiter- und Kulturvereins (Feyka Kurdistan) durch Geldspenden und nahm auch an Aktionen teil.

Im Gegensatz zu Asylablehnungen von anderen Flüchtlingen, in denen diese Menschen als "Wirtschaftsflüchtlinge" verleumdet werden, erkannte das Gericht Cemal als politischen Flüchtling an.

Abgelehnt wird er jetzt als "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung".

In der Ablehnungsbegründung werden folgende "terroristische Aktivitäten" genannt: Teilnahme an einer Massendemonstration in Bonn und die Besetzung einer Zeitungsredaktion.

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg definiert die PKK in der Ablehnungsbegründung als "terroristische Vereinigung" und bezieht sich dabei auf das - noch laufende - Verfahren nach § 129a vor dem Düsseldorf Oberlandesgericht. In diesem Verfahren wird allerdings nicht die PKK angeklagt eine "terroristische Vereinigung" zu sein, sondern es wird eine Teilorganisation innerhalb der PKK konstruiert, deren angeblichen Mitgliedern in

Düsseldorf seit nunmehr einem Jahr der Prozeß gemacht wird. Die PKK nahm 1984, vier Jahre nach dem Militärputsch in der Türkei, den bewaffneten Kampf gegen das türkische Folterregime auf und entwickelte sich zur führenden Bewegung innerhalb des kurdischen Befreiungskampfes.

Im türkisch besetzten Teil Kurdistans leben etwa 13 - 14 Millionen Kurdischen und Kurden. Die reichen Bodenschätze Kurdistans werden von der türkischen Regierung ausgebeutet, während das kurdische Volk in absoluter Armut leben muß.

Offizielle Politik des türkischen Staates ist die Verleugnung der Existenz des kurdischen Volkes. Die kurdische Sprache, Kultur und das Bewusstsein zur kurdischen Identität sind verboten.

Auf jeden Volksaufstand antwortet die Türkei mit Verhaftungen, Massendeportationen und Massakern.

Während in der Türkei auf demonstrierende Arbeiter und Arbeiterinnen geschossen wird, wie am 1. Mai 1990 in Istanbul, sind in Kurdistan die Menschenrechte sogar offiziell außer Kraft gesetzt worden.

Trotz offizieller Nachrichtensperre wird die brutale Herrschaft des Militärs immer offensichtlicher. Bedrohungen der Opposition, Folter und Massenverhaftungen sind an der Tagesordnung, die Vollstreckung 308 Todesurteilen steht unmittelbar bevor. Die offizielle Außerkräftsetzung der Menschenrechte und die Verhängung des Ausnahmezustandes allein macht deutlich, daß das koloniale faschistische System hier mit einem Volksaufstand und nicht mit einer Handvoll Terroristen konfrontiert ist. Laut der Genfer Flüchtlingskonvention dürfen aber "Befreiungsorganisationen, die einen bewaffneten Kampf gegen faschistische, rassistische und/oder kolonialistische Staaten führen, in Drittändern nicht als Terroristen verurteilt werden".

Aus diesen Gründen kann die

PKK niemals eine "terroristische Vereinigung" sein und Cemal demzufolge auch kein Unterstützer einer solchen.

Cemal selbst hat sich sowohl in der Türkei als auch in der BRD niemals an gewalttätigen Auseinandersetzungen beteiligt, seine politische Arbeit beschränkt sich auf die Schaffung von Öffentlichkeit durch Veröffentlichung von Flugblättern und Zeitungen. Selbst in der gnadenlosen deutschen Asylgeschichte wurden bisher politische Flüchtlinge nicht als Terroristen diffamiert. Mit Cemals Urteil wird jetzt versucht, einen rechtlichen Präzedenzfall dafür zu schaffen.

Cemal hat inzwischen gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgericht eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt. Wenn die Beschwerde zurückgewiesen würde, könnten sich Richter in allen weiteren Asylverfahren auf dieses Urteil beziehen.

Und wenn schon die "Teilnahme an einer Massendemonstration" als Ablehnungsgrund gewertet werden kann, bedeutet dies, daß jede politische Aktivität von Flüchtlingen in der BRD als Abschiebungsgrund herhalten muß. Dies wäre das faktische Ende eines Rechts auf Asyl für politisch aktive Flüchtlinge.

Konkret droht nicht nur Cemal A. sondern auch seiner Familie jetzt die Abschiebung in die Türkei, wo ihnen Verhaftung, Folter und sogar Tod drohen.

- Wir fordern das Bundesverfassungsgericht auf, der Verfassungsbeschwerde von Cemal A. gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes stattzugeben!
- Keine Diffamierung von Befreiungsbewegungen als "terroristisch"!
- Anwendung der Genfer Konventionen!
- Keine Abschiebung in die Türkei!

Vor- und Nachname	Anschrift	Ort	Beruf/Funktion	Unterschrift

Wegen der Dringlichkeit unseres Anliegens bitten wir darum, ausgefüllte Unterschriftenlisten umgehend zu senden an: Aktionsbündnis gegen Rassismus und Abschiebung • Buchladen Zapata • Jungfernstieg 27 • 2300 Kiel 1

"Der Krieg gegen Kurden hat bereits begonnen"

Eine Szene aus dem Krieg. Nicht aus dem, zu dessen Verhinderung hier heute aufgerufen werden soll, kein fiktives Szenario. Dieser Überfall ist real, von Augenzeugen geschildert und hat im September dieses Jahres stattgefunden. Die "Transporter" von denen die Rede ist sind Unimogs von Daimler Benz, bei den Gewehren handelt es sich größtenteils um G 3 Gewehre deutscher Fertigung. Benutzt wurden sie in diesem Fall - und nicht nur in diesem - von Sondereinsatzkommandos der türkischen Streitkräfte beim Überfall auf ein kurdisches Dorf in der türkisch-irakischen Grenzprovinz Sinak.

In den kurdischen Provinzen der türkischen Republik herrscht Krieg. Schon seit Jahren führt die türkische Armee dort einen unvorstellbaren Vernichtungsfeldzug gegen die kurdische Bevölkerung durch. Szenen wie die obige werden in militärischen Aktenordnern unter der Rubrik "kleinere Zwischenfälle" abgehakt. Lästige Anfragen nach der Einhaltung der Menschenrechte im EG Bewerberstaat Türkei, werden in der Regel als "Einmischung in innere Angelegenheiten" zurückgewiesen.

Seit dem 2.8. ist die Türkei auch in dieser Hinsicht in die Offensive gegangen. Kaum daß Saddam Hussein zum "Monster von Bagdat" und die Türkei zum Bollwerk der westlichen Welt gegen dieses Monster geworden waren, nutzte sie ihr neugewonnenes politisches Gewicht, um dem Europarat mitzuteilen, die Menschenrechte in den kurdischen Provinzen seien fortan "wegen akuter Gefahr für das Überleben der Nation" außer Kraft gesetzt. Der Europarat nahm die Mitteilung zur Kenntnis und die Bilanz der letzten Monate kann sich sehen lassen:

108 kurdische Dörfer hat die türkische Armee allein in der Provinz Sinak verwüstet und in Brand gesteckt, tausende Hektar Wald Pistazienhaine und Weinberge sind niedergebrannt, Herden erschossen, Bienenstöcke zerstört. Mit Massenverhaftungen und Folter in den Städten und willkürlichen Erschießungen von Bauern und Hirten in den Bergen schützt die Türkei zur Zeit ihr nationales Überleben.

Jetzt werden Truppen in die Grenzregion verschoben; die dort stationierten Soldaten erhalten Gasmasken. Man weiß, daß Saddam Hussein über C Waffen verfügt und will für den Ernstfall gerüstet sein. Für die Bevölkerung gibt es keine Gasmasken und der Ernstfall hat schon seit Jahren begonnen.

Die Kurden kennen Saddam Hussein

Keine 50 km südlich von Sinak, liegt ebenfalls ödes verbranntes Land. Die Region Badinan, auf der irakischen Seite der Grenze wurde 1988 durch Giftgasangriffe Saddams dem Erdboden gleich gemacht. Tausende starben, 300.000 mußten in den Iran und die Türkei fliehen. Monate zuvor hatten 5.000 Kurden beim C Waffenangriff auf die Stadt Halabja den Tod gefunden. Saddams Bilanz der Kurdenvernichtung übertrifft die seines nördlichen Nachbarn noch: 230.000 Tote, 4-

"...die Soldaten sprangen aus ihren Transportern und umzingelten das Dorf. Mit ihren Gewehren schlugen sie die Türen ein und zerrten uns auf den Dorfplatz. Vor unseren Augen wurden unsere Frauen vergewaltigt. Dann steckten sie unsere Häuser mit allen was darin war, in Brand. Von unserem Dorf ist nur noch Schutt und Asche übrig..."



500.000 Flüchtlinge, allein 800 vermißte Kinder in der kurdischen Region Barzan und eine astronomische Dunkelziffer an verschleppten und Inhaftierten hat er in den letzten 10 Jahren vorzuweisen.

Der Schlächter von Bagdat, das war Saddam Hussein für die Kurden schon immer.

Für die Türkei: ein hochgeschätzter Nachbar, für den man sich sogar Dollarkredite aus den eigentlich schon ausgehenden Rippen schnitt.

Für die westliche Welt: ein unworbener Kunde, zu dem man - je nach Lage der Rüstungsexportbestimmungen - mehr oder weniger diskrete Beziehungen unterhielt.

Wer sprach von Kontrolle, als 1984 zum ersten Mal die Rolle der bundesdeutschen Firmen Karl Kolb und Pilot Plant bei der Lieferung von Giftgasanlagen in den Irak bekannt wurde?

Wo war die Weltöffentlichkeit, als 1987 erste Photos von giftgasverletzten Kurden aus dem Dorf Seyxwasan nach Europa gelangten?

Wo bleibt die Wirtschaftsembargo, als in Halabja 5.000 Kurden starben?

Während die Parlamentarier damals verschämte Beileidsgrüße an die kurdischen Führer murmelten, gingen die Waffenlieferungen an den Irak weiter. 27 große Lieferungen konnten allein aus der BRD in der Zeit nach Halabja festgestellt werden. Bauteile für Raketen sind darunter, Laboreinrichtungen, Atombunker und Ingenieure, die das nötige Know How vermitteln sollten.

An erster Stelle der Lieferlisten stehen die neugekauften Tochterunternehmen des Daimler Konzerns, der erst jetzt, nach Kuwait erklärte, die "Exportpraxis seiner Tochterwerke MBB und Dornier genauer überprüfen zu wollen."

In der irakischen Stadt Selman Pak hat die "Kurdische Front - Irak" in seiner Forschungsanlage für biologische Waffen deutsche Lieferungen und Ingenieure beobachtet. Sie lieferte schon 1989 eine detaillierte Schilderung von B Waffenangriffen und konnte sogar die B Bombe bis ins kleinste beschreiben.

Wo blieben da die bundesdeutschen Nachforschungen?

Wo blieb die Verurteilung des Krieges mit gedächten Waffen, der Nichtachtung des Völkerrechtes, der Besetzung Kurdistans?

Wo blieb der Aufschrei der freien Welt, der Hüterin von Demokratie und Menschenrechten?

Der kam erst, als Kuwait besetzt wurde und nicht Kurden sondern Ölquellen gefährdet waren. Da wurde der geschätzte Geschäftspartner über Nacht zum verhaßten Schlächter, der stets diskrete Kunde zum Hitler von Bagdat.

Mit dem entgültigen Abschluß der Nachkriegsgeschichte, der Neuvereinbarung nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europa unter dem allumfassenden Dach marktwirtschaftlicher Prinzipien, da werden die Attribute des Hitler, der "Geißel der Welt" nur allzugern an Bagdat, angegeben. Beim orientalischen Diktator sind sie nun auch wesentlich besser aufgehoben, als im humanistisch aufgeklärten Abendland. Das neue Feinbild, das den blutrünstigen Sowjetsoldaten ablöst, entsteht im Orient, dessen Grausamkeit wir schon bei Ali Baba und den vierzig Räubern nachlesen können.

Etwas scheint unserer im Vergessen nicht ungeübten Nation dabei entgangen zu sein: der orientalische Hitler, Inbegriff jener östlichen Barbarei, gegen die schon die Kreuzritter zogen, kaum nicht aus Aladins Wunderlampe. Er ist Produkt unseres westlichen Zauberlehrlings, der seinen Geist schon nach dem ersten Tisch aus der Taufe hob, ihn mit ideologischen Hintergrund versah und vor allen in den letzten Jahren mit Lizenzen, Krediten, Rüstungslieferungen und militärischer Ausbildung heranzog. Nun wird er ihn nicht mehr los. Das Kind ist groß geworden und rebelliert gegen seine Zieheltern.

Und erst jetzt spricht Frau Hamm Brücher in seiner interfraktionell beantragten Aktuellen Stunde im Parlament von "gefährlichen, skrupellosen Terroristen im Staatsgewand" denen es gelingt, "mit westlicher aber vor allem deutscher Hilfe Massenvernichtungswaffen herzustellen." Wie konnte das wohl passieren, Frau Hamm Brücher?

Jetzt sind es die Geiseln im Irak, die die Ironie, das Ergebnis ständigen Verdärgens und Schweigens bis zum bitteren Ende durchleben müssen. Unter den im Irak befindlichen Deutschen gibt es etliche Ingenieure, die in Werken wie Samarra und Selman Pak die Tötungsmaschi-

nerie, die sie mitentwickelt haben, nun mit ihren eigenen Leben schützen müssen.

Trotz all dieser bitteren Lektionen gehen die Waffenlieferungen weiter. Diesmal an die Türkei. Diesmal nicht durch die Hintertür, sondern durch den Haupteingang der NATO Mitgliedschaft. Leopards und Roland werden in diesen Tagen in die Türkei transportiert. Wie auch im Irak bildeten hier Mitglieder der GSG 9 Sondereinsatzkommandos aus, wie im Irak führen Rüstungsgesellschaften MBB und Dornier die Lieferlisten an.

Das Asuwärtige Amt schreibt in seinem Lagebericht, daß "die Leistungen der Bundesrepublik an die Türkei im Rahmen des Burden Sharing auf höchste Anerkennung der Bündnispartner stoßen" und die BRD bleibt ihrer nun schon 10 Jahre alten Rolle treu. Der Rolle, den Flankensaat Türkei aufzurüsten ungeachtet aller Militärputschs, Massenmorde und Folterzentren.

Die Türkei ist auch das Land, in das deutsche Truppen ohne lästige Verfassungsänderung entsandt werden können. Im September waren sie im Rahmen eines Manövers der "NATO Allied Mobile Force" schon dort und probten in den kurdischen Provinzen, wo Dörfer zerstört, Menschen ermordet und die Menschenrechte suspendiert wer-

den, den "Ernstfall".

Die Friedensbewegung ruft heute dazu auf, einen möglichen Krieg zu verhindern. Natürlich müssen wir alles dafür tun. Es wäre jedoch nicht das erste Mal in ihrer Geschichte, daß sie darüber die kleinen Spezialkriege, die schon Realität sind vergrüßt.

Gegen die Kurden wird Krieg geführt, jetzt und heute, mit deutschen, europäischen Waffen, mit zuerst stillschweigender, dann immer offener Billigung des nunmehr vereinten Europas.

Verhindern wir auch diesen Krieg. Vor allem die Kurden, aber auch die anderen Völker des Mittleren Ostens stehen zwischen allen Fronten. Keine Staatsregierung sondern nur eine solidarische Bewegung kann ihren Forderungen Gewicht verleihen.

DIE SCHULDIGEN DES LAUFENDEN KRIEGESSITZEN AUCH HIER IN DER BRD! ZIEHEN WIR SIE ZUR RECHENSCHAFT! FORDERN WIR STRAFVERFOLGUNG FÜR DIE AN DEN WAFFENLIEFERUNG UND VÖLKERMORD BETEILIGTEN FIRMEN!

WIR KÖNNEN DEM KRIEG IN TÜRKISCH KURDISTAN NICHT TATENLOS ZUSEHEN!

PROTESTIEREN WIR GEGEN DIE AUFHEBUNG DER MENSCHENRECHTE IN DEN KURDISCHEN PROVINZEN! AUFHEBUNG ALLER NOTSTANDSREGELUNGEN IN DIESEN PROVINZEN! SCHLUSS MIT DER ENTVÖLKERUNGSPOLITIK! STOP DER WAFFENLIEFERUNGEN AN DIE TÜRKIE!



Unterstützt die Herausgabe der Türkei Information

Sind Sie gelegentliche/r oder regelmäßiger LeserIn der Türkei Information? Finden Sie, daß man manche Artikel oder auch die ganze Zeitung aufbewahren sollte, weil man sie für die politische Arbeit brauchen kann oder einfach weil Informationen wiedergegeben werden, die man sonst nirgends findet?

Dann haben Sie sich sicher auch schon darüber geärgert, daß man die Zeitung in keinen Ordner bekommt, ohne daß alle Ränder zerfleddern. Und sicher stört der Gilb, der die Zeitung nach einer Woche im Zeitschriftenständer befällt, genauso Ihr ästhetisches Empfinden wir unseres.

Deshalb haben wir beschlossen, die Türkei Information auf Din A 4 - Zeitschriftenformat umzustellen.

Da der Druck dann wesentlich mehr kosten wird, wir den Verkaufspreis aber nur unwesentlich auf DM 3,- erhöhen müssen brauchen wir dringend Geld (welches auch bisher immer Mangelware war).

Wenn Sie also der Meinung sind, daß eine Zeitung wie die Türkei Information unterstützenswert ist dann unterstützen Sie uns doch einfach durch eine Spende. Auch mit neuen Abos ist uns weitergeholfen.

Vielen Dank Die TI Redaktion